

Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen

Herausgeber: Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen

Band: 85 (1907)

Artikel: Basel in den Dreissigerwirren : die erste Revolution bis zur neuen Verfassung vom Februar 1831 [erster Teil]

Autor: Bernoulli, August

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1006967>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Basel in den Dreißigerwirren.

I.

Die erste Revolution bis zur neuen Verfassung
vom Februar 1831.

Von August Bernoulli.

85. Neujahrsblatt

herausgegeben

von

der Gesellschaft zur Förderung des Guten und Gemeinnützigen

1907.

Basel.

In Kommission bei Helbing & Lichtenhahn, vormals R. Reich.

Inhalts-Anzeige der früheren Neujahrsblätter.

1. Erzählungen aus der Basler Geschichte in zwangloser Reihenfolge.

* bedeutet vergriffen.

- I. 1821. (Bernoulli, Dan.) Isaac Iselin.
- II. 1822. (Burckhardt Jac., Obersthelfer, später Antistes.) Der Auszug der Rauracher.
- *III. 1823. (Hanhart, Rudolf.) Basel wird eidgenössisch. 1501.
- *IV. 1824. (Hagenbach, R. R.) Die Schlacht bei St. Jakob. 1444.
- *V. 1825. (Hagenbach, R. R.) Die Kirchenversammlung zu Basel. 1431—1448.
- VI. 1826. (Hagenbach, R. R.) Die Stiftung der Basler Hochschule. 1460.
- VII. 1827. (Hagenbach, R. R.) Erasmus von Rotterdam in Basel. 1516—1536.
- *VIII. 1828. (Hagenbach, R. R.) Scheik Ibrahim, Johann Ludwig Burckhardt aus Basel.
- IX. 1829. (Hagenbach, R. R.) Rudolf von Habsburg vor Basel. 1273.
- *X. 1830. (Hagenbach, R. R.) Bürgermeister Johann Rudolf Wettstein auf dem westphälischen Frieden. 1646 und 1647.
- XI. 1831. (Hagenbach, R. R.) Das Jahr 1830, ein wichtiges Jahr zur Chronik Basels.
- *XII. 1832. (Burckhardt, A.) Die Schlacht bei Dornach am 22. Juli des Jahres 1499.
- XIII. 1835. (Burckhardt, A.) Landvogt Peter von Hagenbach.
- *XIV. 1836. (Burckhardt, A.) Das Leben Thomas Platers.
- XV. 1837. (Burckhardt, A.) Das große Sterben in den Jahren 1348 und 1349.
- *XVI. 1838. (Burckhardt, A.) Das Karthäuser-Kloster in Basel.
- *XVII. 1839. (Burckhardt, A.) Der Rappenkrieg im Jahr 1594.
- *XVIII. 1840. (Burckhardt, A.) Die ersten Buchdrucker in Basel.
- XIX. 1841. (Heusler, Abr.) Die Zeiten des großen Erdbebens.
- XX. 1842. (Burckhardt, A.) Hans Holbein der Jüngere von Basel.
- *XXI. 1843. (Wackernagel, W.) Das Siechenhaus zu St. Jakob.
- XXII. 1844. Jubiläumsschrift: (Reber, B.) Die Schlacht von St. Jakob an der Birs.

2. Die Geschichte Basels von den ältesten Zeiten bis zur Einführung der Reformation, in zusammenhängenden Erzählungen dargestellt.

- *XXIII. 1845. (Fechter, D. A.) Die Rauraker und die Römer, Augusta Rauracorum und Basilia.
- *XXIV. 1846. (Burckhardt, Jacob, Professor.) Die Alamannen und ihre Beklebung zum Christentum.
- XXV. 1847. (Streuber, W. Th.) Bischof Haito, oder Basel unter der fränkischen Herrschaft.
- XXVI. 1848. (Burckhardt, Theophil.) Das Königreich Burgund. 888—1032.
- XXVII. 1849. Jubiläumsschrift: (Burckhardt, Th.) Bürgermeister Johann Rudolf Wettstein auf der westphälischen Friedensversammlung.
- *XXVIII. 1850. (Fechter, D. A.) Das Münster zu Basel.
- *XXIX. 1851. (Fechter, D. A.) Bischof Burchard von Hasenburg und das Kloster St. Alban.
- *XXX. 1852. (Fechter, D. A.) Das alte Basel, dargestellt nach seiner allmählichen Erweiterung bis zum Erdbeben 1356.
- *XXXI. 1853. (Burckhardt, Th.) Die Bischöfe Adelbero und Ortlieb von Frobburg.
- XXXII. 1854. (Burckhardt, L. A.) Bischof Heinrich von Thun.
- XXXIII. 1855. (Hagenbach, R. R.) Die Bettelorden in Basel.
- XXXIV. 1856. (Burckhardt, L. A.) Die Zünfte und der rheinische Städtebund.
- *XXXV. 1857. (Arnold, W., Professor.) Rudolf von Habsburg und die Basler.
- *XXXVI. 1858. (Wackernagel, W.) Ritter- und Dichterleben Basels im Mittelalter.
- XXXVII. 1859. (Bischer, W.) Basel vom Tode König Rudolfs bis zum Regierungsantritte Karls IV.
- *XXXVIII. 1860. (Heusler, Andr.) Basel vom großen Sterben bis zur Erwerbung der Landschaft, 1349—1400.
- *XXXIX. 1861. (Burckhardt, Th.) Basel im Kampfe mit Oesterreich und dem Adel.



Lichtdruckanstalt Alfred Ditzheim, Nachf. v. H. Besson, Basel.

Müllentor.

Zustand vor der Restauration in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Erbaut um 1380, abgebrochen 1858.

Basel in den Dreißigerwirren.

I.

Die erste Revolution bis zur neuen Verfassung
vom Februar 1831.

Von August Bernoulli.

85. Neujahrsblatt

herausgegeben

von

der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen
1907.

Basel.

In Kommission bei Helbing & Lichtenhahn, vormals R. Reich.

Druck von M. Werner-Riehm in Basel.



1. Der Anfang der Bewegung.

Um vorigen Neujahrsblatt wurde geschildert, wie die verhältnismäßige Ruhe, welche die sogen. Restaurationszeit auch für Basel brachte, hier auf verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens die Durchführung nützlicher und tiefgreifender Reformen ermöglichte. Dieser fortschrittlichen Entwicklung war die Verfassung von 1814, auf welcher das damalige Staatswesen beruhte, in keiner Weise hinderlich, und deshalb dachte geraume Zeit auch niemand an eine Änderung derselben. Wiewohl nun diese Basler Verfassung in der Tat liberaler war als die der meisten andern Kantone, so war immerhin auch sie unter dem Drucke schwieriger Zeitumstände und auswärtiger Einflüsse entstanden, und infolgedessen enthielt sie verschiedene sehr anfechtbare Bestimmungen. So waren z. B. von den 154 Mitgliedern des Großen Rats nur 64 der direkten Volkswahl vorbehalten, während die übrigen 90 durch Selbstergänzung ernannt wurden. Mochten nun sowohl diese als andere Bestimmungen lange Zeit nur von wenigen als Übelstände empfunden werden, so konnten doch Tieferblickende sich nicht verhehlen, daß früher oder später eine Änderung dieser Verfassung zur unabsehbaren Notwendigkeit werden könnte. Da jedoch gerade dieser Fall in der Verfassung von 1814 gar nicht vorgesehen war, so stellte im Februar 1829 Appellationsrat Samuel Ryhiner im Großen Rat den Antrag: es sollte die Art und Weise, wie eine Änderung der Verfassung vorzuschlagen und zu behandeln sei, gesetzlich bestimmt werden. Doch diese Angelegenheit, welche allerdings zur Zeit nicht gerade dringlich erschien, wurde vom Kleinen Rat in höchst bedenklicher und nicht zu verantwortender Weise bis weit ins folgende Jahr 1830 hinein verschoben und verschleppt. Da kam unversehens auch nach Basel die Nachricht von der Ende Juli in Paris erfolgten Revolution, durch welche das französische Königshaus vom Thron gestürzt wurde.

Diese Umwälzung war ein Einbruch in das politische System, welches Europa seit dem Sturze Napoleons beherrschte, und geraume Zeit wurde deshalb ein europäischer Krieg befürchtet. Jedoch die Großmächte, unter sich uneins, griffen nicht zu diesem

äußersten Mittel, sondern anerkannten das neue, nur liberalere Königtum, das aus der Revolution hervorgegangen war. Diese in Frankreich somit geglückte Umwälzung hatte aber zur Folge, daß nun auch in den Nachbarländern alle Mißvergnügten den Zeitpunkt für gekommen hielten, wo eine neue, ihren Wünschen entsprechende staatliche Ordnung mit Erfolg erstrebt werden, und in diesem Sinn begann es bald auch in der Schweiz sich zu regen.

Schon Ende September wurde im Kanton Alargau die Regierung durch eine nur von 36 Bürgern unterzeichnete Petition gebeten zu beraten, wie die Verfassung auf gesetzlichem Wege könnte revidiert werden. Diesem Wunsch entsprechend beschloß die Regierung, dem Großen Rat in seiner nächsten ordentlichen Sitzung vom Dezember ein hierauf bezügliches Gutachten vorzulegen. Doch dieser Weg, wonach die Revision das Werk der bestehenden Behörden werden sollte, entsprach keineswegs den Wünschen derer, welche vor allem einen Personenwechsel erstrebten, damit auch sie zu Amt und Würde gelangen könnten. Schon Anfangs November wurde daher im ganzen Kanton eine Flugschrift verbreitet, welche gegen die bestehende Regierung Misstrauen zu wecken suchte und für das Revisionswerk einen direkt vom Volke zu wählenden Verfassungsrat forderte. Diese Schrift verfehlte ihre Wirkung nicht, und als die Regierung die allgemeine Aufregung sah, welche an verschiedenen Orten bereits durch Errichtung von Freiheitsbäumen sich kundgab, so empfahl sie selber am 2. Dezember dem Großen Rate, die Revision einem Verfassungsrat zu übertragen. Doch sollte die neue Verfassung nur dann in Kraft treten, wenn zwei Drittel sämtlicher Bezirke sie annehmen würden. Dieser gewiß nicht unbillige Vorbehalt gab jedoch den Vorwand zu neuen Aufreizungen, und nach wenigen Tagen rückte gegen Alarau ein Haufe von etwa 3000 Aufständischen. Die gegen sie gesandten Regierungstruppen, zu schwach an der Zahl und teilweise unzuverlässig, wichen nach kurzer Begegnung, wobei es einige Verwundete gab, zurück und lösten sich auf. Die Aufständischen aber, als sie am 6. Dezember in Alarau einzogen, willigten ein, daß die bisherige Regierung im Amt bleibe, bis eine neue Verfassung angenommen und die neuen Behörden erwählt seien würden. Anfangs Januar 1831 begann hierauf der vom Volk erwählte Verfassungsrat seine Arbeit. Doch erst im Mai wurde die neue Verfassung angenommen und die Behörden neu gewählt, wobei die bisherigen Machthaber großenteils durch neue ersetzt wurden.

Wie im Alargau, so begann es auch in andern Kantonen schon frühe sich zu regen, zunächst in Bern und Solothurn, dann im Oktober im Thurgau und in Zürich, im November in St. Gallen, Schwyz, Luzern und Freiburg, und im Dezember in Schaffhausen und der Waadt. In den meisten dieser Kantone nahm die Bewegung einen ähnlichen Verlauf wie im Alargau, d. h. die bisherigen Regierungen zeigten sich nicht abgeneigt, gemäßigen Wünschen zu entsprechen. In der Regel jedoch wurde durch Volksversammlungen und drohende Aufstände ein Druck ausgeübt, der die Re-

gierenden mehr oder weniger nötigte, das Verfassungswerk aus der Hand zu geben und einem vom Volk erwählten Verfassungsrat zu überlassen, der dann das neue Grundgesetz meistens so gestaltete, daß vielfache Personenwechsel unvermeidlich wurden und mithin vorwiegend neue Leute an das Staatsruder gelangten. Vorläufig erfolglos blieb die Bewegung einzig in Schwyz, wo der innere Kantonsteil die Forderungen der äußeren Bezirke beharrlich ablehnte. Außer im Aargau und Schaffhausen, wo einige Schüsse gewechselt wurden, verlief übrigens alles ohne Blutvergießen, wiewohl es hin und wieder an sehr tumultuarischen Auftritten nicht fehlte. In allen Kantonen aber verstrich vom jeweiligen Beginn der Bewegung bis zur Annahme der neuen Verfassung und Neuwahl der Behörden wohl ein halbes Jahr oder mehr, und dieser lange Übergangszustand schädigte nicht nur das Ansehen sowohl der neuen als der alten Obrigkeit, sondern er erzeugte bei einem großen Teil der Bevölkerung eine fortwährende Erregung, welche einer ruhigen und vorurteilslosen Auffassung der Dinge nichts weniger als förderlich war.

Wie im Aargau, so begann man auch in Basel schon im September an der bestehenden Verfassung Kritik zu üben. Denn zu Anfang dieses Monats erschien in den „Baslerischen Mitteilungen“ aus der Feder eines Stadtbürgers ein Artikel, welcher die unleugbaren Nachteile der Selbstergänzung des Großen Rats beleuchtete. Bald nachher aber brachte der in Alarau von Heinrich Ischokke redigierte „Schweizerbote“ eine aus Liestal stammende Einsendung, welche unter Berufung auf die Gleichheitsurkunde von 1798 das ganze Vertretungsverhältnis zwischen Stadt und Landschaft Basel mit Entschiedenheit verurteilte. Jetzt endlich, wo es schon höchste Zeit war, wurde dem Großen Rat in seiner Sitzung vom 4. Oktober der so lang verschleppte Gesetzesentwurf über das Verfahren bei Verfassungsänderungen vorgelegt, der aber nach damaliger Ratsordnung erst im November in außerordentlicher Sitzung endgültig beraten werden sollte. Schon in dieser Oktober Sitzung jedoch, als der Rat einige Ergänzungswahlen vorzunehmen hatte, überraschte Alt-Stathalter Niklaus Brodbeck von Liestal die Versammlung durch den Antrag: es möchten in Betracht der auch bei uns vorzusehenden Verfassungsrevision diese Wahlen aufgeschoben werden, bis die neue Verfassung eingeführt würde. Auf dieses entgegnete der den Vorsitz führende Bürgermeister Wieland, daß er, solange keine neue Verfassung vorhanden sei, die bestehende handhaben müsse und folglich diesen Antrag nicht zur Verhandlung bringen dürfe.

Mit dieser Antwort schien der Zwischenfall erledigt. Jedoch Brodbeck, der die bestehende Verfassung nebenbei als ein „morschес Gebäude“ bezeichnet hatte, war nicht der einzige, der so dachte. Er gehörte nämlich zu einem vorläufig noch kleinen Kreise von Landbürgern, welche das durch die Verfassung von 1814 geschaffene Verhältnis



zwischen Stadt und Land als eine unnötige und ungerechte Bevormundung empfanden und deshalb jetzt den Zeitpunkt für gekommen hielten, um eine Änderung dieser Verfassung zu erstreben. Das geistige Haupt dieser Gruppe war jedoch weder Brodbeck noch sonst ein Liestaler, sondern der in Basel wohnhafte Notar Steffan Guzwiller von Terwil, welcher, wiewohl noch jung an Jahren, als Vertreter des Bezirks Birseck bereits dem Grossen Rat, und als scharfsinniger Jurist auch dem Kriminalgericht angehörte. Der Grundzug seines Wesens war ein fester Wille, der das einmal vorgesetzte Ziel mit eiserner Beharrlichkeit verfolgte und durch keinen Mißerfolg sich entmutigen ließ, der aber nötigenfalls auch sehr verwerfliche Mittel, sobald sie

zweckdienlich schienen, keineswegs verschmähte. Dabei war er ein Mann von einnehmenden Umgangsformen und ein gewandter, stets schlagfertiger Redner, überhaupt aber unter seinen Gesinnungsgenossen im ganzen Kanton weitaus der fähigste und bedeutendste, von dem auch in der Folge alle leitenden Gedanken ausgingen. Der einzige unter seinen politischen Freunden, der ihm an Bildung und Fähigkeit einigermaßen nahe kam, war der in Üsch wohnende Freiherr Anton von Blarer, gewesener Regimentsauditor in französischen Diensten, dessen erst vor kurzem aus demselben Dienst zurückgekehrter jüngerer Bruder Jakob seine Gesinnung völlig teilte, während ein älterer Bruder, Johann, der als Gardehauptmann in Paris in der Julirevolution war verwundet worden, sich von der ganzen Bewegung fern hielt. Weitere Anhänger Guzwillers sollen später noch erwähnt werden.



Wie im benachbarten Aargau schon Ende September die Bewegung zur Verfassungsrevision durch eine Petition an die Regierung war eingeleitet worden, so wurde jetzt, sobald in Basel die mehrtägige Grossratsversammlung beendigt war, in aller Stille durch Einladungen auf den 18. Oktober eine Zusammenkunft im Bubendorfer Bad vorbereitet, zu welcher unter dem Vorsitz von Spitalpfleger J. R. Hoch von Liestal etwa 40 Männer aus den 5 Landbezirken des Kantons sich einfanden. In dieser Versammlung merkte Guzhviller bald, daß die Forderung eines vom Volk zu wählenden Verfassungsrats noch den meisten Anwesenden als zu weitgehend erschien, und deshalb behalf er sich mit einem Auswege. Aus dem Rathaus zu Liestal hatte er die in einer Kapsel verwahrte Gleichheitsurkunde von 1798 mitgebracht, und auf dieses Pergament hinweisend riet er nun: man brauche über den Entstehungsweg der neuen Verfassung sich noch gar nicht zu äußern, sondern vorläufig genüge es, wenn in einer Petition eine neue Verfassung verlangt werde, welche auf den Grundsätzen der Gleichheitsurkunde beruhe und dem Volke zur Genehmigung vorzulegen sei. Dieser Vorschlag fand allgemeine Zustimmung, und so wurde eine von Guzhviller in diesem Sinn zum voraus gefertigte Petition an den Grossen Rat genehmigt, die jedoch nur von 25 Anwesenden unterzeichnet wurde. Um aber der Sache das nötige Ansehen zu verschaffen, wurden die nächstfolgenden Tage zu weiterer Sammlung von Unterschriften der angesehenen Landbewohner benutzt. Von den 600 Bürgern, welche in den Landbezirken an Gerichten, in Gemeinden oder sonstwie Ehrenämter bekleideten, unterschrieben dieses Schriftstück jedoch kaum 120. Es mußte daher in allen Schichten der Bevölkerung geworben werden, bis wohl 800 Unterschriften gesammelt waren, und auch unter diesen waren von den 78 Gemeinden der fünf Bezirke nur 41 vertreten. Zu Handen des Grossen Rats wurde hierauf die Petition am 26. Oktober durch eine Abordnung dem Bürgermeister Wieland überreicht und zugleich in einem Begleitschreiben versichert, daß die Ansicht der Unterzeichner von „der ganzen Landschaft“ geteilt werde.

Die nächste, am 1. November beginnende Sitzung des Grossen Rats war angeordnet worden, um neben anderen Gesetzesvorschlägen auch denjenigen über das Verfahren bei Verfassungsänderungen zu beraten. Da jedoch dieser Entwurf sehr umständliche und schleppende Bestimmungen enthielt, so wurde er in Rücksicht auf die inzwischen eingereichte Petition als ungeeignet fallen gelassen. Nach langer und sehr lebhafter Diskussion wurde hierauf beschlossen, auf den Inhalt der Petition zwar nicht sofort einzutreten, wohl aber dieselbe dem Kleinen Rat zu überweisen mit dem Auftrag, über die Art und Weise, wie eine Verfassungsrevision bewerkstelligt werden könne, „beförderlichst“ einen neuen Vorschlag zu bringen.

Dieser Beschuß des Grossen Rats, gegen den nur 10 Mitglieder vom Lande und 5 aus der Stadt gestimmt hatten, ließ keinen Zweifel darüber, daß diese Behörde

eine zeitgemäße Revision der Verfassung ernstlich wollte, und daß durch die Aussicht auf eine solche auch die gesetzlichen Vertreter der Landbezirke in ihrer Mehrheit befriedigt waren. Jedoch die völlige Gleichheit zwischen Stadt und Land, wie die Urkunde von 1798 sie ausgesprochen hatte, war durch diesen Beschluß noch keineswegs zugesichert. Für die Urheber der Bittschrift war daher wenig Aussicht vorhanden, daß sie ihre letzten Ziele jemals erreichen würden, so lange die große Mehrheit des Landvolks in seiner bisherigen ruhigen Stimmung verblieb. Denn wenn eine neue Verfassung im Sinne der Großenratsmehrheit zustande kam, so müßten sie befürchten, daß diese vom Volk als ein genügender Fortschritt begrüßt und angenommen würde. Es galt daher, dieses Volk „aufzuwecken“, d. h. mit Mißtrauen gegen die in der Stadt herrschende Gesinnung zu erfüllen, und in der Tat fehlte es nicht an einzelnen Kundgebungen, welche, sobald sie gehörig aufgebauscht wurden, in diesem Sinne sich verwerten ließen. Denn nicht nur waren in der jüngsten Sitzung des Großen Rats von einzelnen Rednern scharfe Worte über die Landschaft gefallen, sondern es hatte auch eine Handwerkerzunft in einem Rundschreiben die übrigen 14 Stadtzünfte aufgefordert, durch eine gemeinsame Vorstellung bei der Regierung dem Begehrn der Landleute entgegenzutreten. Wiewohl nun dieser vereinzelte Versuch am Widerstand der meisten Zünfte völlig gescheitert war, so verriet er doch das Vorhandensein einer Minderheit, welche dem Landvolk jede Erweiterung seiner politischen Rechte zu mißgönnen schien.

Dies alles hätte jedoch schwerlich hingereicht, um weitere Kreise des Landvolks in ernsthafte Aufregung zu versetzen, wenn nicht gleichzeitig aus andern Kantonen fort und fort Nachrichten eingetroffen wären, welche von einem allgemeinen und erfolgreichen Streben nach Änderung der bisherigen Verfassungen zeugten. Im Thurgau war schon am 8. November der Große Rat durch einen ins Rathaus gedrungenen Volkshaufen gezwungen worden, die Wahl eines neuen Großen Rats anzurufen, welchem die Verfassungsrevision übertragen wurde. Im Aargau wurden um dieselbe Zeit Volksversammlungen gehalten und am 20. bereits Freiheitsbäume errichtet, worauf die Großeratssitzung vom 26. einen sehr stürmischen Verlauf nahm. In Zürich erfolgte am 22. die Volksversammlung von Uster, worauf schon am 27. der Große Rat sich genötigt sah, zur Vornahme der Verfassungsrevision einen neuen Behörde Platz zu machen, und ähnliches geschah um dieselbe Zeit in Solothurn und Luzern.

Durch diese Vorgänge fühlten sich auch im Kanton Basel die Unzufriedenen zu weiterem Vorgehen ermutigt. Um einen Druck auf den Großen Rat auszuüben, der sich am 6. Dezember wieder versammeln sollte, wurde in aller Stille auf den 29. November eine neue Versammlung beim Bubendorfer Bad veranstaltet, wiewohl der gemäßigte Hoch, der beim früheren Anlaß den Vorsitz geführt, davon abriet. Jedoch Guzzwiller blieb zwar aus Klugheit persönlich ebenfalls ferne, erteilte aber dem Leiter

dieser Versammlung, dem jungen Johann Heinrich Plattner, Sohn, von Liestal, zum voraus schriftlich seinen Rat über das, was beschlossen werden sollte. Diesem Rate folgend, sprach die im Freien abgehaltene und von über 100 Mann besuchte Versammlung ihre Wünsche dahin aus, daß der Große Rat schon in seiner nächsten Sitzung die Souveränität des Volkes anerkenne, und daß zur Revision der Verfassung eine Kommission aufgestellt werde, zu welcher jede der 45 Wahlzünfte ein Mitglied wählen sollte. Hatte die Versammlung vom 18. Oktober sich noch begnügt, den Großen Rat um eine neue Verfassung zu bitten, so ging mithin die jetzige schon viel weiter, indem sie ausdrücklich einen vom Volk zu wählenden Verfassungsrat forderte. Dem entsprechend wurde auch zum Ausdruck dieser Wünsche nicht mehr die Form einer Petition an den Großen Rat gewählt, sondern einfach die eines Aufrufs an alle Grossräte vom Lande. Mit der Ausführung dieses Beschlusses wurde eine Kommission von 15 Mitgliedern betraut, welche nun sofort in Liestal bei ihrem Gessinnungsgenossen, dem Engelwirt Buser, sich versammelte. Der von dort aus am 2. Dezember an die Grossräte versandte Aufruf schloß mit der dunkeln Drohung, daß im Fall der Nichtgewährung „das Volk von dem ihm zustehenden Rechte der Souveränität Gebrauch machen werde“, und statt irgendwelcher Namensunterschriften stand am Fuße dieses Aufrufs nur: „Die Kommission“. Gleichzeitig aber lud der bei dem allem scheinbar unbeteiligte Guzzwiller diejenigen Grossräte vom Lande, auf welche er glaubte zählen zu können, auf Sonntag den 5. Dezember nach Liestal zu einer Besprechung ein, die jedoch von den meisten abgelehnt wurde.

Daß beim Bubendorfer Bad eine Versammlung stattfinden werde, das erfuhr man in Basel erst am Tage ihrer Abhaltung. Wohl wurden nun die Statthalter der Landbezirke aufgefordert, über alle Anzeichen etwa drohender Unruhen sofort zu berichten. Doch sowohl von Liestal als von Waldenburg lauteten die Berichte durchaus beruhigend, wobei ein am ersten Ort in der Nacht vor dem 29. November errichteter, aber morgens vom Gemeinderat wieder beseitigter Freiheitsbaum als belangloses Nachtbumstück hingestellt wurde. Doch die Statthalter dieser beiden Bezirke erwiesen sich in der Folge als höchst unzuverlässige Beamte, und namentlich derjenige von Waldenburg, Dr. Hug, förderte den Aufstand insgeheim auf jede Weise. Der Statthalter von Sissach hingegen, Burkhardt, schilderte seinen Bezirk zwar als „jetzt noch“ ruhig, fügte aber hinzu, daß in Sissach und Itingen sich einige Hizköpfe befänden, auf die er ein wachsames Auge haben wollte. Auch wünschte er schon jetzt militärische Vorkehrungen für den Fall etwa ausbrechender Unruhen. In ähnlicher Weise äußerten sich auch die Statthalter des sog. Unteren Bezirks und des katholischen Birseck, Iselin und Gysendorfer, wobei sie übrigens versicherten, daß die große Mehrheit der Bevölkerung die Erhaltung der Ruhe und Ordnung wünsche.

Lauteten mithin am 2. Dezember die amtlichen Berichte wenigstens teilweise noch ganz beruhigend, so ließen hingegen von Privatleuten allerlei Anzeigen ein, welche geeignet waren, ernste Besorgnis zu erregen. Für sich allein genommen, konnte es allerdings belanglos erscheinen, wenn am frühen Morgen des 29. November in Ettingen etwa 30 mit Sensen bewaffnete Taglöhner unter dem Rufe „Basel zu“ sich versammelten und von ihrem törichten Vorhaben, gegen die Stadt zu ziehen, nur durch das energische Auftreten des Gemeindepräsidenten abgehalten wurden. Dass jedoch der Gedanke eines Zuges gegen die Stadt schon damals verbreitet war, das zeigte die Äußerung eines Liestalers, der in Basel am 2. Dezember in einer Wirtschaft in der Trunkenheit prahlte: wenn am nächsten Montag (6. Dezember) der Große Rat nicht „ja“ sage, so kommen am Dienstag 6000 Mann in die Stadt. Wirklich drohend erschien aber die Gefahr, als am 3. Dezember verschiedene glaubwürdige Landleute dem Polizeidirektor Oberst Wieland versicherten, dass namentlich aus dem Birseck viele Unzufriedene die Absicht hätten, nächsten Montag und Dienstag (6. und 7. Dezember) einzeln in die Stadt zu kommen, hier sich zu versammeln, dann zum Zeughaus zu ziehen, dort sich zu bewaffnen und hierauf im Rathaus dem Großen Rat ihren Willen vorzuschreiben, wie dies schon am 8. November im Thurgau geschehen war und nachher in den ersten Dezembertagen auch in Freiburg und im Aargau gelang. Diesen Plan bezeichnete Oberst Wieland auch für Basel als sehr wohl ausführbar, sofern nicht rechtzeitig die nötigen Gegenmaßregeln ergriffen würden. Es galt daher vor allem, den am 6. Dezember zusammentretenden Rat vor einer derartigen Vergewaltigung zu schützen, und das war allerdings nur möglich durch militärische Vorkehrungen.

Das Basler Militärwesen war jedoch nicht im besten Stande, da in den Behörden infolge der langen Friedensjahre die Ansicht bisher vorgeherrscht hatte, dass man auf diesem Gebiete sich auf das Nötigste beschränken dürfe, um desto mehr auf das Unterrichtswesen und andere nützliche Einrichtungen verwenden zu können. Selbst in den leztvergangenen Monaten, wo doch seit der Julirevolution der Fall drohte, dass die Schweiz ihre Neutralität verteidigen müsste, hatten diejenigen, welchen die Hebung des Militärwesens am Herzen lag, nur wenig erreicht. Jetzt aber, wo die Gefahr vor der Tür stand, fanden sie bereitwilliges Gehör, und so benützten sie den günstigen Zeitpunkt, um nicht nur für den Augenblick die nötigsten Vorkehrungen gegen einen Gewaltstreich zu treffen, sondern überhaupt die Stadt für alle Fälle in wehrhaften Stand zu setzen. Das letztere schien übrigens umso notwendiger, nachdem schon am 4. Dezember der Polizeidirektor von zuverlässiger Seite vernommen hatte, dass der Stadt ein offener Angriff drohe, indem Mittwoch den 8. Dezember die Unzufriedenen des Birseck in Bottmingen, und diejenigen der oberen Bezirke in Muttenz sich versammeln würden, falls der Große Rat ihre Forderungen bis Dienstag nicht erfüllen sollte.

Schon am 4. Dezember ernannte deshalb der Kleine Rat Oberst Merian-Forcart zum „Militärkommandanten“, und dieser berief noch denselben Tag sämtliche Offiziere der Miliz zu sich, um ihnen für alle vorkommenden Fälle seine Weisungen zu erteilen. Da die Stadt aus alter Zeit nicht nur ihre Ringmauer samt Graben noch hatte, sondern auch die sog. Standeskompagnie, d. h. eine stehende Soldstruppe von 160 Mann, die auch im tiefsten Frieden den Wachtdienst an den Toren versah, so bedurfte es zum Schutze der am 6. Dezember beginnenden Großenratsversammlung zunächst keines größern Truppeneinsatzes. Es erschien daher genügend, wenn über diese Zeit die Standestruppe an den Toren ihre Posten verdoppelte, und einzigt zum Schutze des Zeughauses wurden 30 Mann der Miliz aufgeboten. Außerdem sollte die übrige Mannschaft der Standestruppe in ihrer Kaserne im Steinenkloster in Bereitschaft bleiben, während die gesamte Miliz nur dann sich versammeln sollte, wenn Allarm geschlagen würde. Erst nachträglich wurden noch Streifwachen von je zwei Reitern angeordnet, welche vor den Toren Umschau halten sollten, ob etwa bewaffnete Haufen gegen die Stadt ziehen würden.

Hatten diese wenigen Vorkehrungen bloß den Zweck, die Stadt über die nächste Großenratsitzung vor einem Handstreich zu sichern, so wurde immerhin der Anlaß ergriffen, um überhaupt nachzuholen, was schon längst hätte geschehen sollen. Schon seit Jahren waren in der Standestruppe Schlendrian und Zuchtlosigkeit eingerissen, weil ihre beiden Offiziere wegen hohen Alters ihren Dienstpflichten nicht mehr zu genügen vermochten. Es wurde ihr daher der aus französischen Diensten heimgekehrte Kommandant Burchardt samt zwei andern Offizieren zugeteilt, um Zucht und Ordnung wieder herzustellen. Ebenso wurde Sonntags den 5. Dezember die seit Jahrzehnten völlig vernachlässigte Stadtbefestigung besichtigt und für die nächsten Tage die nötigsten Arbeiten zur Instandstellung angeordnet. Auch organisierte sich die Gesellschaft der Feuerschützen schon in den nächstfolgenden Tagen als freiwillige Schützenkompagnie von etwa 60 Mann.

Während dies in Basel geschah, prangten an diesem Sonntag in Üsch und Münchenstein bereits Freiheitsbäume, die in der vergangenen Nacht waren errichtet worden. Diese Kundgebungen, welche dem Landvolk die Erhebung von 1798 wieder vergegenwärtigen sollten, waren eine Folge der wachsenden Agitation, welche von der Bubendorfer Versammlung vom 29. November ausgegangen war und in den letzten Tagen noch durch die Nachricht gesteigert wurde, daß auch in Freiburg am 2. Dezember der Große Rat dem Druck einer Volksversammlung habe nachgeben müssen. Die genannten zwei Dörfer aber waren hierin die ersten wohl nur deshalb, weil in beiden namhafte Häupter der Bewegung wohnten. In Münchenstein waren es die Brüder Rummler, der eine Tuchmacher, der andere Wirt und Tierarzt, welche ihr Vater, der Gemeindepräsident, vergeblich von ihrem Treiben abmahnte, und in Üsch, wo am Frei-

heitsbaum die Inschrift „Freiheit oder Tod“ zu lesen war, wohnten die Brüder Anton und Jakob von Blarer. Da nun letztere an etwa 12 abgedankten Soldaten im Dorf einen festen Anhang hatten, so fühlte der eingeschüchterte Gemeinderat sich völlig machtlos. Nicht ohne Grund schrieb daher Statthalter Gysendörfer schon damals an die Regierung, daß er für die Ruhe im Birseck nicht mehr gutesehen könne.

Auch in Münchenstein hätte der Gemeinderat gerne den Freiheitsbaum sofort wieder beseitigt. Jedoch der dem Präsidenten entgegengesetzte Einfluß seiner beiden Söhne bewirkte, daß in der Gemeindeversammlung mit 20 gegen 15 Stimmen die Beibehaltung dieses Zeichens beschlossen wurde. Als hierauf Statthalter Iselin erschien und die sofortige Fällung des Baumes durchsetzte, da erhob sich unter wildem Geschrei ein Auflauf, wobei dem Vollstrecker des Befehls die Axt entrissen und der Schullehrer, welcher abwehren wollte, verwundet wurde. Ähnliche Auftritte wiederholten sich schon folgenden Tags in Muttenz, Sissach und Itingen. Aus Muttenz, wo hauptsächlich der Schlüsselwirt Jakob Mesmer die Bewegung schürte, gelangte an den Statthalter eine höhnische Einladung, der Errichtung des Freiheitsbaums beizuwöhnen. Aus Sissach aber, wo das Aufrührzeichen von 10 Mann mit gezogenem Säbel bewacht wurde, berichtete Statthalter Burchardt, daß er mit seinen zwei Landjägern der Bewegung machtlos gegenüberstehe. Der Hauptwühler in Sissach war Johann Martin, Sohn des Bezirksschreibers und gewesener Soldat in französischen Diensten, welcher zwar wegen Raufhändeln vorbestraft, aber dennoch seit einigen Monaten Lieutenant in der Miliz und Adjutant des Quartierinspektors war, und im nahen Itingen wohnte ein anderes Haupt der Unzufriedenen, der Wirt und Tierarzt Meyer. Weitere Freiheitsbäume erhoben sich im Lauf dieser Woche noch in Liestal, Prattelen, Augst und einigen andern Dörfern. Hingegen erfolgte von nirgendshier ein Zulauf in die Stadt, wie man befürchtet hatte. Denn schon Montags hatte Guzhwiller aus Basel durch einen Eilboten an Tierarzt Kummeler in Münchenstein einen Brief gesandt, worin er von einem derartigen Vorhaben dringend abmahnte. Die militärischen Vorkehrungen, die er in der Stadt sah, mochten ihm gezeigt haben, daß das, was erst kürzlich in Freiburg gelungen war, in Basel leicht fehlschlagen und mithin der ganzen Bewegung nur schaden könnte.

Unter solchen Umständen, wo auf dem Lande die gesetzliche Ordnung schon bedenklich wankte, während in der Stadt die Besorgnis vor einem Gewaltstreich herrschte, begann Montags den 6. Dezember die Tagung des Großen Rats, welche über die Verfassungsfrage entscheiden sollte. Nach der Eröffnungsrede des Amtsbürgermeisters Wieland verlas zunächst ein Mitglied vom Lande den Aufruf der Bubendorfer Versammlung, doch ohne darüber einen Antrag zu stellen. Nun aber ergriff Guzhwiller das Wort, um die sofortige Aufhebung der militärischen Sicherheitsmaßregeln zu

fordern. Er bestritt zunächst deren Notwendigkeit, indem er äußerte: es könne auf der Landschaft niemandem in den Sinn kommen Gewalt zu gebrauchen, und würde einer sich beikommen lassen, ein Gewehr zu ergreifen, so wäre er, Guzwiller, der erste ihm solches aus der Hand zu schlagen. Sodann aber bemühte er sich, diese Vorkehrungen nicht als einen Schutz, sondern im Gegenteil als ein Hindernis der freien Beratung darzustellen. Als jedoch hierin auch mehrere Grossräte vom Lande ihm scharf entgegnetraten, zog er seinen Antrag zurück und verließ die Sitzung. Es folgte nun die Verlesung des vom Kleinen Rat vorgelegten Ratschlags über die Art und Weise, wie eine Verfassungsrevision zu bewerkstelligen sei, worauf nach Erledigung weiterer Geschäfte die Beratung dieses Gegenstandes auf morgen Dienstag gesetzt wurde.

In dieser Sitzung vom Dienstag, welche volle 6 Stunden währte, ergriffen über 50 Mitglieder das Wort, und schon von den ersten wurde die Überzeugung ausgesprochen, daß eine gute Verfassung zwar nur das Werk eines reiflichen Nachdenkens sein könne, daß aber bei der erregten Stimmung einzelner Landesteile es ratsam sei, zur Beruhigung der Gemüter die bei der Revision durchzuführenden Grundsätze schon jetzt festzustellen. Auch wurde allseitig zugegeben, daß in unserm Kanton weder über die Herrschsucht einer besondern Klasse, noch über unbilligen Druck oder nachlässige Verwaltung der öffentlichen Gelder geklagt werde, und daß mithin zwischen den abweichenden Ansichten hinsichtlich der Verfassung ein Ausgleich auf ruhigem, gesetzlichem Wege wohl möglich sein sollte, sobald Stadt und Land sich auf den Standpunkt eines billigen Entgegenkommens stellten. Ebenso stimmte die große Mehrheit darin überein, daß hierzu weder die Verfassung von 1798 noch diejenige von 1814 als unbedingtes Vorbild dienen könne, sondern daß es sich jetzt um einen zwischen Stadt und Land in voller Freiheit zu schließenden Vertrag handle, bei welchem, sofern er von Dauer sein sollte, kein Teil sich als Sieger oder als Besiegter fühlen dürfe. Daß aber ein solcher Ausgleich nur möglich sei, wenn ihm jede Partei einen Teil ihrer Ansprüche zum Opfer bringe, das wurde ebenfalls vielfach ausgesprochen. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, beschloß daher die Versammlung mit Einhelligkeit, die Beratung der Hauptgrundsätze einer neuen Verfassung dem Kleinen Rat zu überweisen mit dem Auftrag, auf nächsten Donnerstag dem Großen Rat seine Anträge vorzulegen.

Der Kleine Rat, der Mittwochs hierüber beriet, schlug vor, in der neuen Verfassung die bisherige Vertretung der Wahlzünfte beizubehalten (also 30 aus der Stadt und 34 vom Lande), hingegen die bisher vom Großen Rat erwählten 90 Mitglieder (60 aus der Stadt und 30 vom Lande) künftig ebenfalls durch direkte Wahlen zu ernennen, von welchen der Stadt und den Landbezirken je die Hälfte zufallen sollte, also je 45. Demnach sollte im Großen Rat fortan die Stadt im ganzen 75, und die Landbezirke 79 Vertreter haben. Ferner sollte sowohl für den Kleinen als den

Großen Rat die Lebenslänglichkeit der Stellen aufhören, und außerdem die revidierte Verfassung, sobald sie vom Großen Rat angenommen wäre, der Bürgerschaft des Kantons zur Genehmigung vorgelegt werden.

Über diese Vorschläge, und namentlich über das Vertretungsverhältnis zwischen Stadt und Land, waltete in der Großeratssitzung vom Donnerstag wieder eine längere Diskussion, in welcher über 70 Mitglieder das Wort ergriffen, und wobei die überwiegende Mehrheit sich zu der Ansicht bekannte, daß zwar die Stadt unter ihren 18000 Einwohnern nur 7000 Stadtbürger zähle, während die 40000 Landbewohner meistens auch Kantonsbürger seien, daß jedoch die Stadt nicht allein den größten Teil der Steuerlast trage, sondern auch an Bildung und Intelligenz die Landschaft weit übertreffe, und daß deshalb eine zwischen Stadt und Land je zur Hälfte geteilte Vertretung der Billigkeit völlig entspreche. Namentlich aber wurde geltend gemacht, daß bei diesem Verhältnis jeder Teil davor gesichert sei, vom andern jemals majorisiert zu werden. Dieser Ansicht stimmten auch die meisten Mitglieder vom Lande bei, indem sie den Vorschlag des Kleinen Rats, der ihnen 4 Vertreter mehr gab als der Stadt, als völlig befriedigend bezeichneten. Die Abstimmung ergab daher für die Annahme eine Mehrheit von 111 Stimmen, und bezeichnenderweise bestand die verwerfende Minderheit von 22 Stimmen durchweg nur aus Stadtbürgern, welche in kleinlicher Gesinnung daran Anstoß nahmen, daß die Landschaft 4 Vertreter mehr erhalten sollte als die Stadt.

Nachdem durch diese Abstimmung die Grundzüge der neuen Verfassung zum voraus festgestellt waren, wurde Freitags den 10. Dezember noch die Art und Weise beraten, wie die Verfassungsrevision zu bewerkstelligen sei, und auch hierüber wurden, wiewohl mit teilweiser Vereinfachung, die Vorschläge des Kleinen Rats angenommen. Diesen gemäß wählte folgenden Tags der Große Rat aus seiner Mitte eine Kommission von 15 Mitgliedern, worunter sich neben Bürgermeister Wieland als Vorsitzendem 7 Stadtbürger und 7 vom Lande befanden, und beauftragte sie, ihm bis zum 3. Januar, wo er in außerordentlicher Sitzung sich wieder versammeln sollte, den Entwurf einer neuen Verfassung vorzulegen. Damit schloß diese Großeratssitzung, welche eine volle Woche gedauert hatte, und gleich nachher, Montags den 13. Dezember, wurden die gefassten Beschlüsse dem Volk zu Stadt und Land durch eine gedruckte Proklamation bekannt gemacht.

Wie schon erwähnt, war Guzwiller gleich beim Beginn dieser Großeratstagung mit seinem Antrag auf Abstellung der militärischen Vorkehrungen unterlegen und hatte deshalb die Sitzung verlassen. Als nun folgenden Tags aus Alarau die Nachricht vom Siege des dortigen Aufstandes eintraf und in Basel vielfach Bestürzung hervorrief, da gewann er neue Hoffnung, auf den Großen Rat doch noch einen Druck ausüben zu können, und so suchte er Mittwochs, wo keine Sitzung stattfand, diejenigen

Großräte vom Lande, auf welche er glaubte zählen zu können, durch Einzelgespräche gegen die neuen Vorschläge des Kleinen Rats einzunehmen, indem er jedem einzelnen vorgab, daß keiner der andern Landgroßräte dieselben annehmen werde. Auch sprach er bereits von gemeinsamem Verlassen des Großen Rats, wie das in Alarau am 26. November geschehen war, ja sogar von Errichtung einer provisorischen Regierung. Als er jedoch mit derartigen Reden auch bei sonst freisinnigen Großräten auf entschiedenen Widerstand stieß, da gab er alle weiteren Versuche vorläufig auf und stimmte Donnerstags in der Sitzung sogar selber zu den Regierungsvorschlägen, welche er Tags zuvor insgeheim bekämpft hatte.

Diesem Treiben konnte der sehr temperamentvolle Oberst Wieland als Polizeidirektor nicht länger zusehen, und da zu einer sofortigen Verhaftung die hinreichenden Rechtsgründe ihm noch fehlten, so verfiel er im Unmut auf das ganz verkehrte Mittel einer anonymen Verwarnung, des Inhalts: „Die Ulmtriebe, deren elendes Werkzeug Ihr seid, werden heute ihre Endschafft erreichen. Dies zur Warnung, die Behörde wacht auf Euch.“ Diese Zuschrift, von Donnerstag dem 9. Dezember datiert, erhielt Guzwiller durch die Post erst folgenden Tags, als er eben in den Großen Rat gehen wollte. Was konnte ihm erwünschter sein als ein solches Schriftstück, das er nun in der Sitzung herumbot, und worin jedermann sofort die markigen Schriftzüge des Polizeidirektors erkannte! Nun erst stand Guzwiller da als ein Volksvertreter, den die Polizei wegen seiner unabhängigen Gesinnung insgeheim durch Drohungen einzuschüchtern suchte. Da seine Ulmtriebe den meisten Großräten damals noch unbekannt waren, so erschien er jetzt als das Opfer einer nicht zu billigenden polizeilichen Maßregel, und die dadurch erregte Teilnahme möchte das ihrige dazu beitragen, daß er folgenden Tags (11. Dezember) in die Verfassungskommission gewählt wurde.

Wie Guzwiller vorher für die vom Kleinen Rat beantragten Verfassungsgrundsätze gestimmt hatte, so nahm er jetzt auch diese Wahl an, obwohl er mit dem vom Großen Rat genehmigten Vertretungsverhältnis zwischen Stadt und Land keineswegs einverstanden war. Für die Stadt bedeutete dieses Vertretungsverhältnis zwar den Verzicht auf ihr bisheriges Übergewicht im Großen Rat. Zugleich aber war sie sich vollauf bewußt, daß sie als selbständiges Gemeinwesen nötigenfalls auch ohne das Landgebiet fortbestehen könnte, und deshalb verlangte sie als Sicherheit gegen jede Übermehrung von dieser Seite eine annähernd ebenso starke Vertretung wie die Landschaft. Die Stadt beanspruchte somit allerdings ein Vorrecht, das unsfern modernen Begriffen von reiner Demokratie nicht entspricht. In jener Zeit jedoch hatte ein solches Vorrecht auch für sehr fortgeschrittene Geister nichts Absonderliches. Denn z. B. im Kanton Zürich fanden es damals auch die Führer der Bewegung ganz in der Ordnung, daß die neue Verfassung, welche im Februar 1831 vom Volke genehmigt wurde, der Hauptstadt einen vollen Drittel des Großen Rats vorbehielet, obwohl ihre

damalige Volkszahl noch weit entfernt war, den dritten Teil der Kantonsbevölkerung zu bilden. Doch derartige Rücksichten kannte Gutwiller nicht. Er hatte sich das Ziel gesteckt, die Vertretung nach der Kopfzahl durchzuführen, und wenn der Große Rat sich hierzu nicht hatte verstehen wollen, so erkannte er daraus nur die Notwendigkeit, beim nächsten Anlaß ein stärkeres Druckmittel ins Feld zu führen, nämlich eine möglichst große Volksversammlung. Zur Zeit jedoch schien hierzu sein Anhang auf dem Lande noch nicht stark genug, und so hielt er es für ratsam, als passenden Anlaß die auf Anfang Januar anberaumte Großenratsversammlung abzuwarten, wo der bis dorthin fertige Verfassungsentwurf sollte vorgelegt werden. Inzwischen aber beteiligte er sich Tag für Tag an den Beratungen der Verfassungskommission, und hier bewegte sich seine Opposition stets in den gesetzlichen Schranken, so daß es scheinen konnte, als hätte er seine bisherigen Umltriebe als aussichtslos aufgegeben. Immerhin ließen ihm diese Beratungen noch Zeit genug, um aus seiner Wohnung am Barfüßerplatz mit seinen politischen Freunden auf dem Lande brieflich zu verkehren und ihnen seine Weisungen zu erteilen.

Hatte die Regierung sich beeilt, durch ihre gedruckte Kundmachung vom 13. Dezember die bevorstehende Verfassungsrevision samt deren leitenden Grundsätzen bekannt zu machen, so boten umgekehrt auch die Unzufriedenen jetzt allem auf, um die Bewegung, welche erst in wenigen Gemeinden Oberhand hatte, unter dem Landvolk weiter auszubreiten. Doch wurde die Agitation nur in aller Stille betrieben, und eben deshalb wurde nirgends ein neuer Freiheitsbaum errichtet. In den 10 Gemeinden jedoch, welche dieses Zeichen bereits hatten, blieb es ungestört stehen. Denn die Regierung hielt es nicht für ratsam, auf dessen Entfernung zu dringen, da solches zur Zeit nur mit Waffengewalt möglich gewesen wäre. Sie wollte nicht durch scharfe Maßregeln neue Aufrégung hervorrufen, sondern getrostete sich der Hoffnung, daß Volk werde nun in Ruhe die neue Verfassung abwarten, und sobald diese angenommen sei, werden auch die Freiheitsbäume ihre Bedeutung verlieren und folglich von selbst verschwinden. Jedoch auch bei den Bewohnern der bisher noch ruhigen Gemeinden mußte die obrigkeitliche Schonung dieser Aufrührzeichen den Eindruck erwecken, daß der Regierung entweder die Macht oder der Wille fehle, der Bewegung entgegenzutreten, und daß also doch dieser letztern die Zukunft gehöre.

Wirkten mithin die Freiheitsbäume als stumme Agitationsmittel auch auf sonst ruhige Nachbardörfer, so bestärkte ihr Fortbestehen noch mehr die bisherigen Anhänger der Bewegung in einer Gesinnung, welche in einzelnen Fällen schon jetzt in offener Widersetzung gegen die Staatsgewalt sich kund gab. So geschah es z. B. schon am 16. Dezember in Muttenz, daß beim Freiheitsbaum ein Anhänger der Regierung arg mißhandelt wurde, wobei sich namentlich der übelberüchtigte und vorbestrafte

Schreiner Hammel hervortat. Als nun zufällig gleich darauf ein Gehilfe des Bezirkschreibers im Dorf erschien, um die alljährlichen Vormundschaftsrechnungen einzusammeln, da bedrohte ihn Hammel, so daß er fliehen mußte. Als aber deshalb der Statthalter zur gerichtlichen Untersuchung sich dorthin begeben wollte, riet ihm der Gemeinderat dringend davon ab, da bereits 30 Männer aus Münchenstein und andern Nachbardörfern sich anerboten hätten, dem Hammel tatsächlich beizustehen. Nach ebenso erfolgloser Vorladung dieses Ruhestörers nach Basel sah sich daher der Statthalter genötigt, auf weitere Schritte gegen ihn vorläufig zu verzichten.

Solch gesetzlosem Zustand abzuhelpfen, stellte Oberst Merian als Militärkommandant den Antrag: es sollten die Statthalter mit den Gemeindeprääsidenten ihrer Bezirke sich über Maßregeln beraten zur Herstellung des so sehr gesunkenen Ansehens der Beamten, zur Sicherung gegen Ausschreitungen, zur Ermutigung der Gutgesinnten und zur Abschreckung und Entdeckung der Unruhestifter. Jedoch der Kleine Rat, in völliger Verblendung, konnte hierzu sich nicht verstehen. Er hielt es für klüger, aus jenem vereinzelten Vorfall nicht zu viel Aufhebens zu machen, und blieb daher fest bei seinem Entschluß, vorerst den weiten Erfolg der Verfassungsrevision abzuwarten. Dieses Verhalten aber konnte die Ruhestörer in ihrem Treiben nur bestärken, während umgekehrt für die ruhigen Bürger es den Anschein hatte, als lasse die Regierung jetzt alles gehen, wie es wolle, weil ihr eben an der Landschaft überhaupt nicht mehr viel gelegen sei.

Inzwischen versammelte sich am 20. Dezember der Große Rat in außerordentlicher Sitzung, um die Gesandtschaftsinstruktion zu der gleichfalls außerordentlichen Tagssatzung zu beraten, welche Bern als Vorort, teils zur Wahrung der schweizerischen Neutralität gegenüber den Rüstungen der Großmächte, teils auch zur Besprechung der inneren Lage des Vaterlandes, auf den 23. ausgeschrieben hatte, und welche bald nachher, beim Jahreswechsel, von Bern nach Luzern verlegt wurde. In derselben Sitzung aber stellte der Große Rat bereits auch die Voranschläge für den Staatshaushalt des kommenden Jahres fest, wobei er im Hinblick auf die noch bevorstehenden außerordentlichen Ausgaben nahezu alle bisherigen Abgaben unverändert beibehielt. Nun herrschte aber unter dem Landvolk vielfach die Vorstellung, daß eine bessere Verfassung vor allem auch eine Verminderung der Steuern bewirken müsse, und nicht ohne Grund äußerte deshalb in jener Sitzung ein Grossrat vom Lande: das Volk verstehe und bekümme sich nicht viel um Verfassungen, sondern ihm liege weit mehr daran, daß es möglichst wenig Abgaben zu zahlen habe. Für viele war es daher eine bittere Enttäuschung, als sie am Jahresende aus dem Kantonsblatt ersehen mußten, daß auch für das nächste Jahr die Abgaben wesentlich dieselben blieben wie bisher, und daß somit in dieser Hinsicht von der neuen Verfassung nichts zu erwarten sei. Für eine rührige Agitation aber war es nun umso leichter, die Enttäuschten mit

Misstrauen gegen diese Verfassung zu erfüllen, indem sie vorgaben, die Regierung wolle damit nur Zeit gewinnen, um nachher alles wieder beim Alten zu lassen. Die Zahl der Unzufriedenen wuchs daher zusehends, und die Bewegung verbreitete sich mehr und mehr auch über solche Gemeinden, wo bisher völlige Ruhe geherrscht hatte. Auch konnte es den Wühlern nur zur Ermutigung gereichen, als sie vernahmen, daß am 27. Dezember die Tagsatzung beschlossen habe, sich in die innern Angelegenheiten der Kantone nicht einzumischen. Denn nun wußten sie, daß sie auch im äußersten Fall von dieser Seite nichts zu befürchten hätten.

Zu diesem Tagsatzungsbeschuß hatte auch Basel gestimmt, indem die Regierung nicht zweifelte, daß zur Durchführung der neuen Verfassung es keiner Bundeshilfe bedürfen werde. Doch ebenso wenig fühlte sie sich beunruhigt, als nach Weihnachten von Aesch her die Meldung einlief, daß dort die Brüder von Blarer bei einem Büchsenstecher 20 alte Gewehre hätten in Stand stellen lassen. Denn als folgenden Tags beantragt wurde, die ältere, nicht mehr milizpflichtige Mannschaft in der Stadt als Bürgergarde zu organisieren, wurde dieser Vorschlag vom Kriegsrat als „zur Zeit unnötig“ abgelehnt. Wenige Tage später, am 30. Dezember, war die Arbeit der Verfassungskommission beendigt, und in Eile wurde ihr Entwurf gedruckt, um ihn auf nächsten Montag (3. Januar) dem Grossen Rat vorlegen zu können. Doch eben diese Sitzung war auch für die Bewegungspartei der längstbestimmte Zeitpunkt zur Ausführung ihrer Pläne.

2. Der offene Aufstand.

Nachdem schon zwischen Weihnacht und Neujahr in Liestal beim Engelwirt Buser eine Besprechung stattgefunden, versammelten sich Sonntag den 2. Januar die Häupter der Bewegung samt zahlreichen Vertretern des Birsecks in Muttenz, im ganzen etwa 300 Mann. In Ausführung der hier gefassten Beschlüsse wurden hierauf die Nacht hindurch von 10 Schreibern an sämtliche Gemeinden des Kantons Briefe gerichtet, welche „im Namen von mehr als 1000 Kantonsbürgern“ die Auflorderung enthielten, nächsten Dienstag den 4. Januar möglichst zahlreich in Liestal zu erscheinen, um dort auf einem Landtag einen Verfassungsvorschlag zu beraten, da der Entwurf der Verfassungskommission „den allgemeinen Wünschen“ nicht entspreche. Als unerlässliche Grundlagen einer neuen Verfassung wurden auch hier die unbedingte Vertretung nach der Volkszahl, die völlige Gleichheit zwischen Stadt und Land, sowie auch ein direkt vom Volk zu wählender Verfassungsrat aufgestellt. Um aber die Bürger zum Besuche dieses Landtags zu bewegen, sollte der Brief ungesäumt vor versammelter Gemeinde verlesen werden.

Zur Ausarbeitung des verheißenen Verfassungsvorschlags trat folgenden Tags ein zehngliedriger Ausschuß in Liestal zusammen, und inzwischen wurden die Briefe den verschiedenen Gemeinden durch Sendboten zugestellt, welche zugleich mündliche Erläuterungen beifügten. So durchzogen z. B. 4 Münchensteiner, je zwei und zwei, an diesem Tage die Gemeinden des Birsecks und gaben überall die Weisung: wer eine Uniform besitze, solle auf dem Landtag in dieser erscheinen; auch solle jede Gemeinde eine Fahne mitbringen, und beim Aufbruch des Zuges sollten eine halbe Stunde lang die Kirchenglocken geläutet werden. Wo jedoch trotz alledem eine Gemeinde sich ablehnend verhalten wollte, wie z. B. in Reinach, da wurde gedroht, daß die Mannschaft des alten Kantonsteils kommen werde, um das Dorf anzuzünden, und solche Drohungen verfehlten ihre Wirkung nicht. In die Gemeinden des alten Kantons wurden die Briefe von Liestal aus meistens durch reitende Chasseurs in Uniform vertragen, und zwar zum Teil durch Jünglinge, welche diese Uniform anzogen, ohne wirklich der Kavallerie anzugehören. Auch hier wurde, wo es nötig schien, bei Abgabe des Briefes noch mündlich mit Häuseranzünden gedroht, falls etwa seinem Inhalt nicht nachgelebt würde. Solche Drohungen bewirkten in der Tat, daß auch in den bisher ruhig gebliebenen Dörfern der Brief vor versammelter Gemeinde verlesen und überall die Anhänger der Regierung mehr oder weniger eingeschüchtert wurden.

Während in solcher Weise die gesamte Landschaft in Aufregung versetzt wurde, versammelte sich an demselben Montag in Basel der Große Rat, und gleich bei der ersten Umfrage äußerte ein Mitglied der Verfassungskommission, Brüderlin-Plattner von Liestal, daß bei der jetzigen Stimmung des Landvolks das im Entwurfe vorgeschlagene Vertretungsverhältnis nicht mehr genüge. Er stellte deshalb den Antrag, zur Beruhigung der Gemüter gleich in dieser Sitzung die grundsätzliche Vertretung nach der Kopfzahl zu beschließen. Darauf entgegnete Bürgermeister Wieland, der an Stelle des an die Tagsatzung abgeordneten diesjährigen Amtsbürgermeisters Frey den Vorsitz führte, daß nach der bestehenden Ordnung dieser Antrag erst bei der morgen stattfindenden Beratung des ganzen Entwurfes zur Behandlung gelangen könne. Da jedoch folgenden Tags Brüderlin samt andern Grossräten vom Lande nicht mehr erschien, so fiel sein Antrag dahin. In der Sitzung vom 4. Januar zeigte nun der Bürgermeister zunächst an, daß der Kleine Rat an die auf heute nach Liestal angesezte Volksversammlung eine Abordnung gesandt habe, um unter Hinweis auf den Verfassungsentwurf eine Verständigung zu versuchen und jedenfalls von ordnungswidrigen Schritten abzumahnen. In der nun folgenden Beratung des Verfassungsentwurfes wurde vielfach die Ansicht ausgesprochen, daß derselbe hinsichtlich des Vertretungsverhältnisses die äußerste Konzession enthalte, welche die Stadt machen könne, und daß mithin, falls noch mehr verlangt würde, die völlige Trennung zwischen Stadt und Land den einzigen Ausweg bilden könnte. Das Endergebnis dieser Beratung war

übrigens, daß der ganze Entwurf, wie die schwerfällige bisherige Ordnung es vorschrieb, vor dem endgültigen Entscheide des Großen Rats noch dem Kleinen Rat zu möglichst baldiger Begutachtung überwiesen wurde.

Indes in Basel diese Sitzung des Großen Rats zu Ende ging, begann in Liestal nachmittags 2 Uhr die angesagte Volksversammlung, zu welcher aus allen Bezirken, teils zu Wagen, teils zu Fuß, im ganzen wohl 2 bis 3000 Mann sich eingefunden hatten. Manche waren bewaffnet, die meisten trugen an ihren Mützen oder Tellerkappen bereits die rotweiße Kokarde, d. h. die Liestaler Farben, im Gegensatz zur schwarzweißen Basler Kokarde, wie sie sonst die obrigkeitlichen Beamten und das Militär trugen. Dem Wirtshaus zum Engel gegenüber war auf der Wiese auf Leiterwagen eine Rednerbühne errichtet, und auf dieser stand als Leiter der Versammlung der junge Heinrich Plattner, und neben ihm Johann Martin von Sissach, ferner Anton von Blarer, Kummeler-Hartmann und andere Führer der Bewegung, indes Guzwiller als Grossrat noch in Basel weilte. Unter die zuhörende Volksmenge aber hatten sich wohl 50 Helfershelfer verteilt, deren Aufgabe es war, durch rechtzeitiges und überlautes Beifallrufen die unwissende Menge zur Annahme der vorgeschlagenen Beschlüsse anzufeuern. Auch wurde nicht versäumt, dem Volke von der Bühne aus die Gleichheitsurkunde von 1798 zu zeigen. In den nun gehaltenen Reden aber wurde der dem Großen Rat vorgelegte Verfassungsentwurf, dessen Inhalt die meisten Zuhörer noch gar nicht kannten, als „ein elendes Machwerk“ bezeichnet und zugleich versichert, falls derselbe vom Volk verworfen werde, so müsse alsdann — wenn es nach dem Sinn der Stadt gehe — einfach alles beim alten bleiben. Es wurde deshalb vorgeschlagen, zunächst einen direkt vom Volke zu wählenden Verfassungsrat zu fordern, sodann für die Landbezirke eine Vertretung im Großen Rat im Verhältnis von $\frac{5}{7}$ der Gesamtheit, und endlich über beide Begehren eine bestimmte Antwort der Regierung innerhalb 24 Stunden. Auch sollte auf übermorgen jede Gemeinde wieder einen bevollmächtigten Vertreter nach Liestal abordnen, um die Antwort der Regierung entgegenzunehmen und je nach dem Ergebnis weitere Beschlüsse zu fassen.

Dank der vortrefflichen Organisation mit den 50 Vorschreiern fehlte es keinem dieser Anträge an sofortiger jubelnder Zustimmung, gegen welche sich keinerlei vernehmbare Opposition hervorwagte, und in kurzer Zeit waren sie somit alle zum Besluß erhoben. Erst hierauf wurde der Versammlung angezeigt, daß auch Abgeordnete von Basel gekommen seien. Die Frage, ob man sie anhören wolle, wurde allgemein bejaht. Doch auf die weitere Frage, ob die Kommission zu ihnen gehen solle, lautete die allgemeine Antwort: „Nein, sie sollen hierher kommen!“ So erschienen sie nun, die 4 Abgeordneten der Regierung, zu Fuß neben reitenden Chasseurs einhergehend, so daß ihr Anblick, wie nachher ein Landbürger als Augenzeuge erzählte, an „gefangene Missätter“ mahnte und „die Redlichen im Volke“ mit Wehmutterfüllte.

Der erste von ihnen, der das Wort ergriff, war der allbekannte Ratsherr Johann Georg Stehlin; jedoch seine schwache Stimme war schuld, daß er nur von wenigen gehört wurde. Ratsherr Singeisen aber, ein geborner Liestaler, wandte sich beim Sprechen zu sehr von der Hauptmasse ab, weil ihn die Sonne blendete, so daß auch er von den meisten nicht verstanden wurde. Ratsherr Minder hingegen wurde gut verstanden und anfangs gerne gehört. Als er jedoch zur Geduld aufforderte, bis die neue Verfassung fertig sei, da erhob sich sofort ein wildes Geschrei: „Keine Geduld, keine Geduld!“ Er kam hierauf nicht mehr zu Worte, und auch dem vierten Redner, Oberstlt Werthemann, erging es nicht besser. Es blieb daher bei den bereits gefassten Beschlüssen, und diese wurden nun sofort in einem von den 10 Leitern der Versammlung unterzeichneten Schreiben niedergelegt, welches den heimkehrenden 4 Abgesandten zu Handen des Kleinen Rats mitgegeben wurde. Unter der Menge aber wurde inzwischen das Gerücht verbreitet, diese Gesandten hätten nun die gestellten Forderungen bewilligt, und so zogen z. B. die meisten Birsecker wieder heimwärts im guten Glauben, daß dem wirklich so sei. Doch auch ohne das konnten die Führer der Bewegung auf den Erfolg dieses Tages mit voller Befriedigung blicken, da alles durchaus nach Wunsch verlaufen war. Die Regierung hingegen hatte mit ihrem Versuche, den drohenden Sturm noch in letzter Stunde auf gütlichem Wege zu beschwören, eine offenkundige Niederlage erlitten.

An demselben Tage, wo dies in Liestal geschah, vollzog sich in Basel eine Bewegung in entgegengesetztem Sinne. Schon Tags zuvor hatte die Nachricht von der bevorstehenden Volksversammlung unter der Bürgerschaft große Aufregung verbreitet. Am 4. Januar aber, als bei Tagesanbruch mehrere Wagen voller Landleute aus dem Birseck hart an der Stadt vorbei zu dieser Versammlung fuhren und ihre Insassen ein höhnendes Geschrei erhoben, da wurde — allerdings unnötigerweise — in der ganzen Stadt Alarm geschlagen, so daß alle Militärflichtigen auf ihre Sammelplätze eilten. Wohl stellte sich bald heraus, daß es nur blinder Lärm gewesen. Doch die Aufregung blieb, und schon vormittags, als noch der Große Rat seine schon erwähnte Sitzung hielt, kamen viele Bürger vor dem Rathause zusammen, wo sie erfuhren, daß nachmittags sowohl der Kleine Rat als auch der Stadtrat sich versammeln werde.

Als nachmittags eine noch größere Menge, wohl 1000 Bürger, auf dem Marktplatz erschien und ratlos wartete, was wohl geschehen werde, da öffnete sich ein Fenster des Rathauses, und Hauptmann Fürstenberger rief hinaus, man wolle hinauf in die Martinskirche. Sofort strömte alles dorthin, und nachdem Pfarrer von Brunn die Versammlung mit Gebet eröffnet und in einer Ansprache zur Ruhe und Ordnung ermahnt hatte, ergriffen verschiedene Bürger das Wort. Da es in der Tat den Anschein hatte, als stehe jetzt die gesamte Landschaft auf Seite der Bewegungspartei,

so äußerten mehrere Redner sich dahin, daß die Kantonsregierung nun keinen Zweck mehr habe, daß also nicht für sie und ihre Stellung man die Waffen ergreifen müsse, sondern lediglich zum Schutze der Stadt, unter Leitung des Stadtrats. Gegen diese einseitige Auffassung, welche rein nur die lokalen Interessen berücksichtigte, erhob sich der Pfarrer zu St. Leonhard, Daniel Kraus, indem er auf eine Bank stieg und mit großer Wärme und Begeisterung die Sache der Regierung verteidigte, deren Unterstützung der Bürgerschaft heilige Pflicht sei. Der allgemeine Beifallssturm, womit diese Rede aufgenommen wurde, zeigte deutlich, daß er den richtigen Ausdruck gefunden hatte für die Gesinnung, welche die große Mehrheit der Bürgerschaft beseelte. Bald darauf erschienen auch Abgeordnete des Stadtrats mit der Anzeige, daß auf Ansuchen dieser Behörde der Kleine Rat angeordnet habe, noch diesen Abend mehrere Tore zu verrammeln und auf die Wälle Kanonen zu führen. Diese Nachricht erfüllte die Versammlung mit Befriedigung, und indem sie nun die Kirche verließ und sich auflöste, verbreitete sich bald durch die ganze Stadt eine begeisterte Stimmung, welche der ungewissen Zukunft mit Entschlossenheit entgegensah.

Noch denselben Abend erließ der Stadtrat im Einverständnis mit dem Kleinen Rat eine Proklamation, worin er die Zusicherung gab, daß die Behörden alle Maßnahmen treffen werden, welche zur Sicherheit und nötigenfalls auch zur Verteidigung der Stadt erforderlich seien, doch in der Erwartung, daß jeder Bürger ihren Anordnungen auch den schuldigen Gehorsam leiste. Diese Kundgebung wurde am folgenden Morgen in der ganzen Stadt verbreitet, noch bevor sie gedruckt war, indem der Notar J. J. Schmid aus eigenem Antrieb es unternahm, unter Begleitung des Stadttambours alle Gassen zu durchziehen und überall der durch die Trommel herbeigerufenen Menge das Schriftstück vorzulesen. Im Rathaus aber nahm inzwischen der Kleine Rat das von der gestrigen Abordnung mitgebrachte Schreiben der Liestaler Volksversammlung entgegen, und dieses wurde, wie zu erwarten war, unter Hinweis auf die vom Großen Rat für die neue Verfassung schon im Dezember festgestellten Grundsätze abschlägig beantwortet. Zugleich aber erging eine Proklamation an das Landvolk, welche neben den wesentlichsten Grundzügen dieser Verfassung hauptsächlich die Zusicherung enthielt, daß der Kleine Rat diesen Entwurf beförderlich in Beratung ziehen und spätestens Anfangs Februar dem Großen Rat vorlegen werde. Hieran knüpfte sich die Ermahnung, das Ergebnis dieser Beratungen zutrauensvoll abzuwarten, aber zugleich auch die Erklärung, daß die Regierung alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwenden werde, um Ruhe und Ordnung zu erhalten und Personen und Eigentum vor ungefährlichen Handlungen zu schützen. Weitere gedruckte Kundgebungen erschienen schon in den nächsten Tagen auch von privater Seite. Neben solchen, welche an die Stadtbürger gerichtet waren, forderte eines dieser Flugblätter speziell die in Basel wohnenden Landbürger auf, zum Schutze der Stadt ebenfalls

sich zu waffen, und dieser Aufruf ging von einem Verein solcher Landbürger aus. Eine Gesellschaft von Stadtbürgern hingegen, nämlich das „Kämmerlein auf dem Marktplatz“, richtete auch „Worte des Friedens an unsere Mitbürger ab der Landschaft“, worin der Verfassungsentwurf erklärt und zur Annahme warm empfohlen wurde.

Doch vor allem galt es nun, zur Verteidigung gerüstet zu sein, und deshalb wurde noch am Abend des 4. Januar eine fünfgliedrige „Militärikommission“ aufgestellt, an deren Spitze Ratsherr Hübscher stand, und diese ernannte zunächst an Stelle des zurücktretenden Militärikommandanten Merian den seiner Zeit in englischen Diensten erprobten Oberst Müller. Schon in den nächsten Tagen standen auf den Wällen 30 Geschütze, und in allen Vorstädten wurde am innern Ende das Straßenspazier aufgerissen und mit Geschütz versehene Brustwehren errichtet, um dem Feinde, selbst wenn er ein Tor überwältigen sollte, das weitere Vordringen unmöglich zu machen. Aus der nicht mehr milizpflichtigen Mannschaft bis zum sechzigsten Altersjahr wurde eine nach Quartieren eingeteilte Bürgergarde gebildet und aus dem Zeughaus bewaffnet, und ebenso 60 Studenten, die sich als Freiwillige schon früher anerboten hatten. Zur Vermehrung der Standesstruppe wurden neue Werbungen angeordnet, und außerdem wurde durch einen Landbürger, den aus französischen Diensten heimgekehrten Hauptmann Stöcklin von Benken, teils aus gewesenen „roten Schweizern“, teils aus Milizpflichtigen der Stadt und der nächstgelegenen Dörfer eine 100 Mann starke Kompanie von Freiwilligen gebildet. Diese trugen am Czacko das metallene Bild eines Totenkopfs, ein nicht gerade glücklich gewähltes Symbol, das leicht mißdeutet wurde, und weshalb sie „die Totenkopfler“ genannt wurden.

Alle diese Vorkehrungen dienten jedoch zunächst nur zum Schutze der Stadt. Für das Land hingegen wurden wohl Proklamationen und gutgemeinte Worte des Friedens gedruckt, auch Mittel und Wege zu deren Verbreitung gesucht. Aber zum wirklichen Schutze derer, welche dort draußen treu zur rechtmäßigen Obrigkeit hielten, geschah zur Zeit noch gar nichts. Denn die Regierung fürchtete sich, wie damals Bürgermeister Wieland vertraulich sich äußerte, vor „dem ersten Schuß“, d. h. sie wollte um keinen Preis den Vorwurf auf sich laden, durch bewaffnetes Einschreiten auf dem Lande den drohenden Bürgerkrieg zum Ausbruch gebracht zu haben. Damit ließ sie jedoch ihren Gegnern völlig freies Spiel, und so konnte die Liestaler Volksversammlung auf den ganzen Kanton ungehindert ihre volle Wirkung ausüben.

Wenn nun am Tage nach dieser Versammlung sich in Basel einige Landleute mit rotweißen Kokarden zeigten, so hörte dieses Ärgernis bald auf, da die Torwachen die Weisung erhielten, keinen Träger dieses Zeichens mehr hereinzulassen. Auch hatte es nicht viel zu bedeuten, wenn am Abend desselben Tages der Schlüsselwirt Mesmer von Muttenz in der Stadt auf offener Straße einen geschriebenen Aufruf zu verbreiten suchte, der die Stadtbürger zum Albfall von der Regierung aufforderte. Wie

es aber schon um diese Zeit draußen auf dem Lande züging, und zwar in Basels nächster Nähe, das mögen einige Beispiele zeigen. In Riehen, von wo an der Liestaler Versammlung nur 6 Mann gewesen waren, wurde der Präsident gezwungen, die Gemeinde zu versammeln, und jene 6 forderten mit Ungestüm die Wahl von Ausschüssen, um morgen wieder nach Liestal zu gehen, und zwar mit unbegrenzter Vollmacht zu den weitern dort zu fassenden Beschlüssen. Dabei drohten sie, daß im Weigerungsfalle Riehen das Los Basels teilen und den Besuch von 700 Bewaffneten erleiden werde, indem die Gemeinde „verzeigt“ worden sei, daß sie es mit der Stadt halte. Durch diese Drohung wurden auch die Anhänger der Ordnung eingeschüchtert, und so wurde einstimmig in die Abordnung eines Ausschusses gewilligt. In Binningen, von wo etwa 40 in Liestal gewesen waren, ging man noch weiter, indem der regierungstreue Präsident Stöcklin abgesetzt wurde. In Arlesheim wurden bereits die Landjäger bedroht, weil sie noch die schwarzweiße Kokarde trugen, und derjenige in Oberwil wurde sogar gefangen gesetzt, so daß schon am 6. Januar Oberst Wieland als Polizeidirektor vorschlug, alle Landjäger aus dem Birseck abzuberufen. Im obern Kanton aber wurde z. B. in Sissach jeder beschimpft, welcher ohne rotweiße Kokarde ein Wirtshaus betrat, und in einer Reihe bisher ruhiger Dörfer dieses Bezirks wurden jetzt ebenfalls Freiheitsbäume errichtet. Auch wurde bereits davon gesprochen, daß man, falls die Antwort der Regierung abschlägig laute, alsbald gegen Basel ziehen werde. Überall waren daher die Freunde der Ordnung eingeschüchtert und ratlos, und mit banger Sorge sahen sie der nächsten Zukunft entgegen.

So günstig die Liestaler Versammlung für ihre Veranstalter verlaufen war, so hatte sie doch ihren Zweck insofern nicht erfüllt, als ihre Forderungen von der Regierung mit Entschiedenheit waren abgewiesen worden. Wollten nun die Führer der Bewegung ihr Ziel dennoch erreichen, so war für sie kein anderer Weg mehr vorhanden als derjenige der Gewalt. Auch für Guzwiller war daher die Zeit gekommen, wo er die Bewegung nicht mehr von Basel aus leiten konnte, sondern sich offen an ihre Spitze stellen mußte. Schon am 5. Januar verließ er deshalb die Stadt und kam nach Liestal, wo auf den folgenden Tag, gemäß den Beschlüssen der Volksversammlung, die Ausschüsse der Gemeinden erwartet wurden. Als nun diese aus den meisten Gemeinden wirklich erschienen, um die Antwort der Regierung zu vernehmen, wurde ihnen dieselbe verheimlicht und vorgegeben, es sei überhaupt keine Antwort erfolgt. Erst hierauf, nachdem diese Unwahrheit ihre Wirkung getan, d. h. die Zuhörer mit Unwillen gegen die Regierung erfüllt hatte, wurde ihnen eröffnet, daß es sich jetzt um Aufstellung einer neuen oder provisorischen Regierung handle. Da jedoch diese Ausschüsse zur förmlichen Wahl einer solchen noch keine hinreichende Vollmacht hatten, so wurden sie nur aufgefordert, eine „einstweilige Regierungskommission“ von 10 Mitgliedern zu wählen, was dann auch geschah.

Diese Kommission, in welche neben den bisherigen Führern der Bewegung auch einige Gemäßigte gewählt wurden, erließ unter Guzwillers Vorsitz sofort einen „Volksbeschluß“, des Inhalts: da Basel auf die Forderungen der Volksversammlung keine genügende Antwort gegeben, also „die Rechte des Volkes verletzt“ habe, so solle jede Gemeinde auf morgen den 7. Januar wieder Ausschüsse nach Liestal senden und mit einer von mindestens 5 Bürgern unterzeichneten Vollmacht zur Wahl einer provisorischen Regierung versehen. Zugleich aber sollten diese Ausschüsse aus jeder Gemeinde auch die Listen der waffenfähigen Mannschaft vom 18. bis 45. Altersjahre mitbringen, und das Ganze schloß mit den Worten: „Der Allerhöchste wird uns zum Siege verhelfen“.

Noch vor einem Monat hatte Guzwiller im Großen Rat versichert, daß er der erste sein würde, um demjenigen, der gegen die Stadt ein Gewehr ergriffe, es aus der Hand zu schlagen. Aber dennoch wurden jetzt die Mannschaftslisten zu keinem anderen Zweck eingefordert, als um gegen dieselbe Stadt ein allgemeines Aufgebot vorzubereiten. Allerdings hütete sich nicht allein die Basler Regierung vor dem „ersten Schuß“, sondern das war auch Guzwillers Vorsatz, indem er wohl einsah, wie sehr der Vorwurf, das erste Bürgerblut vergossen zu haben, seiner Sache vor der öffentlichen Meinung schaden könnte. Im Gegensatz zu manchem seiner Gesinnungsgenossen war er daher weit entfernt, einen Angriff auf die Stadt zu planen. Wohl aber hoffte er ihre Bürger in absehbarer Zeit zur Nachgiebigkeit zu stimmen durch eine streng durchgeföhrte, allen Handel und Verkehr hemmende Sperre, und schon hierzu bedurfte es allerdings bewaffneter Mannschaft. Sollten aber die Städter, statt nachzugeben, die Sperre mit Gewalt zu durchbrechen versuchen, so gab es alsdann immer noch Mittel und Wege, sie als die Angreifer hinzustellen. Auf alle Fälle galt es also sich zu rüsten. Doch abgesehen von dieser Sperre, deren baldige Verwirklichung in Liestal vorbereitet wurde, so wurde bereits auch privatim gegen Basel gerüstet und geplant. Schon am frühen Morgen des 6. Januar war einer der Brüder von Blarer von Äsch über Arlesheim nach Rheinfelden gefahren, um dort Pulver zu kaufen, da in Basel jetzt keines mehr abgegeben wurde. Doch in Rheinfelden blieb es nicht beim bloßen Pulverkauf. Denn an demselben Tage noch bot der Spezierer Lühelmann, bei welchem Blarer seinen Einkauf gemacht hatte, dem Schiffmann Ullrich Bannwarth von Niederschwörstadt 4 Louisdor (Fr. 100.—), wenn er auf einem langen Waidling 60 bis 100 Mann bei Nacht nach Basel führen und beim St. Albantor sie landen wolle. Durch einen nächtlichen Handstreich sollte also das St. Albantor überwältigt und dadurch einem vom Birsfeld anrückenden größern Haufen die Stadt geöffnet werden. Da jedoch der genannte Schiffmann sich nicht dazu verstehen wollte, sondern im Gegenteil die Sache in Basel anzeigte, so wurde dieser kühne Anschlag, der wohl eher von Guzwillers Gesinnungsgenossen als von ihm selber ausging, wieder aufgegeben.

Blarers Fahrt nach Rheinfelden war vom Statthalter Gysendörfer in Arlesheim noch rechtzeitig nach Basel gemeldet worden mit dem Rat, die dort gekaufte Munition auf der Rückfahrt abzufangen; jedoch es geschah nichts. Keinen besseren Erfolg hatte ein zweiter Brief, den dieser Statthalter noch unter demselben Datum nachts 11 Uhr schrieb und durch einen Eilboten an Bürgermeister Wieland sandte. Dieser Brief enthielt die soeben durch einen Vertrauensmann aus Liestal überbrachte Nachricht von der Wahl der zehngliedrigen Regierungskommission und dem unmittelbar bevorstehenden Aufgebot der gesamten Mannschaft zum Zuge gegen die Stadt. Auch schloß er mit dem wohlgemeinten Rate, daß Basel noch vor Tagesanbruch 5 bis 600 Mann mit Geschütz nach Liestal senden sollte, da es jetzt noch möglich sei, durch Verhaftung der Regierungskommission dem Aufstand die Spitze abzubrechen. In seinem vollen Umfang war dieser Rat allerdings zur Zeit nicht ausführbar. Denn mitten in der Nacht konnten 500 Mann nur dann versammelt werden, wenn in der ganzen Stadt Alarm geschlagen wurde, und alsdann wäre der Auszug für die ganze Umgegend kein Geheimnis, und deshalb auch für Liestal keine Überraschung mehr geblieben. Ohne Alarm aber stand nur die Standestruppe mit etwa 100 Mann zur Verfügung, und diese genügten kaum, um das Städtchen in der Dunkelheit völlig zu umzingeln, und den zu Verhaftenden das Entrinnen unmöglich zu machen. War somit der Erfolg auf keine Art sicher, so hätte immerhin auch eine erst bei Tag vollzogene Besetzung Liestals genügt, um die Flucht der aufständischen Kommission zu bewirken und mithin das allgemeine Aufgebot, welches nachher so verhängnisvoll wirkte, noch rechtzeitig zu verhindern. Jedoch bleibt es allerdings sehr fraglich, ob der überaus bedächtige, aus 25 Mitgliedern bestehende Kleine Rat einer solchen Maßregel zugestimmt hätte, und so verstrich in der Tat der entscheidungsvolle 7. Januar, ohne daß Basel irgendwelchen Versuch machte, durch eine militärische Besetzung Liestals dem dortigen Gang der Dinge Halt zu gebieten.

Umso besser wußte hingegen die „einstweilige Kommission“ die Zeit auszunützen. Gleich nach ihrer Ernennung war es neben dem schon erwähnten „Volksbeschuß“ ihre erste Sorge, die Verbreitung aller von Basel ausgehenden Proklamationen und Flugblätter zu verhindern. Schon am Abend des 6. Januar wurden deshalb die aus der Stadt heimkehrenden Botenwagen unterwegs von Chasseurs angehalten und ihnen nicht nur die vorhandenen Proklamationen, sondern auch sämtliche Briefschaften abgenommen, um sie in Liestal zu öffnen. Auch Fußgänger wurden durchsucht, und so wurde z. B. folgenden Tags ein aus Basel heimkehrender Zyzener nahe bei Pratteln auf offener Straße vom Schlüsselwirt Mesmer von Muttenz angepakt, welcher richtig eine Anzahl Proklamationen auf ihm fand. Nicht minder wurde auch die von Guzwiller geplante Sperre gegen die Stadt schon am 7. Januar wenigstens teilweise ins Werk gesetzt. Denn schon am Morgen dieses Tages wurde das Rote Haus durch

18 Aluszüger in Uniform aus Muttenz besetzt, welche abends durch 32 Pratteler abgelöst wurden. Schon am folgenden Morgen mußte deshalb die aus Basel kommende Luzerner Post wieder umkehren, so daß fortan alle Posten nach der Schweiz den Umweg über Grenzach und Rheinfelden zu nehmen hatten.

Inzwischen erschienen am 7. Januar in Liestal die von der Kommission verlangten Abgeordneten zur Wahl einer provisorischen Regierung. Manche von ihnen warteten, bis die Wahl beginnen sollte, im Rathaus und lasen dort die am gestrigen Abend aufgefangenen Proklamationen, von welchen eine große Zahl auf einem Tische lag. Als jedoch Guzwiller das bemerkte, nahm er den Lesern ihre Blätter weg und schaffte alles in einem Korb beiseite. Hierauf ging es um 1 Uhr unter Glockengeläute in die Kirche, wo Guzwiller der Versammlung zunächst mitteilte, daß die einstweilige Regierungskommission für gut befunden habe, der Stadt alle Zufuhr abzuschneiden. Die Milchmänner, die Viehhändler und die Boten sollten daher nicht mehr fahren, und die Mühlteiche sollten abgegraben werden. Als nun einige Hände sich zustimmend erhoben, erklärte er diese Maßregeln als von der Versammlung genehmigt, und nun erst folgte die Prüfung der von den Abgeordneten mitgebrachten Vollmachten. Von den 78 Landgemeinden des Kantons hatten 46 ihre Vollmachten so ausgestellt, daß sie als Zustimmung zur Wahl einer provisorischen Regierung gelten konnten. Von 13 Gemeinden hingegen lauteten sie keineswegs nach den Wünschen der Kommission, und von den übrigen 19 waren überhaupt keine Abordnungen erschienen.

Als nun zur Wahl geschritten wurde, verließen die Abgeordneten einiger jener nicht zustimmenden Gemeinden die Versammlung, während andere aus Furcht blieben und gleich den zustimmenden Gemeinden sich am Wahlgeschäft beteiligten. Doch noch bevor alle 15 Mitglieder der neuen Regierung erwählt waren, begann es zu dunkeln, und so zog die Versammlung, indes es stark zu schneien anfing, aus der kalten Kirche in das geheizte Rathaus, um die Wahl bei Licht fortzusetzen, aus welcher neben den Führern der Bewegung auch einige Gemäßigte hervorgingen. Raum war nun die neue Behörde gewählt, für welche Guzwiller als Präsident bezeichnet wurde, so sollte sofort auch die Beeidigung folgen. Wohl meinte einer der Gewählten: man sollte doch warten bis morgen am hellen Tag, denn es schicke sich nicht, bei Nacht zu schwören. Jedoch Guzwiller, der den Zögern nicht Zeit lassen wollte, den folgenschweren Schritt sich zu überlegen, entgegnete schlagfertig: das würde zu viel Unkosten verursachen, wenn man morgen neuerdings müßte zusammenkommen, und zudem hätten ja die drei Eidgenossen im Rütli auch bei Nacht geschworen! Auch die Eidformeln hatte er zum voraus aufgesetzt, und so schworen nun zuerst die Erwählten dem Volke, worauf die Abgeordneten im Namen ihrer Gemeinden schwören mußten, der neuen Regierung und den von ihr ernannten militärischen Befehlshabern den schuldigen

Gehorsam zu leisten. Keiner dieser Abgeordneten hatte gewußt, daß auf die Wahl sogleich die Beeidigung folgen würde, und manche schwuren daher sehr ungerne. Jedoch die Leiter des Ganzen zündeten solchen, denen sie nicht recht trauten, mit Lichtern ins Gesicht, um zu sehen, ob sie auch wirklich schwuren, und in der Tat wagte es keiner, den Eid zu verweigern. Selbst unter den 15 erwähltern Häuptern befanden sich einzelne, welche die Wahl nur ungerne und aus Furcht annahmen. So wurde z. B. der abwesende Heinrich Strub auf dem Raisen bei Läufelfingen gewählt, obschon er der Verfassungskommission angehört hatte und seither wegen seiner gemäßigten Richtung vielfach verdächtigt und auch durch offene Drohungen geängstigt wurde. Als diesem nun folgenden Tags um 5 Uhr morgens seine Wahl angezeigt wurde, eilte er erschrocken nach Läufelfingen zum dortigen Pfarrer Luz, der ihm jedoch zur Annahme riet, „um Böses zu verhindern.“ In dieser Hoffnung begab er sich daher nach Liestal, wobei er jedoch unterwegs in Sissach von seinem Schwieervater hören mußte: es sei gut, daß er komme, sonst wäre er durch die Chasseurs geholt worden.

Noch am Abend des 7. Januar, gleich nach ihrer Wahl, erließ die Provisorische Regierung zunächst eine Proklamation, durch welche sie dem Volk ihre Ernennung anzeigen, und gleichzeitig erging ein Rundschreiben an die Statthalter der fünf Landbezirke, worin diese ihrer Pflichten gegen die bisherige Regierung enthoben und ihnen die Wahl gestellt wurde, entweder ihre Entlassung zu begehrn oder der neuen Regierung zu schwören. Schon jetzt wurde aber von ihnen ein Verzeichnis der in Händen habenden öffentlichen Gelder gefordert. Doch auch an die Stadtgemeinde von Basel schien eine Rundgebung unerlässlich, um zu zeigen, daß die ganze Bewegung nicht gegen die Stadt als solche gerichtet sei, sondern nur gegen die dortige Regierung. Es wurde daher ein Schreiben an den Stadtrat gerichtet, worin die Provisorische Regierung ihr Dasein damit zu rechtfertigen suchte, daß „die völlige Auflösung aller gesetzlichen Bande, welche durch die Maßnahmen der ehemaligen Regierung und die Zeitumstände herbeigeführt wurde“, eine möglichst schnelle Wiederherstellung der Ordnung notwendig gemacht habe. Obschon nun die Stadt gegen die Landschaft sich gewaffnet habe, so möchte letztere doch nicht genötigt sein, „die Waffengewalt zu erwiedern,“ und deshalb wurde für morgen eine Abordnung angekündigt, die sich nach Basel begaben sollte, um womöglich mit dem Stadtrat, und gegebenenfalls auch mit der bisherigen Regierung, eine Verständigung zu suchen. Zum Schluß wurde noch angezeigt, daß aus diesem Grunde die seit gestern gegen die Stadt angeordnete Sperre wieder aufgehoben sei, und in der Tat erging noch denselben Abend nach Muttenz ein diesbezüglicher Befehl.

Wie wenig man jedoch in Liestal an eine friedliche Lösung noch glaubte, das zeigte schon das gleichfalls an diesem Abend erlassene Aufgebot, laut welchem aus allen Gemeinden die Mannschaft des Aluszugs in voller Alusrüstung morgen nach-

mittags in Liestal sich einstellen sollte. Speziell an die Auszüger des Birsecks erging die Weisung, sich morgen schon früh um 6 Uhr unter Jakob von Blarer in Reinach zu versammeln, um von dort ebenfalls nach Liestal zu ziehen. In Sissach aber wurde noch denselben Abend der Landjägerposten von 20 Bewaffneten durchsucht, weil man dort — wiewohl vergeblich — den regierungstreuen Major Pümpin von Gelterkinden zu finden hoffte, der als Milizinspektor die Mannschaftslisten in Händen hatte.

Wie vorhin die meisten Gemeinden der Aufforderung zur Sendung von Abgeordneten entsprochen hatten, so gehorchten sie jetzt auch diesem Aufgebot und sandten ihre Mannschaft, jede unter Führung ihres Exerziermeisters. Wo der Gemeinderat der Bewegung günstig war, da bewirkte er durch energisches Aufreten, daß auch die Widerstrebenden mitzogen, wie z. B. in Langenbrück. Einzelne Gemeinden aber, wie z. B. Waldenburg, gingen hierin noch weiter, indem sie jedem Auszüger einen „Fünfliber“ (Fr. 5.—) als Handgeld auszahlten. An manchen Orten jedoch, und namentlich in Gelterkinden und den oberhalb gelegenen Dörfern, gehorchten sowohl die Gemeinderäte als die Mannschaften dem Aufgebot nur mit Widerwillen und aus Furcht vor den beifügten Drohungen. Doch außer den Gemeinden des Reigoldswilertales waren es bloß einige vereinzelte Dörfer, welche es wagten, ihre Mannschaft nicht zu senden. Es rückte daher in Liestal im Lauf des 8. Januar der größere Teil der auszugspflichtigen Mannschaft in voller Ausrüstung richtig ein, und ebenso folgte Tags darauf die am 8. aufgebotene Landwehr.

Die gesamte Miliz des Kantons Basel umfaßte an Infanterie 2 Bataillone Auszug und 4 Landwehr, jedes zu 6 Kompanien, ferner an Artillerie 2 Kompanien Auszug und 2 Landwehr, und an Kavallerie ebenfalls 2 Kompanien Auszug und 1 Landwehr. Alle diese Truppenkörper bestanden jedoch ungefähr zu $\frac{1}{4}$ aus Stadtbürgern, und da zudem auch nicht alle Landgemeinden dem jetzt ergangenen Aufgebot Folge leisteten, so mußten die in Liestal einrückenden Mannschaften vorerst neu organisiert werden. Für den Auszug unterzog sich dieser Aufgabe der vor kurzem aus französischen Diensten heimgekehrte Jakob von Blarer, indem er aus der vorhandenen Milizmannschaft ein Bataillon von 7 Kompanien bildete, während etwa 40 Mann, welche früher in Frankreich gedient hatten, zu einer von Sprecher geführten Freikompanie vereinigt wurden. Die folgenden Tags einrückende Landwehr sodann wurde vom neuen Regierungsrat Martin, der früher in Frankreich als Unteroffizier gedient hatte und seit kurzem in der Miliz Lieutenant geworden war, in 2 Bataillone von zusammen 11 Kompanien geteilt. Außerdem noch wurde eine Kompanie freiwilliger, mit Stützen bewaffneter Schützen gebildet.

Die größte Schwierigkeit bei der Organisation der Streitkräfte bildete der Mangel an geeigneten Führern. Dem nicht nur waren die meisten bisherigen Milizoffiziere Stadtbürger, sondern auch unter den 35 Offizieren vom Lande, welche meistens als

Landwehrleutnants dienten, fand sich kaum ein Dutzend, welche wirklich der Provisorischen Regierung anhingen. Von den übrigen hingegen blieb die Mehrzahl dem Aufstande fern, indem sie entweder rechtzeitig entflohen, oder solchen Gemeinden angehörten, welche keine Mannschaft sandten. Bei 8 Offizieren aber gelang es, durch allerlei Drohungen gegen sie selbst und ihre Familien, sie derart einzuschüchtern, daß sie schließlich mit der Mannschaft ihres Dorfes nach Liestal zogen, wo sie wohl oder übel das ihnen zugedachte Kommando übernehmen mußten. Das sprechendste Beispiel solchen Zwanges ist wohl der Landwehrleutnant Degen von Oberwil, der in Basel bis Samstag den 8. Januar bei einem Tuchscherer in Arbeit stand, in seiner Heimat aber Haus und Familie hatte, und welchem im Hinblick auf die ausgestoßenen Drohungen sogar zwei Mitglieder der Basler Militärkommission keinen andern Rat wußten, als die Stadt zu verlassen und dem Aufgebot der Aufständischen Folge zu leisten.

Auf diese Weise gelang es, den meisten Kompagnien wenigstens einen Offizier als Hauptmann zu geben, und nur bei wenigen bekleidete dieses Amt ein bisheriger Unteroffizier. An der Spitze des Ganzen aber standen als „Kriegskommissäre“ die beiden Regierungsmitglieder Mesmer und Martin, und neben diesen als dritter noch Jakob von Blarer, der als Führer des Auszügerbataillons erst „Herr Major“, bald aber „Herr Oberst“ tituliert wurde. Während Martin anfänglich in Liestal blieb und bald für die Ruhe innerhalb der Landschaft zu sorgen hatte, schlug Mesmer, der bisherige Landwehr-Artillerieleutnant, sein Hauptquartier in Muttenz auf und führte von dort aus den Oberbefehl über sämtliche vor Basel stehende Truppen, also auch über Blarer und seine Auszüger. Für die 2 Landwehrbataillone fanden sich keine besondern Führer, weshalb die Kompagnien ihre Befehle direkt von Mesmer und zum Teil auch von Blarer empfingen. Raum aber war durch letztern am Nachmittag des 8. Januar das Auszügerbataillon organisiert und aus dem Liestaler Zeughaus notdürftig mit Munition versehen, so wurden seine Kompagnien noch denselben Abend in die Dörfer unterhalb Liestal bis nach Muttenz verlegt und dort einquartiert.

Während dies auf der Landschaft geschah, schwankte die Stadt zwischen Sorge und Hoffnung. Als man am Vormittag des 7. Januar die in der Hardt zurückgewiesene Luzernerpost wieder die Freie Straße herabkommen sah, da schien es manchem, als stehe bereits ein Sturm der Aufständischen bevor, und schon schlossen vorsichtige Ladenbesitzer ihr Geschäft, bis der blinde Lärm sich wieder legte. Zugleich aber kamen an diesem Tage sowohl von den französischen Grenzbehörden als auch vom badischen Oberamt Lörrach wohlwollende Zusicherungen über polizeiliche und zum Teil auch militärische Bewachung der Grenzen, wodurch namentlich das am schwächsten befestigte Kleinbasel gesichert schien. Noch bedeutsamer jedoch erschien der an demselben Tag gefaßte Beschuß der Gemeinde Riehen, ihren Freiheitsbaum umzuholzen und fortan fest zur

Stadt zu halten. Auch kamen nach Basel noch denselben Abend Abgeordnete von Binningen, Bottmingen und Oberwil mit der Erklärung, daß diese Gemeinden ganz zur Herstellung der Ordnung gestimmt seien. Es wurde daher von der Militärkommission für den folgenden Tag eine kleine Expedition beschlossen, um in diesen Dörfern mit ihrer noch vorhandenen Mannschaft einen gemeinsamen Sicherheitsdienst einzurichten.

Das Verhalten dieser nächstgelegenen Gemeinden schien zur Hoffnung zu berechtigen, daß ein ähnlicher Umschwung auch in andern Dörfern sich vollziehen werde. Schon ließen sich deshalb Stimmen vernehmen, welche meinten, daß auf diesem Wege binnen 14 Tagen der ganze Aufstand in sich selbst zerfallen werde, und diese Meinung scheint auch im Kleinen Rat vorgeherrscht zu haben. Denn weit entfernt, dem öffnen Aufstand mit allen Machtmitteln entgegenzutreten, erließ diese oberste Behörde am 8. Januar nur einen „Aufruf an die irregeföhrten Bewohner der Landbezirke“, worin diese zur Heimkehr und zur Niederlegung der Waffen aufgefordert und ihnen unter dieser Bedingung „die Hand der Versöhnung“ angeboten wurde. Immerhin erkannte der Kleine Rat, daß er mit seinen 25 Mitgliedern ein allzu schwerfälliges Organ sei, um bei der jetzigen Lage alle erforderlichen Beschlüsse mit der nötigen Beschleunigung zu fassen, und deshalb ernannte er aus seiner Mitte noch desselben Tags eine fünfgliedrige „Regierungskommission“, an deren Spitze der Amtsburgermeister stand, und welche fortan alle den Aufstand berührenden Geschäfte zu erledigen hatte.

Der Umschwung, welcher sich in Binningen zugunsten der Stadt schien vollzogen zu haben, war teilweise das Werk eines eifrigeren Stadtbürgers, des Notars und Kriminalgerichtspräsidenten Niklaus Bernoulli, der am 7. Januar diese nächstliegende Gemeinde ohne irgendwelchen amtlichen Auftrag besucht und belehrt hatte. Der scheinbare Erfolg ermutigte ihn, diese Wirksamkeit folgenden Tags in größerem Maßstab fortzusetzen und die Dörfer im obren Kanton, mit Brezwil beginnend, der Reihe nach in ähnlicher Weise zu besuchen. Mit Exemplaren der „Worte des Friedens“ reichlich versehen, begab er sich morgens auf den Weg, der ihn über Reinach und Dornach nach Brezwil führen sollte. Als er unterwegs sich erkundigte, ob Reinach etwa schon von Aufständischen besetzt sei, wollte niemand solche gesehen haben, und so zog er getrost seines Weges. Wie er jedoch in das Dorf kam, sah er vor dem Wächterhause einen Haufen Menschen stehen und darunter eine Anzahl Soldaten. Die Auszüger von Oberwil waren nämlich hier erst eingetroffen, als diejenigen der andern Gemeinden schon längst nach Liestal abmarschiert waren. Umzukehren war nicht mehr möglich, und so redete der Ankommende unerschrocken die versammelte Menge an, um sie über die wohlmeintenden Absichten der Regierung zu belehren. Bald genug zwar wurde er durch Zwischenrufe unterbrochen; aber die unbewaffneten Dorfbewohner drängten sich herzu, um ihn weiter zu hören, und ein Maurer, der ihn kannte, stellte sich neben ihn und forderte ihn auf, nur fortzufahren. Da riefen einige Soldaten: „Will denn

Reinach abfallen?" Gleich darauf erhielt der Redner von einem derselben einen Kolbenstoß auf die Brust, und als einige Reinacher ihn schützen wollten, bekamen sie selber Stöße. Als er nun diese aufforderte, zur Abwehr ebenfalls zur Waffe zu greifen, da begannen mehrere Soldaten ihre Gewehre zu laden, während andere ihn ergriffen, um ihn gefangen nach Liestal zu führen. Er wehrte sich, wurde jedoch zu Boden gerissen, mit Kolbenstößen und Fußtritten mißhandelt und auf ein in der Nähe stehendes Fuhrwerk geschleppt, welches nach Muttenz fuhr. Wohl folgten die entrüsteten Reinacher noch eine Strecke weit, doch ohne einen Befreiungsversuch zu wagen, und auch die letzte Hoffnung des Gefangenen, daß unterwegs eine Streifwache aus Basel ihn befreien könnte, erwies sich als trüglich. Denn über die Münchensteinerbrücke und von dort über den Berg ging die Fahrt nach Muttenz, wo der Schreiner Hammel der Bewachung sich anschloß und von dort bis Liestal die Führung übernahm.

In Liestal wurde der Gefangene zunächst mit dem Rufe begrüßt: man solle ihn am Freiheitsbaum aufhängen! Für die Provisorische Regierung aber, vor die er im Rathaus nun geführt wurde, bedeutete seine Gefangennahme keinen erwünschten Erfolg, sondern eher eine Verlegenheit, und deshalb stellte Guzwiller die erste an ihn gerichtete Frage so, daß er durch eine Notlüge seine Freilassung hätte ermöglichen können. Statt dessen jedoch gab er zur Antwort, daß er als Großerat und Gerichtspräsident sich keinem Verhör unterwerfe, das nicht durch diejenige Regierung angeordnet sei, welche er für die rechtmäßige erkenne. Auf dieses hin wurde er als Gefangener zunächst in das gegenüberliegende Haus des bisherigen Großerats und nunmehrigen Regierungsrats Brüderlin-Plattner geführt, wo er eine Schildwache vor die Zimmertür und eine zweite vor das Fenster erhielt, vom Hausherrn aber durchaus wohlwollend behandelt wurde.

Einen ähnlichen Versuch wie Präsident Bernoulli machte gleichzeitig einer jener in der Stadt wohnenden Landbürger, von welchen Tags zuvor der schon erwähnte Aufruf ausgegangen war, nämlich Emanuel Schäfer, der Angestellte einer Bandfabrik und zugleich Lieutenant in der Miliz. Auch dieser verließ Basel am Morgen des 8. Januar und gelangte über Binningen und Terwil nach Reinach, wo er jedoch nur mit dem Wirte sprach und deshalb nichts von dem vernahm, was kurz zuvor dort geschehen war. Sein nächstes Ziel war seine Heimat Lupzingen und das benachbarte Zyfen, wo übrigens für ihn wenig mehr zu tun blieb, da sämtliche Gemeinden des Reigoldswilertales, wie wir noch sehen werden, sich bereits für die Stadt erklärt hatten. Er setzte daher folgenden Tags seine Wanderung fort, indem er die kleineren Gemeinden des Sissacher Bezirks durchzog und überall Druckschriften verteilte und das Volk belehrte. Spät abends jedoch, als er noch Maisprach als sichere Zuflucht erreichen wollte, stieß er bei Buus auf eine Streifwache der Aufständischen, die ihn anhielt und genau durchsuchte. Da er noch eine Anzahl Proklamationen bei sich trug,

so wurde er als Gefangener über Siffach nach Liestal geführt, wo er erst nach Mitternacht eintraf. Hier nun wurde er als „Verräter“ schon im Rathaus auf die rohste Weise mißhandelt, dann in den Wasserturm geführt, wo er sehr von der Kälte litt und den nagenden Hunger erst Montag abends mit einer Mehlsuppe stillen konnte. Einige Stunden später, nachts 10 Uhr, wurde er unter neuen Mißhandlungen wieder aufs Rathaus geführt, wo der hochdeutsch sprechende Anton von Blarer, der gewesene Regimentsauditor in französischen Diensten, als Präsident der Polizeikommission ihn verhörte. Dieser eröffnete ihm hierauf, daß er des Hochverrats schuldig sei und somit nach dem Basler Kriminalgesetz 4 Jahre Kettenstrafe verdient habe, daß jedoch die Regierung den Weg der Milde einschlagen wolle und ihn deshalb nur, um ihn unschädlich zu machen, in Haft behalten werde. Er wurde daher in den Wasserturm zurückgeführt, der sich bald genug mit weitern Leidensgefährten füllte, wo er aber fortan sein Essen auf seine Kosten aus einem Wirtshaus bezog.

Nicht alle, welche Flugblätter verbreiteten, traf übrigens solches Mißgeschick wie Schäfer. So sandte z. B. der gegen Basel freundlich gesinnte Posthalter Frey von Olten an denselben Sonntag, wo jener verhaftet wurde, über den Hauenstein bis nach Liestal einen Vertrauensmann, welcher unterwegs in allen ihm bekannten Häusern Druckschriften austeilte und auf Umlegen nachher unentdeckt wieder heimkehrte. Ebenso gelangte an diesem Tag ein mit Basel befreundeter Bewohner von Seckingen, namens Landbeck, mit Druckschriften über Gelterkinden bis hinauf nach Oltingen und wieder zurück, ohne verraten zu werden. Doch blieb immerhin noch ein großer Teil der Bevölkerung, dem kein einziges solches Blatt zu Gesicht kam.

Während Schäfers Schicksal in Basel nicht so bald bekannt wurde, erfuhr man hier die Gefangennahme des Präsidenten Bernoulli schon in der nächsten Stunde durch einen Korbmacher von Grellingen, der unterwegs in Reinach Zeuge jenes Vorfalls gewesen war. Kurz vorher aber, d. h. vormittags 10 Uhr, hatte die schon erwähnte, für Binningen und andere Nachbargemeinden bestimmte Expedition die Stadt verlassen, nämlich 120 Mann der Miliz. Oberst Wieland, der sie führte, entsandte zunächst zwei Abteilungen nach Binningen und Ullschwil. Jedoch diese Gemeinden, deren Alszugsmannschaft diesen Morgen bereits nach Liestal abgegangen war, zeigten jetzt nicht mehr den Mut, sich offen auf Seite der Stadt zu stellen, sondern gaben bloß die Zusicherung, an keinem Angriff gegen sie teilzunehmen. Den offenen Anschluß wagte einzige das kleine Bottmingen, indem es seine 30 Mann der Stadt zur Verfügung stellte. Zum Schutz dieses Dorfes wurden daher 2 Offiziere mit 20 Freiwilligen zurückgelassen, welche im Verein mit der einheimischen Mannschaft das dortige Schloß besetzten. Gerne wäre Oberst Wieland noch weiter vorgerückt bis Reinach. Doch über den umständlichen Verhandlungen mit den Gemeinden war die Zeit verstrichen, und so kehrte er seiner Instruktion gemäß bei Einbruch der Nacht in die Stadt zurück.

Noch bevor diese Rückkehr durch das Spalentor erfolgte, wurde am Äschentor abends 4 Uhr durch einen Trompeter die schon erwähnte Abordnung der Provisorischen Regierung angemeldet, welche eine Unterredung mit dem Stadtrat begehrte. Sie wurde am Tor durch eine Anzahl Offiziere empfangen, an deren Spitze Oberstleutnant Landerer ritt, und von dort in ihrem Wagen bis zum Stadtcasino begleitet, wo Stadtratspräsident Bischoff sie erwartete. Unter den 4 Abgeordneten befanden sich friedliebende Männer wie Pfleger Hoch und Heinrich Strub, welch letzterer diese Sendung gerne angenommen hatte in der stillen Hoffnung, entweder Frieden zu stiften oder bei dieser Gelegenheit entrinnen zu können. Auch ein drittes Mitglied, Gemeindepräsident Schaub von Bubendorf, war wenigstens kein Terrorist. An der Spitze jedoch stand als Wortführer der zielbewußte Anton von Blarer, der dem Auftrage gemäß die Stadtgemeinde aufforderte, die Provisorische Regierung als die allein noch rechtmäßige anzuerkennen und sich ihr anzuschließen. Wohl ergriff auch Strub das Wort, indem er dringend bat, daß zwischen Stadt und Land doch noch weiter unterhandelt würde. Jedoch auf der Grundlage von Blarers Forderung schien dem Vertreter der Stadtgemeinde überhaupt keine Unterhandlung mehr möglich, und so schloß seine Antwort mit der Erklärung: „die Stadtgemeinde erkenne ihre Pflicht gegen die bestehende Regierung und werde vom Weg der Ehre und Gesetzlichkeit niemals abweichen, und deshalb können weitere Verhandlungen hierüber nicht stattfinden.“ Damit war nun die Unterredung zu Ende, und unbefriedigt verließen die 4 Abgesandten das Casino, um wieder ihren Wagen zur Heimfahrt zu besteigen. Draußen aber, am Steinenberg, wurden sie von einer inzwischen angesammelten Volksmenge mit einer Flut der rohesten Schimpfwörter überschüttet, und nur mit Mühe gelang es den sie wieder zum Äschentor begleitenden Offizieren, wenigstens tätliche Beleidigungen von ihnen fernzuhalten. Zum Überfluß geschah es noch, daß einer von ihnen, Schaub von Bubendorf, beim Besteigen des Wagens sich an einer Schnalle das Bein riss, so daß er anfänglich selber glaubte, mit der Spitze eines Taschenmessers gestochen zu sein. Unter solchen Eindrücken kehrte die Gesandtschaft nach Liestal zurück.

So sehr das rohe Benehmen des städtischen Pöbels den schon vorhandenen tiefen Riß noch verschärfen mußte, so war immerhin auch jetzt noch die Möglichkeit einer friedlichen Lösung nicht völlig ausgeschlossen. Denn wenn über den Kernpunkt des ganzen Streits, nämlich über das Vertretungsverhältnis im Großen Rat, eine Verständigung nicht mehr möglich schien, so war doch der drohende Bürgerkrieg noch zu vermeiden, sofern beide Teile, Stadt und Land, in eine friedliche Trennung ihres bisherigen Staatswesens willigten. Ein Beispiel dieser Art bot ja der Kanton Appenzell, der infolge konfessioneller Gegensätze schon seit Jahrhunderten zwei zwar völlig getrennte, aber dennoch friedlich neben einander lebende Gemeinwesen bildete. Daß nun ein

solcher Vorschlag bei der städtischen Regierung auf unbedingten Widerstand stoßen würde, das war bei ihrer bisherigen Haltung kaum zu befürchten. Es schien also der Versuch wohl der Mühe wert, dem bevorstehenden Bürgerkriege auf diesem Wege noch in eilfster Stunde vorzubeugen. In der Tat wurde der Trennungsgedanke schon in der nächsten Sitzung der Provisorischen Regierung, Sonntags den 9. Januar, durch Strub vorgebracht und warm befürwortet. Jedoch die einflussreichsten Mitglieder der Regierung, die beiden Birsecker Guzwiller und Blarer, sprachen dagegen, und so blieb Strub mit seinem Antrag in der Minderheit. Es war daher ganz umsonst, daß Guzwiller desselben Tags auch von dem gefangenen Bernoulli „in fast flehentlichem Ton“ gebeten wurde, doch die Trennungsfrage noch ernstlich zu erwägen. Denn die Antwort lautete kurz: „Die Regierung findet dies gar nicht notwendig.“ Für Guzwiller genügte es also nicht, der Landschaft allein eine Verfassung und Regierung ganz nach seinem Sinn zu geben, sondern die Stadt mit ihren reichen Hilfsquellen sollte auch dabei sein, gleichviel ob gern oder ungerne.

Von friedlicher Trennung war somit keine Rede mehr, und umso eifriger wurden nun die begonnenen Rüstungen fortgesetzt. Wie schon bemerkt, war auf Sonntag den 9. Januar die gesamte Landwehr aufgeboten, und wie Tags zuvor der Auszug, so zog auch diese Mannschaft aus ihren Dörfern schon in der Frühe nach Liestal, wo die Kompanien organisiert wurden. Noch desselben Tags rückte ein Teil dieser Truppen bis Muttenz und Münchenstein, indes Blarer mit den Auszügern bei letzterm Orte die Birs überschritt und die jenseitigen Dörfer bis Ullschwil besetzte. So reichte nun die Sperrre gegen Basel vom Rhein beim Birsfeld bis hinüber zur französischen Grenze, und zur Herstellung einer bequemeren Verbindung zwischen Muttenz und Binningen, wo Blarer sein Hauptquartier hatte, wurde schon folgenden Tags bei der Neuen Welt der Bau einer Notbrücke über die Birs begonnen und am 11. Januar vollendet. Zugleich aber wurde das Abschlagen des St. Albanteiches und des Rummelinbaches, sowie auch die Abgrabung verschiedener Brunnenquellen befohlen, was jedoch nur teilweise zur Ausführung gelangte.

Der Sold und die Verpflegung dieser wohl 1800 Mann oder mehr zählenden Streitmacht sollte vorläufig aus den Staatsgeldern bestritten werden, welche sich im Betrage von über Fr. 3000.— in den Kassen der bisherigen Statthalter und anderer Beamten vrfanden. Auch der äußerst knappe Munitionsvorrat, welchen das Liestaler Zeughaus enthielt, mußte durch den Ankauf alles irgendwie erreichbaren Schießpulvers ergänzt werden, das nun in höchster Eile zu Patronen verarbeitet wurde. Zugleich aber wurde auch nicht versäumt, sich um Hilfe aus den Nachbarkantonen Aargau und Solothurn zu bewerben. Schon am 7. Januar war in Liestal Fridolin Holer von Wegenstetten erschienen, ein Mensch, der zwar 1815 von einem eidgenössischen Kriegsgericht zu vierjähriger Kettenstrafe war verurteilt worden, jetzt aber als aar-

gauischer Verfassungsrat eine willkommene Erscheinung war. Dieser hatte versprochen, aus dem Fricktal eine Freischar von 500 Mann zusammenzubringen, welche in Liestal am 10. eintreffen sollten. Zugleich noch wandte man sich auch nach Alarau, um aus dem dortigen Zeughaus Geschütz zu erlangen, da in Liestal nur 3 alte Zweipfünderkanonen vorhanden waren. Doch diese Bemühungen hatten, wie zu erwarten war, keinen Erfolg. An ihre vor Basel stehenden Truppen aber richtete die Provisorische Regierung ebenfalls am 10. eine Proklamation, worin hauptsächlich die in Basel ihrer Gesandtschaft widerfahrene Beleidigung in den grellsten Farben dargestellt und behauptet wurde: es seien „ihnen allerwärts die Messer entgegen gehalten, ja sogar einer beim Einstiegen rücklings in das Bein verwundet“ worden. Nachdem noch die aus Alargau und Solothurn versprochene Hilfe erwähnt worden, schloß diese Kundgebung mit den Worten: „Unsere Sache ist die der ganzen Schweiz; die ganze Eidgenossenschaft sieht auf euern Mut für die Sache der Freiheit und der politischen und bürgerlichen Gleichheit.“

Während so die Provisorische Regierung in raschloser Tätigkeit sich rüstete und in Basels nächster Umgebung ihre Streitmacht aufstellte, beobachtete die städtische Regierung, ob schon gerüstet, aus Scheu vor dem ersten Schuß auch jetzt noch eine zuwartende Haltung. Sie glaubte vorerst die Wirkung ihres jüngst ergangenen Aufrufs vom 8. Januar abwarten zu sollen, indem sie noch immer sich der Hoffnung geträumtete, daß die bessere Einsicht bald wieder Oberhand gewinnen und infolge dessen der Aufstand ohne Blutvergießen in sich selbst zerfallen werde. Es war daher ganz vergeblich, wenn z. B. ein Landbürger, welcher der eben in der Bildung begriffenen Freikompagnie Stöcklin angehörte, die Regierungskommission in einem anonymen Briefe bat, doch wenigstens „uns Freiwillige“ ausrücken zu lassen, da mit bloßen Aufrufen und Proklamationen nichts zu erreichen sei. Doch ebenso wirkungslos blieb die schon am 8. Januar aus Gelterkinden einlaufende Nachricht, daß in allen Dörfern oberhalb Sissach die Freunde der Ordnung jetzt noch Meister seien und nur auf eine Offensivebewegung von Seite der Stadt warteten, um sich offen für sie zu erklären. Wohl war man geneigt, solche Gemeinden, falls sie es wünschten, auf Umwegen mit Munition und Offizieren zu versehen. Statt aber den erwarteten Vorstoß von der Stadt aus zu wagen, wurden im Gegenteil — lediglich zum Schutz der Stadt — schon am 9. Januar sowohl die Fahrbrücke beim Birsfeld als auch der Steg bei St. Jakob durch Abdeckung ungangbar gemacht. Selbst die Besetzung des Bottminger Schlosses, die doch von der Militärkommission nur auf den Wunsch dieser Gemeinde war angeordnet worden, fand nicht die Billigung der obersten Behörde. Denn ebenfalls am 9. Januar erhielt die Militärkommission die Weisung, künftig über alles, was sie „außerhalb der Stadt“ anordnen wolle, vorher die Regierungskommission anzufragen, indem Vorsicht nötig sei, „damit ja die Kräfte der Stadt nicht allzusehr geschwächt werden.“

Demgemäß wurde noch desselben Tags die kleine Besatzung aus Bottmingen zurückgezogen, worauf dann abends, wie schon erwähnt, die Aufständischen bei Münchenstein die Birs überschritten und gleich den umliegenden Gemeinden auch Bottmingen besetzten.

3. Das Reigoldswilertal und Gelterkinden.

So wenig nun diese Haltung der Stadt geeignet war, die Freunde der Ordnung auf dem Lande zum Widerstand gegen die Provisorische Regierung zu ermutigen, so geschah es dennoch, daß einzelne Kantonsteile sich erhoben, um sich offen für die bisherige Regierung zu erklären. Zwar hatte es wenig zu bedeuten, wenn die abgelegene und vereinzelte Gemeinde Maisprach, deren Mithöriger J. J. Wirz in Basel dem Kleinen Rat angehörte, gegen den Aufstand sich von Anfang an ablehnend verhielt und ihm keinerlei Zuzug leistete. Gelterkinden aber, samt den umliegenden Dörfern, hatte sich, wiewohl ungerne, dem Aufgebot gefügt und seine Mannschaft ziehen lassen, da der erwartete Vorstoß von Basel her nicht erfolgt war. Auch aus dem Reigoldswilertal, dessen Gemeinden das Aufgebot erst am Vormittag des 8. Januar erhalten hatten, waren aus den obren Dörfern, aus Brezwil, Lauwil und Reigoldswil, die Auszüger gleich nachmittags aufgebrochen, um über Ziyf en und Bubendorf nach Liestal zu ziehen. Doch schon in Ziyf en entstand ein unerwarteter Aufenthalt. Hier nämlich war der Ortspfarrer, J. J. Linder, mit großer Wärme und Kraft für die Sache des Friedens und der gesetzlichen Ordnung eingetreten, und auf seine Anregung hatte die Gemeinde unter ihrem Präsidenten Recher beschlossen, dem Aufgebot keine Folge zu leisten, sondern statt dessen an die Provisorische Regierung ein höfliches Schreiben zu richten mit dem Gesuch: es möchte aus jeder Gemeinde des Kantons ein Abgeordneter nach Basel gesandt werden um den Frieden zu vermitteln. Zugleich aber sollten womöglich auch die Nachbargemeinden zur Verweigerung des Zuzugs und zur Unterzeichnung dieses Briefes bewogen werden.

Dieses Schreiben war bereits durch Abschriften vervielfältigt und rings in die Dörfer versandt, als um 3 Uhr die Mannschaft der obren Gemeinden mit einer von Liestal geschenkten roten Fahne erschien, und mit ihnen zwei Gemeinderäte von Reigoldswil. Pfarrer Linder, von seiner ganzen Gemeinde, Männern, Weibern und Kindern begleitet, ging ihnen entgegen und bat sie flehentlich, nicht weiter zu ziehen. Da blieb die Schar vorläufig stehen, und der Pfarrer bewog die beiden Reigoldswiler Gemeinderäte, im Hause des Ziyfener Präsidenten sich mit den bereits eingetroffenen Vertretern mehrerer Nachbargemeinden zu besprechen. Diese Beratung hatte zur Folge, daß der Brief an die Provisorische Regierung von den Vertretern

von 7 Gemeinden unterzeichnet wurde. Draußen aber vor dem Hause standen noch immer die Aluszüger, unschlüssig ob sie wirklich heimkehren oder weiter nach Liestal ziehen wollten, und schon begann die Abenddämmerung. Da ließ der Pfarrer mitten im Dorf und in Gegenwart der Aluszüger durch die versammelte Gemeinde das Lied anstimmen „Wer weiß, wie nahe mir mein Ende“, und nachdem er hierauf mit lauter Stimme ein Gebet gesprochen, wandte er sich an die Aluszüger mit den Worten: „Ihr wißt, was eure Gemeindevorsteher von euch wünschen. Doch zwingen können wir niemanden, daheim zu bleiben; aber wir legen es jetzt auf euer Gewissen, zu was ihr euch entscheidet!“ Nun riefen die einen „heim“, aber andere wieder: „nein, nach Liestal!“ Und während einige sofort sich heimwärts in Bewegung setzten, blieben die meisten noch stehen. Da ritt ein Reigoldswiler Chasseur, Jakob Schmutz Sohn vom Kellenberg, ganz sachte hinter den Träger der roten Fahne und entriß ihm dieselbe mit dem Rufe: „Es marschiert kein einziger nach Liestal!“ Darob scheute des Reiters Pferd, drehte sich dreimal im Kreise und bäumte sich, so daß alles erschrak und die Menge sich zerteilte, indes Schmutz mit seiner Beute heimwärts davonjagte. Diese kühne Tat entschied. Denn gleich nachher wurde die Trommel gerührt, und alles folgte talauwärts, so daß wirklich niemand nach Liestal zog. Schon diese Nacht aber wurde in Zysen Wache gehalten, und am nächsten Morgen zog auch von Reigoldswil eine Abteilung unter ihrem Exerziermeister Rudin wieder herab nach Bubendorf, um von dort aus durch einen ständigen Posten den Eingang des ganzen Tales zu bewachen. Denn wiewohl der Präsident dieser Gemeinde sich dem Aufstand ange schlossen, so hielt doch auch dort die große Mehrheit zur bisherigen Regierung.

Den Brief der 7 Gemeinden an die Provisorische Regierung beantwortete Gutwiller zunächst durch ein Schreiben, welches Sonntags den 9. Januar schon morgens 7 Uhr in Zysen eintraf, und worin er in gütigem Ton ihnen vorstellte: sie „werden doch nicht Verräter an der Freiheit werden wollen, sondern vielmehr sich als Ehrenmänner beweisen“. Nur wenige Stunden später jedoch wurden auf dem Umweg über Lupzingen 6 Reiter nach Zysen gefandt mit dem Auftrag, den Pfarrer Linder zu verhaften. Noch war der sonntägliche Morgengottesdienst nicht beendet, als vom Dorfe bis hinauf zur Kirche das Geschrei sich verbreitete: es komme von Lupzingen her „eine Menge Reiter“! Samt dem Pfarrer lief alles aus der Kirche, und in Eile versammelte sich vor dem Pfarrhaus die bewaffnete Mannschaft. Als nun die Reiter ins Dorf sprangen, aber den Pfarrer von Bewaffneten umgeben sahen, da wagten sie es nicht, ihren Auftrag zu vollziehen, sondern der sie führende Wachtmeister übergab dem Pfarrer nur die Proklamation der Provisorischen Regierung vom 7. Januar mit der Aufforderung, sie der Gemeinde vorzulesen. Der Pfarrer tat es, und nun sprach der Wachtmeister: „Herr Pfarrer, ich bitte Sie, ziehen Sie sich zurück. Ich kann's nicht verhehlen, Sie sind in Liestal sehr verdächtig, und ich habe eigentlich schon

Befehl gehabt Sie mitzubringen.“ Der Pfarrer entgegnete: er fürchte sich vor Gott und nicht vor Menschen; er werde daher fortfahren zu tun, was seine Pflicht erheische. Nach weiterem friedlichem Gespräch wurden die Reiter mit Wein und Wecken bewirtet, worauf sie nach Liestal zurückkehrten.

Die mißglückte Verhaftung des Ziyfener Pfarrers, so friedlich sie scheinbar verlief, zeigte doch beiden Teilen den Ernst der Lage. Von Ziyfen ging daher sofort ein Hilfsgesuch nach Basel, des Inhalts: „Kommen Sie uns über Gempen zu Hilfe; aber um Gotteswillen vergießen Sie kein Blut.“ Vier Boten, welche absichtlich zerlumpte Kleider anzogen, trugen jeder einen Zettel dieses Inhalts und eilten damit auf verschiedenen Wegen, z. B. der eine über Rheinfelden nach Basel. Von Liestal aber fuhren gleich nachmittags, von einem Trompeter begleitet, 3 Mitglieder der Provisorischen Regierung in das Tal, um durch mündliche Belehrung die widerständigen Gemeinden für die Sache der Freiheit womöglich noch zu gewinnen. Doch schon in Bubendorf trat ihnen Exerziermeister Rudin mit 40 Mann entgegen, und auf ihre Frage, warum die Truppen dieses Tales nicht nach Liestal ziehen wollten wie alle andern, erfolgte die Antwort, daß für diese neue Regierung kein Mann ziehen werde. Da sprach einer der Gesandten, Müller Eglin von Ormalingen, ob sie denn keine Freiheit begehrten, sondern ferner unterdrückt sein wollten. Doch Rudin erwiderte: sie seien schon frei; was das Volk etwa noch wünschen könnte, das sei ja versprochen, und so wollten sie es ruhig abwarten. Da der Durchpaß nach Ziyfen verweigert wurde, so kehrten die Gesandten nach Liestal zurück, wohl erkennend, daß der Widerstand dieses Tales nur mit Waffengewalt könne gebrochen werden.

In Liestal war inzwischen Vorsorge getroffen, damit einem gewaltsaufwendigen Vorgehen gegen die Widerständigen auch die rechtliche Form, d. h. die Zustimmung des Landes durch seine Vertreter, nicht fehle. Denn an diesem Tag erging an alle Gemeinden die Aufforderung, auf morgen den 10. Januar je einen Vertreter nach Liestal zu senden. Dabei wurde jedoch ausdrücklich betont: „nur Einen.“ Selbst die größten Gemeinden sollten also hier nicht nach der sonst so beliebten Kopfzahl vertreten sein, sondern im Gegenteil den kleinsten gleichgestellt werden, wiewohl die 20 größeren Dörfer des Kantons schon die Hälfte der gesamten Landbevölkerung bildeten, und die 58 kleineren nur die andere Hälfte. Die Vertreter der kleineren Gemeinden waren nämlich in der Regel viel unselbstständiger, also auch leichter zu beeinflussen als die der großen, und eben deshalb erschien den neuen Machthabern dieses Vertretungsverhältnis unter den jetzigen Umständen weit zweckmäßiger als dasjenige nach der Kopfzahl.

An dieser Versammlung vom 10. Januar, die nun gewissermaßen die Stelle des späteren Landrats vertrat, fehlten von den 78 Landgemeinden des Kantons nicht weniger als 20, und zu diesen gehörten außer dem gesamten Reigoldswilertal namentlich

auch Gelterkinden samt einigen benachbarten Dörfern. Die neue Regierung verlangte daher vor allem die Vollmacht, diese widerstrebenden Gemeinden zuerst auf gütlichem Wege zum Anschluß aufzufordern, jedoch im Weigerungsfall sie mit Gewalt dazu zu zwingen. Gegen diesen Antrag erhob sich zunächst Heinrich Strub, indem er vor Blutvergießen warnte und zugleich dringend bat, auch jetzt noch Mittel und Wege zu suchen, um durch eine friedliche Lösung „das drohende Unglück vom Vaterland abzuwenden“. Doch er wurde sofort von einem andern Mitglied überschrien: man wolle „keine halben Maßregeln“, da schon „fremde Hilfe genug bereit“ sei, damit es gelinge. Wohl sprachen hierauf noch Pfleger Hoch und die Vertreter von Sissach und Zeglingen in ähnlichem Sinne wie Strub. Doch die große Mehrheit stimmte dem Antrag der Regierung bei und erteilte die verlangte Vollmacht. Nachdem auch die fortgesetzte Sperrre gegen Basel, „doch ohne Schuß“, genehmigt worden, erschien ein Mann mit der Meldung, daß 400 Alargauer im Abmarsch seien, und als gegen diese fremde Hilfe Bedenken geäußert wurden, erklärte Guzwiller: sie sei notwendig „wegen der störrischen Gemeinden“. Doch war sie, wie wir sahen, schon vorher nachgesucht worden. Auf dieses alles hin baten Strub, Brodbeck von Liestal und Jörin von Waldenburg um ihre Entlassung aus der Regierung. Doch durch Handmehr wurde sie ihnen verweigert, und im Gegenteil wurde der bisher noch nicht beeidigte Strub jetzt genötigt, als Regierungsmitglied den Eid zu leisten.

Unter den Gemeinden, welche diese Versammlung nicht beschickt hatten, kam neben denjenigen des Reigoldswilertales hauptsächlich Gelterkinden als eine der größten und wohlhabendsten in Betracht. Noch Tags zuvor war ihre Landwehr nach Liestal gezogen, jedoch nur ungerne und mit dem Vorsetz, der neuen Regierung keinen Eid zu leisten. Als aber bald nach ihrem Abmarsch die Nachricht kam, wie das Reigoldswilertal der Liestaler Regierung den Gehorsam verweigere, da wollte der bisherige Milizinspektor Pümpin wenigstens tun, was noch möglich war, nämlich aus den übrigen Männern des Dorfes den Landsturm bilden. Doch es fehlte an Munition, und so eilte er mit dem Gemeindepräsidenten Freyvogel über Rheinfelden nach Basel, wo sie das Gewünschte empfingen, und wo auch zwei Offiziere, Hauptmann Peter Bischoff und Alidemajor J. R. Burchardt, als Freiwillige sich anschlossen. Mit diesen erreichten sie am 10. Januar morgens 3 Uhr Maisprach, von wo aus Pümpin mit Bischoff sofort nach Gelterkinden eilte, indes Burchardt mit Hilfe einiger Maispracher den Transport der Munition übernahm. Um hierbei das aufständische Buus zu umgehen, mußte ein beschwerlicher Umweg über die beschneiten Höhen eingeschlagen werden, der nur teilweise fahrbar war, so daß auf einer weiten Strecke die Munition ohne Fuhrwerk mußte fortgeschleppt werden.

Major Pümpin war in Gelterkinden wohl bereits eingetroffen, als von Sissach her 6 Chasseurs durch das Dorf ritten. Wie Tags zuvor in Zyfen, so galt es auch

jetzt wieder einen „Pfaffen“ zu fangen, nämlich Pfarrer Ecklin von Rotenfluh, welcher dort mit Entschiedenheit für die Basler Regierung eingetreten war. Der Anschlag gelang besser als in Zysen, und der Gefangene mußte einen Wagen besteigen, der ihn nach Liestal bringen sollte. Jedoch inzwischen organisierte sich in Gelterkinden der Landsturm, und als die Chasseurs wieder erschienen, sahen sie sich von einem mit Hellebarden und Mistgabeln bewaffneten Haufen bedroht. Nur zwei von ihnen konnten entfliehen, während die andern gefangen genommen wurden und der Pfarrer sich befreit sah. Bald traf auch der Landsturm von Kilchberg und Rüneburg ein, so daß unter den 3 Offizieren nun 120 Mann beisammen waren, wovon jedoch nur 75 Schießgewehr trugen.

Pümpin mochte auf den Anschluß weiterer Gemeinden hoffen, sowie auf Verbindung mit dem Reigoldswilertal, vielleicht sogar auf einen kräftigen Vorstoß von Seite Basels. Jedoch dieses alles traf nicht ein, sondern statt dessen berief Martin, als Kriegskommissär der Aufständischen, von Liestal her eine Landwehrkompanie, womit er das nahe Böckten besetzte, indes 2 Zweipfünderkanonen vorläufig nur bis Sissach rückten. Da die Hauptmacht der Insurgenten vor Basel lag, so konnte von dorther vor Nacht keine Verstärkung eintreffen. Hingegen war gerade auf diesen Tag der Zuzug der Alargauer zugesagt, welche aus dem Fricktal herüberkommen sollten. Um daher Zeit zu gewinnen, knüpfte Martin mit den Basler Offizieren Unterhandlungen an, welche in Böckten stattfanden, jedoch erfolglos blieben. So wurde es Nacht, aber die Alargauer kamen nicht. Wohl hatten sich am Vormittag in Wegenstetten und andern Dörfern des Fricktales Freiwillige zum Zuzug gerüstet. Doch den Bemühungen des Oberamtmanns von Rheinfelden und mehrerer Gemeindammänner war es gelungen, die meisten noch rechtzeitig von ihrem Vorhaben abzubringen. Es rückten daher nur etwa 20 Mann über die Grenze, und als diese in Ormalingen erfuhren, daß sie in Gelterkinden auf den Landsturm stoßen würden, da kehrten auch sie wieder um.

Deffen ungeachtet gestaltete sich für das vereinzelte Dorf die Lage immer bedrohlicher, als von glaubwürdiger Seite gemeldet wurde, daß Martin, Pümpins persönlicher Feind, schwere Drohungen ausgestoßen habe, und daß er noch in dieser Nacht mit 200 Mann nach Rickenbach ziehen werde, um von dort aus Gelterkinden gänzlich einzuschließen. Da von keiner Seite mehr Hilfe zu erwarten war, so konnten sich Pümpin und seine Offiziere die Aussichtslosigkeit jedes weiteren Widerstandes gegen die wachsende Übermacht nicht länger verhehlen. Noch in derselben Nacht entwichen sie daher über Wenslingen nach Alarau, von wo sie folgenden Tags über Rheinfelden nach Basel zurückkehrten.

Bei Tagesanbruch des 11. Januar sahen die nun sich selbst überlassenen Gelterkinder ringsum die Höhen mit Insurgenten besetzt, und bald erschienen im Dorfe

zwei Chasseurs, welche den Gemeinderat aufforderten, eine Abordnung nach Böckten zu senden, um „Unglück zu verhüten“. Die fünf Gemeinderäte, welche sich nun dorthin verfügten, gaben zwar namens ihrer Gemeinde das schriftliche Versprechen, alle Befehle der Provisorischen Regierung zu erfüllen. Da sie jedoch sich weigerten ihr zu schwören, so wurden sie den ganzen Vormittag in Böckten zurückgehalten. Inzwischen aber trafen mittags von Muttenz her beträchtliche Verstärkungen ein, und nun erst rückten die Insurgenten mit drei Landwehrkompanien, zwei Kanonen und den freiwilligen Schützen gegen Gelterkinden vor, wobei die von Hammel geführten Schützen die gefangenen fünf Gemeinderäte in ihre Mitte nahmen. Da inzwischen der Landsturm schon längst sich aufgelöst hatte, so erfolgte der siegreiche Einzug ohne Hindernis. Aber mitten im Dorfe machte Hammel Halt, ließ seine Schützen gegen die Gemeinderäte anlegen, als ob er sie wollte erschießen lassen, und befahl hierauf dem Präsidenten, die Gemeinde zu versammeln und zur Auslieferung der Waffen aufzufordern, was auch sofort geschah. Nachdem noch das Haus Major Pümpins durchsucht und in Ermanglung des entflohenen Eigentümers dessen Uniform war zerrissen worden, verließ Martin das nun gebodigte Dorf unter Zurücklassung einer Kompanie als Exekutionsbesatzung.

Gleichwie Gelterkinden, so hatte schon Sonntags den 9. Januar, wie früher erwähnt, auch Zyfen für das Reigoldswilertal von Basel Hilfe verlangt. Doch auch hier beschränkte sich diese auf eine Sendung von Munition und sich freiwillig anbietenden Offizieren, an deren Spitze Major Rigggenbach stand. Am 9. Januar, um Mittagszeit, fuhren sie der Sicherheit wegen in Zivilkleidung auf weitem Umlweg über St. Louis, Altkirch und Lüzel, indes die Munition insgeheim direkt nach Meltingen geführt wurde. Als nun dort die Offiziere wegen ihres Umlweges erst am 10. Januar abends spät eintrafen, sandte Major Rigggenbach sofort einen chiffrierten Brief nach Basel, indes der nach Bremgarten vorausgeeilte Lieutenant Brenner zur Weiterbeförderung der Munition und des Gepäcks ihm einen Schlitten entgegensandte.

Raum hatte die frohe Kunde von der Ankunft der Offiziere die Nacht hindurch das ganze Tal durchlaufen, so kam umgekehrt früh morgens vor vier Uhr von Bubendorf her die Nachricht eines bevorstehenden Angriffs der Aufständischen. Infolge dessen trat in allen Dörfern die Mannschaft unter die Waffen, und zugleich eilten Abgesandte talaufwärts, um die erwarteten Offiziere zu möglichster Eile aufzufordern. Diese erschienen denn auch mit der Bremgarter Mannschaft schon um acht Uhr morgens in Reigoldswil, und das war ihr Glück. Denn während sie hier mit Jubel empfangen wurden, rückte droben in Bremgarten bereits eine von Karl von Blarer, einem Bruder Anton, geführte Landwehrkompanie der Insurgenten ein. Mesmer, dem in Muttenz die Reise der Basler Offiziere nicht verborgen geblieben, hatte Blarer beauftragt,

dieselben gleich beim Betreten des Kantonsgebiets abzufangen, und hatte die Weisung beigelegt, die Gefangenen ja nicht in einem Wagen zu transportieren, sondern eher solle man — so meinte er — sie barfuß laufen als fahren lassen.

So wenig Karl von Blarer als gewesener württembergischer Offizier gewillt war, diese Weisung Mesmers buchstäblich zu befolgen, so war er immerhin dem Befehl gemäß von Muttenz, wo seine Kompanie bisher gelegen, morgens zwei Uhr aufgebrochen und bei tiefem Schnee über Gempen nach Seewen gezogen — also über solothurnisches Gebiet. In Seewen aber wurde nach dem beschwerlichen Marsch im Wirtshaus etwas lange gerastet, und dieser Umstand half mit, daß Brezwil erst erreicht wurde, als die Offiziere samt der Munition schon fort waren. Als nun die Insurgenten im Dorf erschienen, glaubte der dortige Pfarrer Burkhardt nichts andres, als daß sie gekommen seien, um die Gemeinde für den verweigerten Zuzug zu züchtigen. Er eilte daher zu Blarer ins Wirtshaus und erklärte ihm, daß hieran niemand schuld sei als er, der Pfarrer; er möge also ihn dafür nehmen, aber die Dorfbewohner es nicht entgelten lassen. Gerührt ob solchem Freimut, wollte Blarer nichts von Verhaftung wissen, und das umso weniger, als eine junge Brezwilerin sich an seinen Arm hing und ihn bat: er möge doch sie statt des Herrn Pfarrers nehmen, wenn durchaus jemand müsse gestraft werden. Nach kurzem Gespräch verabschiedete er sich daher vom Pfarrer mit größter Höflichkeit, um hierauf mit seiner Mannschaft gegen Reigoldswil aufzubrechen.

Als man in diesem Dorf erfuhr, daß eine Schar der „Liestaler“ im Anmarsch sei, war Major Riggensbach mit der wohl 150 Mann starken Miliz von Reigoldswil und Brezwil bereits talabwärts gezogen, und schon war er halbwegs Zysen, als auch ihn diese Nachricht ereilte und zu schleuniger Umkehr bewog. In Reigoldswil aber bildeten die zurückgebliebenen Dorfleute, Männer und Frauen, sofort einen mit Hellebarden und Mistgabeln bewaffneten Landsturm, und diesem erteilte Müller Stohler den klugen Rat, beim Zurücken der Insurgenten sich zurückzuziehen und ihnen nur zu sagen, daß die Basler Offiziere mit der Mannschaft soeben nach Zysen abmarschiert seien. Zögen sie alsdann durch das Dorf, so sollte der Landsturm ihnen sogleich folgen. Als nun Blarer mit seiner Schar erschien, ritt Stohler auf ihn zu und rief: „Wer da?“ — „Deserteurs von Liestal“ war die Antwort. „Ihr seid keine Deserteurs“ entgegnete Stohler und sprengte davon. Als hierauf Blarer vernahm, daß die Basler schon fort seien, rückte er eilig durch das Dorf, ihnen nach, und auf geringe Entfernung folgte ihm der Landsturm. Auf dem damals noch sehr schmalen Fahrwege nach Zysen, wo auf einer Seite der steile Hügel und auf der andern der in der Tiefe rauschende Bach jedes Ausweichen verhinderte, stieß Blarer an der Spitze seiner Kompanie bald auf die ihm entgegenziehenden Basler Offiziere mit ihren 150 Mann. Sofort trat Major Riggensbach mit vorgehaltener Pistole auf ihn zu, forderte ihm

den Degen ab und befahl der Mannschaft, die Waffen zu strecken. Dem völlig überraschten Blarer blieb nichts übrig als zu gehorchen, und da im Rücken der Landsturm den Weg versperrte, so folgte dem Beispiel des Führers widerstandslos die gesamte Mannschaft, indem sie die Waffen ablegte und sich gefangen gab.

Mit diesen Gefangenen erreichten die Sieger um Mittagszeit Zysen, wo das frühere Geschrei vom angeblichen Angriff auf Bubendorf sich inzwischen als blinder Lärm erwiesen hatte. Hier nun wurden die Gefangenen im Hofe des Pfarrhauses mit Wein und Brot erquict, zugleich aber Mann für Mann um ihre Namen und Heimat befragt. Blarer, der als Staatsgefangener galt, wurde samt vier wohlhabenden Liestaler Bürgern, die zur Auswechslung der dort gefangen gehaltenen Basler und Zysener dienen sollten, in ein besonderes Zimmer des Pfarrhauses geführt. Auch von den übrigen waren noch 40 aus Liestal, und 44 aus andern Gemeinden. Major Rigggenbach war geneigt, diese alle schon jetzt zu entlassen. Doch in betreff der Liestaler fand er wenig Zustimmung, da dieser Ort als der eigentliche Herd des Aufstandes galt, und so wurde die Freilassung vorläufig nur den 44 Dorfbewohnern zu teil, während die 40 Liestaler auf Verwendung des Pfarrers provisorisch in dessen geheiztem Studierzimmer untergebracht wurden. Mit Zurücklassung einer Wache bei den Gefangenen zog hierauf Major Rigggenbach weiter nach Bubendorf, wo ihm jedoch bei bereits einbrechender Nacht keine Zeit mehr blieb, um die gesamte Mannschaft der verbündeten Gemeinden, wie er es gewünscht hätte, gehörig zu organisieren.

In Zysen beschäftigte sich inzwischen Pfarrer Linder teilnehmend mit den Gefangenen, welche alle den Wunsch äußerten: wenn sie nur wieder zu Hause wären! Für jene vier, welche zur Auswechslung bestimmt waren, hätte sich dieser Wunsch noch denselben Abend erfüllen können, wenn auf die angebotene Auswechslung von Liestal her eine Antwort erfolgt wäre. Für die übrigen 40 hingegen war eine solche Aussicht nicht vorhanden. Das ging dem Pfarrer zu Herzen, und als es schon Nacht geworden, besprach er sich noch mit dem Gemeindepräsidenten und fasste hierauf folgenden Plan. Er anerbte sich, die Gefangenen nach Bubendorf zu Major Rigggenbach zu führen und für ihre Freilassung sich zu verwenden, sofern sie ihr Ehrenwort geben wollten, ihm bis dorthin je zwei und zwei getreulich zu folgen. Da sie nun alle ihm das gerne versprachen, so wünschte er zu diesem friedlichen Zuge keine bewaffnete Begleitung. Das wollten aber die Dorflute anfänglich nicht zugeben, da sie befürchteten, er könnte unterwegs einem Gewaltstreich seiner Schützlinge zum Opfer fallen. Doch aller Widerspruch verstummte, als er in Gegenwart der Gefangenen ausrief: „Wenn die Herren von Liestal Liebe und Zutrauen zu mir haben sollen, so muß ich zuerst meinerseits ihnen solches entgegenbringen.“ So ergriff er nun eine Laterne, um durch die nächtliche, nur vom Schnee gemilderte Finsternis den Gefangenen voranzuschreiten, und diese folgten ihm je zwei und zwei, wie sie es versprochen hatten.

In Bubendorf angelangt, machte der Pfarrer zuerst vor einem Wirtshause Halt, bestellte für alle Wein und Brot, und eilte hierauf allein zu Major Riggensbach, der in die Freilassung einwilligte und die Gefangenen, nachdem sie getrunken, in aller Form entließ. Noch begleitete sie der Pfarrer bis an die Banngrenze, wo sie mit Handdruck von ihm schieden. Vor seiner Heimkehr nach Zysen aber besprach er sich noch in Bubendorf mit den Offizieren darüber, ob es nicht ratsam wäre, dem drohenden Gegner zuvorzukommen und noch diese Nacht die Provisorische Regierung in Liestal zu überfallen und aufzuheben. Jedoch Major Riggensbach entgegnete, ein Offizier dürfe ohne Erlaubnis seiner Obern solch einen Handstreich nicht wagen, und so mußte dieser Plan aufgegeben werden.

Hatte an diesem Dienstag dem 11. Januar das Reigoldswilertal einen schönen Erfolg errungen und dabei Großmut geübt, seinen Sieg jedoch nicht auszunützen vermocht, so war hingegen in Liestal die gewaltsame Unterwerfung dieses Tales schon am Montag eine beschlossene Sache, welcher bloß noch diejenige Gelterkindens vorausgehen sollte. Die Vorbereitungen waren daher bereits im Gange, als Dienstag nachmittags die bittere Nachricht vom Mißgeschick der Kompagnie Blarer eintraf. Da von Zysen her wohl die Ausweichslung einiger namhafter Gefangener angeboten wurde, jedoch keineswegs diejenige Blarers, so schien die Befürchtung nicht unbegründet, es könnte dieser schon in der nächsten Nacht in einer Kutsche über neutrales Gebiet nach Basel entführt werden. Sofort wurde daher auf seine Befreiung ein Preis von 200 Talern (ca. Fr. 1000) gesetzt, und bei einbrechender Nacht zogen Schützen in die Umgebung von Brezwil, um einem etwaigen Transport aufzulauern. Zugleich aber wurden sowohl die nach der Unterwerfung Gelterkindens verfügbaren gewordenen Truppen als auch andere von Pratteln her noch auf diesen Abend in die Nähe von Liestal berufen, wo am nächsten Morgen weitere 300 Mann, welche bisher im Birseck gelegen, zu ihnen stoßen sollten. Auch aus den solothurnischen Nachbardörfern, dem sogenannten Schwarzbubenlande, war Hilfe zugesagt, und wirklich erschien in Liestal morgens vier Uhr eine Kompagnie von über 100 Mann. Inzwischen aber sollte zu Muttenz in dieser Nacht mit den Trommeln ein blinder Alarm geschlagen werden, um die Stadt über die augenblickliche Schwäche ihres Gegners zu täuschen und von einem etwaigen Ausfall abzuhalten.

Am 12. Januar trafen die aus dem Birseck erwarteten Truppen gegen 7 Uhr morgens in Liestal ein, und nun erfolgte unter Martins Führung der Aufbruch der etwa 700 Mann starken Streitmacht gegen das Reigoldswilertal, indem etwa 400 Mann mit zwei Zweipfünderkanonen auf der Landstraße gegen das Bubendorfer Bad rückten, während weitere 300, worunter auch die Schützen unter Hammel, mit einem Zweipfünder rechts über die Höhe von Seltisberg gegen Lupzingen zogen. Auf die erste

Nachricht vom bevorstehenden Angriff zog Major Riggensbach in Eile mit den 200 Mann, welche in Bubendorf lagen, talabwärts an die zwischen Dorf und Bad gelegene Brücke, indes von Zysen her die übrigen 100 nachrücken sollten. Unterdessen aber wurde Lupzingen, dessen Milizpflichtige ebenfalls nach Bubendorf unterwegs waren, von den Insurgenten erreicht und umzingelt, wobei noch 15 Gefangene gemacht wurden. Es wäre nun für die Insurgenten ein Leichtes gewesen, von hier aus gegen das nahe Zysen hinabzuziehen und den bei Bubendorf stehenden Talleuten den Rückweg zu versperren. Jedoch diese Abteilung sollte vor allem den Angriff der auf der Landstraße anrückenden Hauptmacht auf Bubendorf unterstützen, und deshalb zog sie sich von Lupzingen nach links, hinter dem Blomberg herum, um noch rechtzeitig auf der Höhe oberhalb Bubendorf einzutreffen.

Schon während Lupzingen überfallen wurde, war auch in Zysen der Alarm ergangen, und indes unter Sturmgeläute der Landsturm sich versammelte, eilte die dortige Milizmannschaft unter Hauptmann DeBary talabwärts, wobei sie ihrer Instruktion gemäß auch Blarer samt den andern vier Gefangenen mitführten. Raum jedoch hatten sie Bubendorf erreicht und die Gefangenen in der Eile im Stall des Pfarrhauses eingeschlossen, so sah man auf der Höhe links vom Dorfe, am Blomberg, bereits die rote Fahne der von Lupzingen kommenden Insurgenten, vor welchen der oberhalb der Kirche auf der Engelsburg aufgestellte Posten von zehn Mann zurückwich. Inzwischen aber hatte auch Major Riggensbach von der Bubendorfer Brücke, wo des Feindes überlegene Hauptmacht ihn zu umgehen drohte, mit seinen 200 Mann sich ins Dorf zurückgezogen. Von Seite der Insurgenten erfolgte nun die Aufforderung, sich ihnen anzuschließen, und als dies von Major Riggensbach verweigert wurde, vernahm man von der Anhöhe her zu wiederholten Malen den Zuruf: „Mordet eure Offiziere!“ Als jedoch auch dieses Mittel erfolglos blieb, da eröffneten die mit Stühlen bewaffneten Schützen von oben herab ein lebhaftes Feuer, daß die Kugeln ins Dorf sausten, und auch der Zweipfünder wurde mehrmals abgefeuert. Doch wurde anfänglich niemand getroffen, und da für einfaches Infanteriegewehr die Schußweite noch zu groß war, so gab Major Riggensbach strengen Befehl, das Feuer nicht zu erwiedern. Wohl aber wurde eine Abteilung gegen den westlich vom Dorf auf der Höhe gelegenen Falkenrain gesandt, um von dort aus den Feind durch Umgehung aus seiner das Dorf beherrschenden Stellung bei der Engelsburg zu vertreiben. Doch vor dem Feuer der feindlichen Schützen wich diese Abteilung, als sie einen Verwundeten hatte, bald wieder zurück, und infolge dessen konnte nun der Feind ungehindert dem Blomberg entlang immer weiter gegen Zysen sich ausdehnen und den einzigen Rückweg dorthin bedrohen. Bei dieser mißlichen Lage erkannte Major Riggensbach die Notwendigkeit, der Übermacht zu weichen, und befahl den Rückzug. Inzwischen aber waren bereits mehrere leicht verwundet worden, und noch ehe das

Dorf verlassen war, wurde ein Auszüger von dort, namens Heinimann, vor dem Hause seiner Eltern durch die Brust geschossen, daß er tot niederfiel. In der Folge hörte allerdings das Schießen allmählich auf. Hingegen wurde beim Einrücken der Insurgenten Heinrich Wahl, der zurückblieb, derart mißhandelt, daß seine Frau infolge des Schreckens gefährlich erkrankte. Auch wurde das Haus des Großerats Degen geplündert und arg beschädigt.

Der Rückzug aus Bubendorf geschah in solcher Eile, daß nicht nur das Gepäck und die Mäntel der Offiziere zurückblieben, sondern auch die Gefangenen im Stall des Pfarrhauses. So sahen diese sich nun befreit, nachdem sie während des Schießens eine bange halbe Stunde voll Todesangst durchlebt hatten. Statt ihrer wurde jetzt Pfarrer von Brunn, der wegen seiner kranken Frau zurückgeblieben war, verhaftet und in einem Wagen nach Liestal geführt, wo er in einem Privathaus als Gefangener blieb. Weniger glimpflich erging es dem Müller und Alt-Präsidenten J. J. Zehnder von Reigoldswil, der nach Liestal hatte gehen wollen, um dort für den Frieden sich zu verwenden. Dieser fiel unweit Bubendorf den Insurgenten in die Hände, und als er mit einigen andern Gefangenen nach Liestal abgeführt wurde, steckte ihm die betrunkene Begleitmannschaft am Rücken eine Mistgabel durch den Rock, band ihm mit einer Kuhhalfter die Hände darüber und mißhandelte ihn auf die rohste Weise, bis ein Liestaler Bürger dazwischen trat und den Peinigern wehrte. So erreichte er mit etwa 20 andern Gefangenen um die Mittagszeit Liestal, wo alle nach kurzem Verhör in den Wasserturm geführt wurden und erst nachts etwas Brot und Wasser erhielten.

Inzwischen hatte Major Rigggenbach mit der Miliz des Tales Zyfen erreicht, und die Insurgenten folgten zwar in guter Ordnung, doch nur langsam, so daß die Zurückziehenden reichlich Zeit hatten, sich im Dorfe mit Wein und Brot zu erfrischen und zugleich sich zu beraten. Die Offiziere hatten anfänglich die Absicht, die Höhe zu verteidigen, auf welcher die Kirche steht. Doch es wurde ihnen entgegnet: „Was wollen Sie hier mit uns machen? Führen Sie uns doch nach Basel!“ Dieser Rat schien der bessere, und ungesäumt wurde mit der gesamten Miliz der Rückzug über Reigoldswil und Brezwil angetreten. Doch blieb in diesen Dörfern die Landwehr teilweise zurück, um sich aufzulösen, und nur etwa 200 Mann, meistens Auszüger, überschritten mit Major Rigggenbach die Kantongrenze, in der Absicht ihm nach Basel zu folgen.

Mittag war schon vorüber, als die Insurgenten in Zyfen einrückten, wo die Dorfleute manche Gestalt wieder erkannten, die sie Tags zuvor unter den großmütig entlassenen Gefangenen gesehen hatten. Umgekehrt glaubte ein Insurgent in einem Schmiedgesellen, der in Gestalt und Gesicht einige Ähnlichkeit mit Pfarrer Linder hatte, diesen selber zu erkennen, und feuerte auf ihn einen Schuß, welcher glücklicher-

weise nicht traf. Der echte Pfarrer Linder jedoch war schon in Bubendorf vom Rückzug überrascht worden und hatte sich dort auf einer Heubühne verbergen müssen. Da noch desselben Tags ein Preis von Fr. 100.— auf seinen Kopf gesetzt wurde, so boten ihm einige wohlmeinende Frauen Weiberkleider an, um seine Flucht zu ermöglichen. Doch zu solcher Verummierung konnte der würdige Mann sich nicht verstehen, und so gelangte er erst am 15. Januar, nach vieler Mühsal und Gefahr, auf weitem Umweg über Nunningen, Zwingen, Blauen, Mariastein und das Elsaß nach Basel.

War in Zyfen der Pfarrer somit nicht zu finden, so mußte wenigstens das Pfarrhaus die Wut seiner Feinde entgelten, und das umso mehr, da es verlassen und verschlossen war. Als die Haustür den Kolbenstoßen widerstand, ließ der gewesene Sträfling Leonhard Mesmer, der als Bruder des Kriegskommissärs jetzt eine Landwehrkompanie befehligte, durch einen Schwarzbuben einen Fensterladen aufbrechen und stieg hierauf als erster in das der Verwüstung geweihte Haus. Was hier von Haustrat sich vorfand, wurde nun von der tobenden Menge teils in Stücke zerschlagen, teils geraubt. Doch gab es auch solche, die diesen Ausschreitungen möglichst zu wehren suchten, wiewohl mit geringem Erfolg. Das Haus des Präsidenten Recher hingegen, der sich verborgen hielt, wurde durch die Geistesgegenwart seiner Frau gerettet, welche mutig vor die Haustür trat und die ersten, welche kamen, freundlich bewillkommte und reichlich mit Wein bewirtete, so daß sie von ihrem Vorhaben abstunden. Die Frau des Exerziermeisters Recher hingegen wurde auf schändliche Weise mißhandelt, während im übrigen Dorfe nur in wenigen Häusern Schaden angerichtet wurde.

Von Zyfen rückten die Insurgenten nachmittags noch bis Reigoldswil, wo im Hause des Präsidenten Weber viel zerstört und geraubt wurde. Dem Müller Stohler wurde sein bestes Pferd aus dem Stall entführt, und in einem andern Hause wurde eine Frau Rot derart mißhandelt, daß noch mehrere Wochen später ihr Aufkommen zweifelhaft schien. Noch denselben Abend jedoch erfolgte der Rückmarsch nach Liestal, wobei ein Reigoldswiler Gemeinderat als Gefangener mitgeführt wurde. Dieser wurde jedoch von der Provisorischen Regierung nach kurzem Verhör wieder entlassen mit dem Befehl: die Gemeinde solle nun einen Freiheitsbaum aufrichten. Dessen ungeachtet blieben in Reigoldswil die Aufgebote und Drohbriebe, welche in den nächsten Tagen noch folgten, völlig wirkungslos. Denn die Gemeinde sandte nach Liestal keinen Mann, sondern unterhielt einen Wachtdienst zum Schutze des Dorfes.

Inzwischen hatte an jenem Nachmittag Major Riggensbach seinen Rückzug fortgesetzt bis Nunningen, von wo er nach kurzer Rast um 3 Uhr talabwärts durch die sogenannte Enge weiterzog, um über Tuggingen und Äsch womöglich Basel zu erreichen. Raum jedoch hatte er Nunningen verlassen, so wurde von dort aus sein Vorhaben nach Liestal berichtet, und bald nachher eilte in derselben Albsicht aus dem einsamen

Sennhof in der Enge ein Bote direkt nach Äsch, wo alsbald Sturm geläutet wurde. Von Liestal aber ging über Muttenz der Befehl an 3 in Oberwil, Biel und Benken stehende Kompanien, sofort nach Äsch zu rücken und den Durchziehenden den Weg zu verlegen. Diese Truppen scheinen zwar nicht mehr rechtzeitig eingetroffen zu sein. Wohl aber lag in Äsch schon eine Kompanie im Quartier. Als nun nachts gegen 7 Uhr Major Riggensbach mit seiner Schar von Tuggingen her die noch auf Bernerboden gelegene Angensteiner Brücke erreichte, fand er hier einen Haufen Bauern, deren einer mit einer Axt in der Hand vortrat und mit drohender Gebärde den Durchgang verweigerte. Darüber entspann sich ein heftiger Wortwechsel, und als Hauptmann DeBary dem Sprecher jene Waffe zu entwinden versuchte, erhob sich unter wildem Geschrei ein furchtbarer tumult, wobei ein Alszüger von Bubendorf, Namens Bürgin, mit jener Axt am Kopf verwundet wurde. Der Lärm aber und das Geschrei, welches weithin durch die dunkle Nacht erschallte, erweckte unter der anrückenden Schar den Glauben, als stünde ihr ein weit überlegener Feind entgegen. Als nun auf Major Riggensbachs Befehl die Vorhut unter dem Rufe: „Vorwärts, drauf!“ über die Brücke stürmte, glaubten die Fernerstehenden, es sei der vordringende Feind, der so rufe, und wichen zurück. Dadurch nahm in der Dunkelheit die Verwirrung schnell überhand, und indes die vordern der Vorhut über die Brücke folgten, blieb die hintere Hälfte des Zuges, bei der auch 3 Basler Offiziere sich befanden, zurück und lief bald auseinander. Ein Trupp von nur 5 Mann folgte dem Leutnant Bader, Sonnenwirt von Reigoldswil, der Birs entlang bis zur Dornacher Brücke, wo sie jedoch von Solothurnern verhaftet und nach Muttenz ausgeliefert wurden. Nicht besser erging es andern 20, welche den Heimweg über Seewen einschlugen, aber dort von einem bewaffneten Haufen aus den umliegenden Dörfern gefangen genommen und nach Liestal geführt wurden. Diese und andere Gefangene ließ Gutwiller unter die Truppen der Insurgenten einreihen, wobei er dafür zu sorgen befahl, „daß sie nicht schädlich werden.“ Andre hingegen erreichten glücklich wieder die Heimat oder hielten sich auf einsamen Sennhöfen über die nächsten Tage verborgen.

Während auf diese Weise wohl die Hälfte von Riggensbachs Schar teils zerstreut, teils gefangen wurde, gelangten die Bordersten, etwa 90 Mann, ohne weiteren Widerstand nach Äsch. Hier aber empfing sie aus den meisten Häusern ein Gewehrfeuer, das sie nach Kräften erwiderten, bis sie durch das Dorf hindurch waren. Bei diesem Nachtgefecht verloren die Insurgenten 2 Tote, deren einer von Äsch, der andre von Dornach war, samt einigen Verwundeten. Auch die Basler hatten mehrere Verwundete, und außerdem gerieten 8 Mann, die in der Dunkelheit sich verirrten, in Gefangenschaft und wurden „auf eine erbärmliche Weise“ mishandelt. Der weitere Marsch der übrigen, über Reinach nach Basel, blieb vom Feind unbelästigt. Hingegen schleppte einer der Verwundeten, der in den Arm geschossene J. J. Waldner von Zyfen, mit Hilfe seiner

Kameraden nur mühsam sich weiter, bis er zuletzt, beim Dreispitz, infolge des großen Blutverlusts zusammenbrach und starb. Auch als um 9 Uhr die ermüdete Schar das Äschentor erreichte, traf noch ein Mißgeschick ihren Führer, Major Riggensbach, der in der Dunkelheit in den Stadtgraben stürzte und sich am Kopf verletzte. Die Mannschaft wurde hierauf in der Klingentalskaserne einquartiert, während die 3 bei Aengenstein getrennten Offiziere erst folgenden Tags über Laufen und St. Louis wieder nach Basel gelangten.

Für die Provisorische Regierung war die Unterwerfung des Reigoldswilertales ein großer Erfolg. Denn mit Ausnahme des entlegenen Maisprach erstreckte sich nun ihr Machtbereich über die gesamte Landschaft diesseits des Rheines, und wer sich hier noch irgendwie als ein Gegner der neuen Obrigkeit bemerklich machte, der wurde verhaftet und nach Liestal geführt, sofern es ihm nicht gelang, noch rechtzeitig zu fliehen oder wenigstens sich gut zu verbergen. Es gab Tage, wo bis 70 Gefangene eingebbracht wurden. Doch wurde jeweilen die Mehrzahl gleich nach dem Verhör als „nicht gefährlich“ wieder entlassen. Welche aber nicht so glücklich waren, die wurden in den Wasserturm und andere derartigen Räumlichkeiten verbracht, wo sie, wie schon bemerkt, teilweise sehr roh behandelt wurden.

Verhältnismäßig am glimpflichsten erging es einzelnen Gefangenen, die aus besondern Gründen im Rathaus oder in Privathäusern verwahrt wurden; doch war deren Lage nur umso gefährlicher. Der schon erwähnte Präsident Bernoulli, der als Gefangener am 8. Januar in einem Privathaus war untergebracht worden, wurde schon folgenden Tags ins Rathaus übergeführt, weil die abends zuvor in Basel erfolgte Beschimpfung der Gesandtschaft eine solche Erregung verursacht hatte, daß eine Gewalttat gegen ihn zu befürchten war. Doch auch im Rathause, wo er eine Kammer im zweiten Stock bewohnte und eine Schildwache vor der Tür hatte, konnte er wiederholt die Drohung hören, daß er erschossen werde, sobald von Basel aus ein Schuß falle. Seine Besorgnis hierüber suchte zwar Guzwiller zu beschwichtigen. Als jedoch infolge der Erhebung des Reigoldswilertales sich am 11. in Liestal das Gerücht verbreitete, daß seine gewaltsame Befreiung geplant werde, da frug ihn Guzwiller im Auftrag der Provisorischen Regierung, ob er nicht einen hiervon abmahnenden Brief schreiben wolle. Als er sich aber dessen weigerte, da entgegnete Guzwiller: „So kann ich für nichts mehr garantieren“. Die nächste Folge war jedoch nur, daß der Gefangene fortan die Schildwache nicht mehr vor die Tür, sondern bei Tag und Nacht ins Zimmer erhielt, und zwar mit strengem Befehl, kein Wort mit ihm zu sprechen. Daß dieser Befehl beachtet würde, war freilich nicht zu erwarten, und so gab es manches mitteilsame Zwiegespräch. Hatten sich namentlich in den ersten Tagen manche Schildwachen sehr feindselig benommen, so fehlte es auch nicht an solchen, die

sich zum Gefangenen freundlich stellten. Einer sogar, der ihn bemitleidete, gab ihm den wohlmeinenden Rat, zur Erlangung der Freiheit sich „hinderfür“, d. h. geisteskrank zu stellen. Doch er zog vor, sich zu gedulden und den weitern Verlauf der Ereignisse abzuwarten.

War es der Provisorischen Regierung gelungen, durch energischen Gebrauch ihrer Machtmittel allen Widerstand im Innern zu brechen und zum Schweigen zu bringen, so war hingegen ein andres Übel umso schwerer zu bewältigen, nämlich die Desertion unter den Truppen. Wie schon bemerkt, befanden sich sowohl im Aluszug als in der Landwehr viele, welche höchst ungerne und nur aus Furcht mitgezogen waren. Das Desertieren begann daher schon in den ersten Tagen und nahm rasch überhand, so daß oft 10 bis 20 Mann miteinander entwichen und auf Umwegen ihrem Dorfe zuliefen. So war z. B. von Tecknau schon nach den ersten 3 Tagen die gesamte Mannschaft wieder zu Hause. An strenge Bestrafung war schon der allzugroßen Zahl wegen nicht zu denken, und so mußte man sich begnügen, die Ausreißer, falls sie von den Chasseurs eingefangen würden, einfach ihren Kompagnien wieder zuzuführen und fortan strenger zu überwachen.

Doch nicht allein unter den Truppen, sondern selbst im Schoße der Regierung zeigte sich Neigung zur Desertion. Als nämlich am Vormittag des 11. Januar Strub im Verein mit Thommen und Jörin von Waldenburg nochmals versuchte zum Frieden zu reden, jedoch ebenso vergeblich wie Tags zuvor, da entwich ein andres Regierungsmitglied, Brüderlin-Plattner, unter dem Eindruck dieser stürmischen Sitzung in aller Stille über die Grenze nach Rheinfelden. Strub aber suchte aus dem Bereich des Aufstandes dadurch zu entkommen, daß er sich noch denselben Tag zur Reise nach Alarau anerbte, um dort bei Zschokke sich darüber zu beraten, wie die Tagsatzung um eine Vermittlung könnte angegangen werden. Dieses Anerbieten wurde angenommen, jedoch Anton von Blarer gleichsam als Aufsicht ihm beigegeben. In Alarau aber erkrankte Strub in der Nacht am Fieber, und als sein Begleiter wieder abreiste, blieb er dort zurück und schrieb am 13. an Staatschreiber Braun in Basel, daß er bis auf weiteres in Alarau bleibe.

Nicht minder bedenklich als die Desertion bei den Truppen gestaltete sich die Finanzlage. Denn wiwohl die Provisorische Regierung überall, wo es aing, statt des Geldes mit Gutscheinen zahlte, so waren doch die den bisherigen Beamten abgenommenen Staatsgelder schon nach wenigen Tagen verbraucht. Von Erhebung irgendwelcher Steuer jedoch konnte, im jetzigen Zeitpunkte vorweg, keine Rede sein, sofern die neue Regierung sich die große Mehrheit ihrer Anhänger nicht für immer entfremden wollte. Es mußte daher, nur um wenigstens die dringendsten Bedürfnisse der nächsten Tage zu decken, schon am 13. Januar von der Stadtgemeinde Liestal die Summe von Fr. 2000.— geborgt werden. Zudem aber war zur Zeit — ganz ab-

gesehen vom Geschüzmangel — auch die Beschaffung der Gewehrmunition trotz aller Bemühungen noch sehr im Rückstande, so daß am genannten Tage noch in mancher Kompanie auf den Mann nur 3 bis 4 Patronen kamen. Nicht ohne Grund äußerte daher in Binningen schon am 10. oder 11. Januar der Schlüsselwirt Meili, bei welchem Blarer einquartiert war, in vertraulichem Gespräch mit dem Bannwart Grieder: „wenn doch nur die Basler wüßten, wie leicht das Lumpenpack zu vertreiben wäre!“ Doch gerade weil die Lage so schwierig war, mußte auch die Provisorische Regierung eine baldige Entscheidung herbeiwünschen. Eine solche aber war noch am ehesten zu erhoffen, wenn die Basler einen Ausfall wagten und es alsdann etwa gelang, ihnen eine empfindliche Niederlage beizubringen.

4. Die Niederwerfung des Aufstandes.

Schon in der Nacht vom 9. auf den 10. Januar, nachdem die Insurgenten Binningen und Allschwil besetzt hatten, waren ihre Streifwachen der Stadt so nahe gekommen, daß einige Schüsse gewechselt wurden, welche einen Alarm veranlaßten.



Dennoch fand Oberst Wieland kein Gehör, als er folgenden Tags einen Ausfall vorschlug. Statt dessen wurde bloß wieder eine Proklamation erlassen, welche nochmals, nur in etwas schärferer Tonart, zum Abfall von den Rädelsführern aufforderte. Am 11. jedoch, morgens vor 7 Uhr, riefen neuerdings einige Schüsse einen Alarm hervor, so daß alles unter die Waffen trat und die Kanoniere auf die Wälle zu ihren Geschützen eilten. Als es nun Tag wurde, war vom Feinde zwar nichts mehr zu erblicken, doch bald nach 8 Uhr sah man vom Äschenbollwerk, wo 2 Zwölfpfunder standen, auf der Gundoldingerstraße einen Trupp

von etwa 40 Insurgenten marschieren — es war die Freikompanie Sprecher — und nun ließ der dienstuende Leutnant beide Geschütze auf sie abfeuern. Diese 2 Schüsse trafen zwar keinen Feind, sondern im Gegenteil erlitt ein ungeschickter Kanonier eine Quetschung beim Rücklauf des Geschützes. Doch diese verfehlte Wirkung änderte nichts

an der Tatsache, daß nun die Stadt es war, die den ersten Kanonenschuß getan hatte, und das konnte den Insurgenten nur erwünscht sein. Auch für die Stadt aber wirkten diese Schüsse in gewissem Sinne befreiend, da die bisher alles lähmende Scheu vor dem „ersten Schuß“ ihre Geltung jetzt unwiederbringlich verloren hatte.

Wiewohl nun schon die Rücksicht auf die treu gebliebenen Gemeinden im obern Kanton ein schleuniges und kräftiges Eingreifen der städtischen Waffen dringend zu fordern schien, so wurde statt dessen auch jetzt noch für den folgenden Tag nur ein Ausfall in die nächste Umgebung der Stadt beschlossen. Zu diesem Zweck sollten nach Oberst Wielands Vorschlag 400 Mann mit 2 Geschützen morgens 6 Uhr gegen Münchenstein rücken, um durch Zerstörung der dortigen Brücke dem Feinde seine Verbindungsleitung zu durchbrechen. Doch selbst dieser Plan erschien der Militärkommission für jetzt noch zu kühn, und nur „um nicht ganz untätig zu bleiben“, willigte sie wenigstens in eine Rekognosierung, um die Stellung des Feindes zu erkunden und ihn „einzuschüchtern“ — doch auch dieses nur mit der ausdrücklichen Weisung, sich ohne Not in keine Feindseligkeiten einzulassen und womöglich vor Einbruch der Nacht zurückzukehren.

Infolge dessen rückten am 12. Januar erst nachmittags zwei Abteilungen aus der Stadt. Die kleinere, von etwa 100 Mann Infanterie und 20 Schützen unter Oberstleutnant Bischoff, zog vom Spalentor aus gegen Binningen, das sie jedoch stark besetzt fanden. Einige Schüsse, die teils von dort, teils vom Holle und Neuen Bad her fielen, wurden zwar erwidert; doch wurde kein ernstlicher Angriff versucht. Die größere Abteilung hingegen, von Oberst Wieland geführt und aus 300 Mann Infanterie, 40 Schützen und 2 Sechspfündern bestehend, zog vom Äschentor aus nach dem Ruchfeld, wo zuerst Stellung genommen und ein feindlicher Posten aus dem Wäldechen am Fuß des Bruderholzes vertrieben wurde. Indes nun das Geschütz gegen das jenseitige Ufer der Birs feuerte, rückte die Freikompagnie Stöcklin als Vorhut gegen die Fabrik der Neuen Welt, wo nur eine Landwehrkompagnie der Insurgenten stand. Diese Truppe, mit geringer Munition versehen und offenbar nichts weniger als kampfesfreudig, wandte sich sofort zur Flucht über die neu erbaute Notbrücke. Auch jenseits der Birs war sie angeichts des Geschützfeuers nicht mehr zum Stehen zu bringen, sondern ihre gesamte Mannschaft entließ noch denselben Abend, jeder seiner Heimat zu. Während aber diese alle entkamen, wurde in der Fabrik durch die Schüsse der Basler ein unbewaffneter Arbeiter getötet und der Mechaniker Hoz derart am Arm verletzt, daß er für immer arbeitsunfähig wurde.

Seiner Instruktion gemäß verfolgte Oberst Wieland den leicht errungenen Sieg nicht weiter, sondern wandte sich vom Ruchfeld wieder westwärts, um mit Oberstleutnant Bischoff Fühlung zu gewinnen. Er rückte deshalb mit seiner Infanterie und dem Geschütz in Gefechtsordnung über die Ebene bei Gundoldingen bis vor St. Margrethen,

indes seine Schüzen zur Flankendeckung links über die Höhe zogen, ohne irgendwie vom Feinde belästigt zu werden. Wohl hatte inzwischen Mesmer in Muttenz den Landsturm ergehen lassen und war mit den wenigen dort vorhandenen Truppen nach der Neuen Welt geeilt, wo übrigens die Basler bereits außer Sicht waren, so daß er noch weiter bis gegen den Dreispitz streifen konnte. Ebenso war auf Befehl Blarer, der in Binningen der Abteilung Bischoffs gegenüberstand, eine Landwehrkompanie von Bottmingen direkt auf das Bruderholz gezogen. Da jedoch diese Truppe noch gar keine Munition empfangen hatte, so führte sie ihr Hauptmann, der schon früher erwähnte Leutnant Degen von Oberwil, beim Zurück der Basler wieder hinab nach Binningen zu Blarer und bemerkte diesem: „ohne Munition gegen den Feind zu ziehen, sei doch eine wahre Fasnacht!“ Doch 4 Patronen auf den Mann waren alles, was ihm hier konnte gegeben werden. Inzwischen aber war Wieland mit seinen Truppen vor St. Margrethen erschienen, und da bereits der Tag sich zu neigen begann, so zogen beide Abteilungen der Basler wieder zurück in die Stadt, indes in Muttenz die Nachricht von dem schon erwähnten Marsch der Reigoldswiler gegen Äsch eintraf, welche die Insurgenten in neue Aufregung versetzte.

In Basel wurde nach der Rückkehr der Truppen noch denselben Abend für den folgenden Tag ein neuer Ausfall beschlossen, und zwar gegen das Bruderholz. Nur wenige Stunden aber nach der Heimkehr der heutigen Rekognoszierung rückte in die Stadt auch jene schwergeprüfte Schar aus dem Reigoldswilertal, welche an diesem Abend bei Äsch sich durchgeschlagen hatte. Der Einzug dieser Männer, welche der Bekämpfung des Aufstandes das Opfer ihrer Heimat gebracht hatten, war für die Städter eine beschämende Mahnung, daß es nachgerade höchste Zeit sei, durch volle Entfaltung und Verwendung der Waffengewalt eine möglichst baldige Entscheidung herbeizuführen.

Schon in der Morgenfrühe des 13. Januar hörte man wieder einige Schüsse. Eine Streifwache der Insurgenten hatte auf einige Arbeiter gefeuert, welche vor dem Steinentor Holz fällen wollten, und einer derselben wurde tödlich getroffen und nur als Leiche in die Stadt gebracht. Wenige Stunden später, um 10 Uhr, rückte Oberst Wieland mit 500 Mann und 4 Geschützen aus dem Äschentor, in der Richtung auf das Bruderholz und St. Margrethen, indes eine Landwehrkompanie beim Sommer-Rasino sich aufstellte. Diese letztere Abteilung diente als Stützpunkt einer von St. Jakob bis Gundoldingen reichenden Vorpostenkette von Reitern, welche eine etwaige Bewegung des Feindes von Muttenz oder Münchenstein her beobachten sollten. So wenig nun diesen Tag über eine solche zu bemerken war, so stieß immerhin beim Kreuzweg der Reinacher- und Gundoldingerstraße der Reiter Salathé, ein Landbürger von Seltisberg, unversehens auf zwei nicht uniformierte, jedoch bewaffnete Insurgenten. Den Karabiner zur Hand, sprengte er auf diese zu und hieß sie das

Pulver von den Zündpfannen ihrer Gewehre schütten, was sie im ersten Schreck auch beide taten. Als er sie aber vor sich hergehen ließ, um sie als Gefangene nach der Stadt zu führen, sprang der eine plötzlich über einen Graben und griff nach einer Patronen, um sein Gewehr neuerdings schußfertig zu machen. Doch bevor ihm dies gelang, erschoss ihn Salathé mit dem Karabiner, worauf sein Gefährte, ein Ausländer, sich widerstandslos führen ließ.

Doch der Erfolg dieses Tages hing nicht von solchen Einzeltaten ab, sondern von dem Vorgehen der von Oberst Wieland geführten Hauptmacht, die sich vorerst auf dem Felde zwischen der Stadt und dem Bruderholz in Gesichtsordnung aufstellte. Die 4 Geschütze bildeten die Mitte, und zu beiden Seiten stand je eine Kolonne Infanterie, welche in 4 hintereinanderstehende Pelotons von je 40 Mann geteilt waren. Die eine dieser Kolonnen bildete die 160 Mann zählende Standesstruppe unter Kommandant Burkhardt, und die andre die städtische Mannschaft der beiden Auszügerbataillone Bischoff und Werthemann, zusammen ebenfalls nur 160 Mann. Eine dritte Kolonne, von 120 Freiwilligen der Landwehr unter Oberstleutnant Weitnauer, stand hinter dem Geschütz als Reserve. Die 100 Mann starke Freikompanie Stöcklin hingegen bildete in 2 Pelotons die Vorhut, und zu dieser gehörten auch die 40 Schützen.

Diese Vorhut rückte zuerst bergan auf die Höhe des Bruderholzes, wo 3 Kompanien der Insurgenten standen, von welchen jedoch 2 nach wenigen Schüssen sich auflösten und gegen Münchenstein flohen, während die dritte, vom Unteroffizier Brodbeck von Liestal geführt, sich in Ordnung hinter ein rückwärts gelegenes Gehölz zurückzog. Der Vorhut aber folgten nun die beiden Infanteriekolonnen samt 2 Geschützen, indem sie durch den Hohlweg (jetzt Batterieweg) die Höhe erreichten, während die Reserve mit den übrigen 2 Geschützen in der Ebene blieb. Auf der Höhe angelangt, nahm Wieland mit den zwei Kolonnen Stellung und entsandte von hier aus die Kompanie Stöcklin samt den Auszügern des Bataillons Werthemann nach rechts zum Angriff auf das von den Insurgenten besetzte St. Margrethen. Unter dem Schlachtruf „Basel und Vaterland“ stürmte diese Abteilung auf das Gehöft, dessen Verteidiger teils flohen, teils in den Scheunen sich verbargen, wo sie bald entdeckt und gefangen genommen wurden.

Durch die Einnahme von St. Margrethen sah sich Blarer genötigt, Binningen schleunigst zu räumen und sich auf die jenseitige Höhe zurückzuziehen, über welche die sogenannte Hohe Straße führt. Da jedoch von St. Margrethen her die Kompanie Stöcklin sofort hinab gegen das Dorf stürmte, aus welchem nur wenige Schüsse fielen, so geschah dieser Rückzug in solcher Eile und Unordnung, daß manche Nachzügler in Gefangenschaft gerieten und Blarer im Gasthaus zum Schlüssel sein Gepäck und seine Briefschaften zurücklassen mußte, die nun den Siegern in die Hände fielen. Als aber

auf der Höhe bei St. Margrethen die 2 Geschüze auffuhren und gegen den Rückzug auf der Hohen Straße einige Schüsse feuerten, deren einer einem Tüllinsdorfer ein Bein zerschmetterte, da vermochte Blarer seine Schar nicht mehr beisammen zu halten, sondern die Mehrzahl lief auseinander, während die übrigen ihm über Therwil, Reinach und Dornachbrück nach Arlesheim und Münchenstein folgten. In Binningen wurden inzwischen von den Baslern die Häuser nach Waffen durchsucht und auch Verhaftungen vorgenommen, während einzelne Soldaten der Kompagnie Stöcklin außerhalb des Dorfes umherstreiften. Zwei dieser letztern entfernten sich so sorglos, daß sie unver sehens von der Vorhut einer erst jetzt von Altschwil anrückenden Kompagnie der Insurgenten sich umringt sahen. Schon das Zeichen des Totenkopfs an den Czakos dieser beiden wirkte wie eine Herausforderung, und wiewohl sie sich gefangen gaben, so waren sie doch nahe daran, von ihren Gegnern mit dem Bajonett erstochen zu werden, wenn nicht deren Führer, Lieutenant Stehlin von Benken, noch rechtzeitig dazwischen getreten wäre. Dieser Offizier, der nur gezwungen bei den Insurgenten diente, setzte es mit eigener Lebensgefahr durch, daß die beiden als Gefangene durch einen Unteroffizier hinweg und über Reinach und Arlesheim nach Liestal geführt wurden. Ebenso sorgte er dafür, daß jener Verwundete mit dem zerschmetterten Bein ins Wirtshaus der Hohen Straße oberhalb Oberwil getragen wurde. Seine Kompagnie aber, aus Landwehrmännern bestehend, löste sich gleich nachher auf.

Nach der Einnahme von St. Margrethen und Binningen, die um Mittagszeit erfolgte, ließ Oberst Wieland die 2 noch unten bei der Reserve gebliebenen Geschüze ebenfalls heraufführen und rückte nun mit gesamter Streitmacht in Gefechtsordnung über das Bruderholz, auf dessen höchster Stelle die 1815 erbaute Schanze, die sogenannte Batterie, nicht besetzt war. Bloß feuerte eine Kompagnie der Insurgenten noch aus dem benachbarten Gehölz, bis sie durch die Standestruppe auch hieraus vertrieben wurde. Nachdem nun Oberst Wieland auf der Höhe noch eine halbe Stunde weiter vorgerückt war, entsandte er die 80 Mann des Bataillons Bischoff rechts hinab nach Oberwil, und die Standestruppe links nach Reinach, welche beide Gemeinden ohne Widerstand ihre Unterwerfung erklärten. Um 3 Uhr waren die 80 Mann von Oberwil wieder zurück bei der Hauptmacht, die nun den Rückmarsch über das Bruderholz antrat, indes die Standestruppe, nachdem in Reinach der Freiheitsbaum gefällt war, von dort aus auf der Landstraße heimwärts zog.

Sobald die Standestruppe auf diesem Rückmarsch über das zwischen der Straße und der Birs gelegene Heiligholz hinaus war, stieß sie auf feindliche Vorposten, die sich jedoch gleich nach der Münchensteiner Brücke zurückzogen. Aus dem genannten Gehölz aber wurde auf die Basler jetzt unver sehens ein lebhaftes Feuer eröffnet, welches diese erwideren. Das so entstandene Gefecht bemerkte von oben her Oberst Wieland, der gerade über die höchste Stelle des Bruderholzes rückte, und

sofort sandte er die 80 Mann des Bataillons Werthemann mit 2 Geschützen hinab auf den Kreuzweg der Reinacher- und Gundeldingerstraße, zur Sicherung der Rückzugslinie, indes er selber mit den übrigen Truppen und 2 Geschützen schleunigst der Standestruppe zu Hilfe eilte. Anderseits aber kam um diese Zeit nach Münchenstein, wo außer 3 Milizkompanien noch die Freikompanie Sprecher stand, von Arlesheim her Blarer mit einer Kompanie, die er unterwegs in den Dörfern aus allerlei Flüchtigen neu gesammelt hatte.

Indes Wieland herbei eilte, während das Gefecht fort, wobei die Insurgenten nicht nur aus dem Heiligholz feuerten, welches bald gesäubert wurde, sondern auch von jenseits der Birs, wo das hart an der Münchensteiner Brücke gelegene Landgut ihnen eine günstige Deckung bot. Sobald Wieland eintraf, rückte daher ein Teil der Standestruppe trotz heftigem Feuer über die Brücke und überwältigte die Freikompanie Sprecher, die sich entgegenstellte, durch einen Angriff mit dem Bajonett, wobei Feldwebel Staub sich besonders hervortat, so daß er nachher als Ehrengeschenk eine silberne Uhr erhielt. Als man Sprechers „rote Schweizer“ weichen sah, ergriff alles die Flucht, teils den Berg hinan, teils nach Münchenstein ins Dorf, bis wohin denn auch die Flüchtigen verfolgt wurden. Diese allgemeine Flucht hatte zur Folge, daß z. B. eine von Muttenz hergesandte Kompanie, als sie von ferne das alles sah, sich ebenfalls auflöste. Inzwischen aber ging der Tag zur Neige, und so befahl Oberst Wieland den Rückzug nach der Stadt, wobei unterwegs die Reserve unter Oberstleutnant Weitnauer, sowie auch die beim Sommerkasino aufgestellte Landwehrkompanie samt den Reitern sich anschloß. In Basel aber wurden die heimkehrenden Truppen von der harrenden Volksmenge mit Jubel empfangen, und vor dem Stadtkasino, wo die Abdankung erfolgte, erscholl neben dem allseitigen Siegesruf „Basel und Vaterland“ auch ein donnerndes Hoch auf Oberst Wieland.

Im Laufe dieses Tages waren im ganzen 98 Gefangene in die Stadt geführt worden, welche alle in der Schmiedenzunft untergebracht wurden. Anderseits aber hatten die Basler 9 Verwundete, wovon 3 beim Angriff auf St. Margrethen und die übrigen, meistens von der Standestruppe, im Gefecht bei der Münchensteiner Brücke. Von letztern starben mehrere, während andere invalid wurden. Die Insurgenten hingegen hatten neben 12 Verwundeten auch 2 Tote, welche beide bei der Münchensteiner Brücke in einer Scheune gefunden wurden. Von dem einen, Völlmi von Zeglingen, ist es sicher, daß er nicht im Gefechte fiel, sondern von einem früheren Kameraden aus Oltingen, der jetzt in der Standestruppe diente, aus persönlicher Rache wegen eines alten Streits auf ruchlose Weise erschossen wurde, als er sich ergeben wollte. Sehr wahrscheinlich kam auch der zweite, der gleichfalls der Freikompanie Sprecher angehörte, auf ähnliche Weise um.

Die Verluste, welche die Insurgenten an diesem Tag an Toten, Verwundeten und Gefangenen erlitten, waren unbedeutend im Vergleich zu dem völligen Ver-

schwinden so mancher Kompagnie, deren Mannschaft auf der Flucht sich absichtlich zerstreut hatte, um fortan des Dienstes ledig zu sein. Denn von den 7 Aluszügerkompagnien waren jetzt höchstens noch 5 vorhanden, und von den 11 der Landwehr kaum noch 3, da sogar eine auf dem Birsfeld stehende Kompagnie, die gar nicht im Gefecht gewesen, in der folgenden Nacht insgesamt desertierte. Die noch vorhandenen Truppen aber, deren Reihen ebenfalls durch Desertion gelichtet waren, zeigten sich unwillig darüber, daß sie allein sollten alle Gefahr und Beschwerden tragen, während die andern einfach fortliefen. Auch geschah es bereits, daß einzelne Gemeinden, wie z. B. Diegten, die Provisorische Regierung darüber zur Rede stellten, warum ihre Mannschaft müsse im Felde bleiben, da doch diejenige der Nachbardörfer größtenteils wieder zu Hause sei. Nun erging allerdings am 14. Januar an sämtliche Gemeinden unter Androhung „strengster Ahndung“ der Befehl, ihre Alusreißer unverzüglich nach Liestal zu senden. Doch es fehlten die Mittel, um in den entlegenen Kantonsteilen den Gehorsam zu erzwingen, da angesichts der täglich drohenden Alusfälle der Basler jetzt alle noch vorhandenen Streitkräfte vorweg zu deren Abwehr nötig waren. Immerhin tat Mesmer von Muttenz aus am 14. und selbst noch am Morgen des 15. Januar sein möglichstes, um wenigstens aus der näheren Umgegend, von Pratteln bis hinüber nach Therwil, durch wiederholte Aufgebote und Drohungen die zerstreuten und entlaufenen Offiziere und Mannschaften wieder herbeizurufen — doch nur mit teilweisem Erfolg. Was aber überhaupt noch aufzutreiben war, das wurde jetzt alles frisch geordnet und nahm Stellung in Muttenz und Münchenstein, mit Vorposten in der Neuen Welt, auf der Schanze bei St. Jakob und auf dem Hardthübel beim Birsfeld.

Diese Vorbereiungen wurden am 14. Januar getroffen, ohne von Basel irgendwie gestört zu werden. Wohl hatte Oberst Wieland für diesen Tag einen Angriff auf Muttenz geplant. Doch aus unbekannten Gründen verschob die Militärikommission diesen Zug auf den 15., und statt dessen rückten am 14. nur nachmittags 300 Mann gegen Altschwil, wo die von den Insurgenten seit gestern verlassene Gemeinde ihre Rückkehr zur Ordnung erklärte und die Waffen ablieferte. Samstags den 15. aber zog morgens um 8 Uhr aus dem Äschentor wieder dieselbe Streitmacht wie am 13., doch verstärkt durch das gesamte Landwehrbataillon, und diesmal mit 8 Geschützen. Da der Feind auf den schon genannten 3 Punkten längs der Birs vorgeschoßene Posten hatte, so nahm Oberst Wieland mit der Hauptmacht vorerst Stellung auf dem Felde oberhalb St. Jakob, indes zur Rechten 2 Landwehrkompagnien mit 2 Geschützen beim Kreuzweg der Reinacher- und Gundoldingerstraße gegen die Neue Welt hin sich aufstellten, und ebenso zur Linken eine Kompagnie auf dem Gellert, beim Galgenhübel, zur Beobachtung des feindlichen Postens auf dem Hardthübel. Außerdem noch stand zur Deckung dieses linken Flügels ein Zwölfpfünder auf dem rechten Rheinufer, der Einmündung der Birs gegenüber.

Sobald diese Aufstellung beendigt war, eröffnete das Geschütz gegen die Schanze bei St. Jakob ein Granatfeuer, worauf der dortige, gegen 100 Mann starke Posten die Flucht ergriff. Inzwischen war die Freikompagnie Stöcklin bis an die Birs vorgerückt, und unter ihrem Schutz baute nun ein aus Zimmerleuten gebildetes Arbeiterkorps unter Hauptmann Geigys Leitung in Zeit einer Stunde eine Notbrücke. Nachdem die Freikompagnie diese überschritten und jenseits auf der Höhe die verlassene Schanze besetzt hatte, rückte Oberst Wieland mit der Standestruppe und den Auszügern samt 2 Geschützen ebenfalls hinüber auf das Muttenzer Feld, und diesen folgte mit dem übrigen Geschütz eine Landwehrkompagnie, indes 2 weitere Kompagnien diesseits der Birs bei St. Jakob blieben und jenseits nur die verlassene Schanze mit 20 Mann besetzt hielten. Als nun Wieland mit der Hauptmacht in Gefechtsordnung über die Ebene gegen Muttenz vorrückte, fielen aus der Hardt wohl noch einige Schüsse. Doch von ernstlichem Widerstand war keine Rede mehr, und kaum war überhaupt noch ein Feind zu erblicken. Schon die Kanonenschüsse von jenseits der Birs und die dadurch bewirkte Flucht des Postens aus der Schanze bei St. Jakob mochten auf die Insurgenten so entmutigend gewirkt haben, daß ihre Scharen sich völlig auflösten und alles floh. In gleicher Weise wurde auch eine Abteilung, welche von Münchenstein her sich der Neuen Welt näherte, durch einige Schüsse der an der Reinacherstraße aufgestellten zwei Geschütze zum schleunigen Rückzug genötigt.

Sobald die Hauptmacht der Basler sich Muttenz auf Kanonenschußweite genähert hatte, machte sie Halt und nahm Stellung gegen das Dorf. Auf dieses erschien mit einer weißen Fahne der Gemeinderat, um die Unterwerfung anzudeuten. Von ihm begleitet rückte nun die Freikompagnie in das Dorf, um die abzuliefernden Waffen in Empfang zu nehmen. In den Häusern versteckt fanden sich von den Insurgenten noch 13 Mann, welche gefangen genommen und an einen Strick gebunden in die Stadt geführt wurden. Doch von Mesmer wurden nur die Briefschaften gefunden, da er selber, gleich dem Schreiner Hammel, schon längst entflohen war. Als hierauf einige Reiter nach Pratteln entsandt wurden, das von den Insurgenten noch besetzt schien, kam ihnen auch von dort der Gemeinderat mit weißer Fahne entgegen und versicherte, die Mannschaft des Dorfes trage die Waffen einzig noch zum Schutz der Ordnung. Gerne wäre nun Oberst Wieland noch gegen Münchenstein gezogen. Da jedoch seine Instruktion ihn hiezu nicht ermächtigte, so erfolgte schon um 3 Uhr der Rückzug in die Stadt. Nur die Freikompagnie blieb über Nacht zu St. Jakob, zum Schutz der erbauten Brücke, und 20 Mann aus ihr bewachten jenseits der Birs die dortige Schanze. Der einzige Verletzte dieses Tages war ein in dieser Kompagnie dienender Landbürger, welcher morgens beim Überschreiten der Notbrücke bei St. Jakob in die Birs gestürzt war, und auch die Insurgenten hatten einen einzigen Verwundeten.

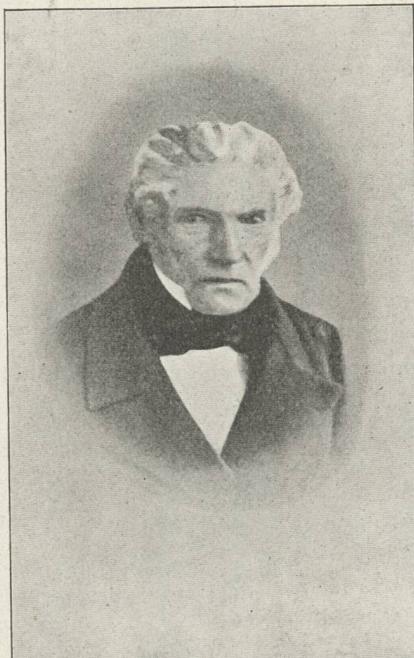
Während dies alles geschah, war in Liestal an diesem Tage schon frühe der Kanonendonner vernommen worden, und wenn von Muttenz bald darauf schlimme Nachrichten kamen, so wurden diese noch am Vormittag durch die Ankunft zahlreicher Flüchtlinge vollauf bestätigt. Im Rathaus, bei der Provisorischen Regierung, herrschte daher stumme Niedergeschlagenheit, und einziger Guzhwiller wußte noch einigermaßen Rat, indem er vorschlug, den gefangenen Präsidenten Bernoulli in Begleitung des Pflegers Hoch als Parlamentär nach Basel zu senden, um womöglich eine Vermittlung durch die Tagsatzung herbeizuführen. Aus seiner Kammer hinab in die Ratstube geführt, erklärte zwar der Gefangene, daß er in dieser Sache nicht als Unterhändler dienen, sondern bloß es übernehmen könne, einen Parlamentär sicher nach Basel und wieder zurück zu bringen. Doch in der dringenden Not, die zur Eile drängte, wurde auch dieser Vorschlag bereitwillig angenommen. Ungesäumt ging daher Hoch mit Bernoulli in das Gasthaus zum Schlüssel, wo bald ein Einspanner bereit stand, in welchen sie als dritten noch den bisher gefangenen Pfarrer von Brunn aufnahmen. Als Schutzwache begleiteten den Wagen vier Chasseurs, deren vorderster ein an einem Peitschenstock befestigtes Handtuch als Parlamentärfahne trug, und so ging nun die Fahrt nach Basel.

Inzwischen ließen in Liestal die immer zahlreicher vorbeiziehenden Flüchtlinge befürchten, daß hinter ihnen her auch die Basler bald anrücken werden, und wer diesen nicht in die Hände fallen wollte, der mußte somit fliehen. Nicht sehr lange nach der Abfahrt des Parlamentärs machte deshalb auch Guzhwiller in Eile sich reisefertig, und in Begleitung Antons von Blarer, des Engelwirts Buser und der Gebrüder Kummeler verließ er Liestal in der Richtung nach der Solothurner Grenze. Diese Flucht bemerkte der gefangene Lieutenant Schäfer, der schon am Vormittag, nach den ersten schlimmen Nachrichten, aus dem Wasserturm in ein anständigeres Gewahrsam auf dem Landjägerposten war verbracht worden. Rühn wie er war, forderte er sogleich die Landjäger auf, der fliehenden Regierung nachzusehen, um sie nach Basel auszuliefern. Sein Wort fand Gehör, und schon waren die Diener des Gesetzes den Fliehenden auf den Fersen, als beim Gasthaus zum Engel ein Haufe flüchtiger Insurgenten ihnen entgegentrat und die weitere Verfolgung verhinderte. Indes nun die Flüchtigen zunächst nach Büren entkamen, von wo sie noch in derselben Nacht bis Grellingen gelangten, ließ sich Schäfer von den Landjägern bis Pratteln begleiten, von wo er gegen 8 Uhr nachts Basel erreichte.

Es war etwa 4 Uhr nachmittags, als die Häupter des Aufstandes aus Liestal entflohen, und um dieselbe Zeit kehrten die Basler, wie schon erwähnt, nach ihrem leicht errungenen Sieg in die Stadt zurück. Raum aber war dieser Einzug vorüber und die Truppen abgedankt, so erschien hier der Parlamentär Hoch mit seinen Begleitern. Um keine Dörfer zu berühren und auch den flüchtigen Insurgenten möglichst

auszuweichen, waren sie durch die Hardt gefahren und von dort, da die Brücke beim Birsfeld noch abgedeckt war, zur Schanze bei St. Jakob, wo sie zuerst von Lieutenant von Mechel und nachher von der gesamten Freikompagnie freudig begrüßt wurden. In der Stadt ging die Fahrt zunächst ins Hauptquartier im Stadtkasino, und dort empfing die Ankommende schon am Eingang der erst seit kurzem von der Tagsatzung zurückgekehrte Amtsbürgermeister Frey, der beim Anblick des nun befreiten Präsidenten Bernoulli so ergriffen war, daß er ihn umarmte. Doch auf Unterhandlungen mit der Provisorischen Regierung wollte jetzt niemand mehr eintreten, und da zudem noch denselben Abend die Nachricht von der Flucht der Provisorischen Regierung eintraf, so fiel Hochs Auftrag überhaupt dahin.

Schien mit dieser Flucht der Provisorischen Regierung der Aufstand soviel als beendigt, so galt es nun zunächst auch Liestal, seinen bisherigen Hauptsitz, zur förmlichen Unterwerfung zu bringen. Zu diesem Zweck rückte Sonntags den 16. Januar dieselbe Streitmacht aus der Stadt wie Tags zuvor, doch mit dem Unterschiede, daß die Landwehr zu einem besondern Zug in die Dörfer des Birstales bestimmt wurde. Der strengen Kälte wegen ließ Oberst Wieland seine Truppen über St. Jakob, wo die Freikompagnie sich anschloß, und über Pratteln ohne jeglichen Aufenthalt marschieren, und erst vor Liestal, das um 11 Uhr erreicht wurde, erfolgte eine Aufstellung wie zum Gefecht, mit gegen das Städtchen gerichtetem Geschütz. Indes nun Hauptmann Geigy als Parlamentär hineingesandt wurde, um die Unterwerfungserklärung des Gemeinderats entgegenzunehmen, kam von dorther eine Kutsche mit einem Vorreiter in blauweißem Mantel, den Standesfarben des Vororts Luzern. Es waren zwei Abgesandte der Tagsatzung, Landammann Sidler von Zug und Staatsrat Schaller von Freiburg, welche beauftragt waren, zur Herstellung der Ruhe die Landschaft zur Niederlegung der Waffen, aber zugleich auch die Stadt Basel zum Verzicht auf ihre Kriegsrüstungen aufzufordern. Da jedoch ihre Sendung durch die Ereignisse bereits überholt war, beschränkte sich ihr Gespräch mit Oberst Wieland auf einige allgemeine Ermahnungen zum Frieden und zur Schonung, worauf sie ihre Reise nach Basel fortsetzen.



Inzwischen meldete Hauptmann Geigy die Rückkehr Liestals zur gesetzlichen Ordnung, und nun rückte die Vorhut durch das Städtchen bis zum Obern Tor, worauf die gesamte Streitmacht mit fliegender Fahne und klingendem Spiel dasselbe tat. Nach diesem Durchmarsch wurde vor dem Obern Tor wieder Stellung genommen und daselbst die Mannschaft mit Wein, Brot und Fleisch verspeisen. Im Städtchen aber, das im ganzen ein düsteres Aussehen darbot, wurden inzwischen die Waffen abgeliefert, das Rathaus nach Briefschaften der Provisorischen Regierung durchsucht, sowie auch das Zeughaus geräumt, und alles Vorgefundene auf Wagen verladen, so z. B. auch jene 3 Zweipfünderkanonen, deren die Insurgenten sich bedient hatten. Schon um halb 3 Uhr war alles fertig, und nun erfolgte der Rückmarsch nach Basel. Mit sichtlicher Befriedigung schrieb hierauf Oberst Wieland an die Militärkommission seinen Bericht, der mit den Worten schloß: „Die Insurrektion ist beendet, und Liestal hat die marsch- und schlagfertige Macht von Basel gesehen.“

An demselben Sonntag rückte Oberst Bischer mit dem städtischen Landwehrbataillon und einer Abteilung Schützen zunächst nach Münchenstein, wo die Waffenablieferung durchgeführt und einige Haussuchungen vorgenommen wurden. Unter Zurücklassung einer Kompagnie bei der Münchensteiner Brücke ging es hierauf nach Arlesheim, wo der Mannschaft auf dem Kirchplatz eine Erfrischung gereicht wurde, und von dort über die Dornacher Brücke nach Asch. Vor diesem Dorfe wurde Stellung genommen und ein Peloton als Vorhut hineingesandt. Ein vereinzelter Schuß, der hier fiel, verhinderte nicht, daß der Freihof, der Wohnsitz der Familie von Blarer, mit einigen Wachen umstellt wurde. Doch in demselben Augenblick sah man 3 Männer durch den Garten ins Freie fliehen: es war Karl von Blarer und die mit ihm befreundeten Brüder Rastner, Söhne des Schlossbesitzers von Aengenstein. Die Flüchtigen wurden verfolgt und ihnen Schüsse nachgesandt, doch umsonst. Denn Blarer mit dem einen Rastner entkam in den nahen Wald, indes der dritte auf der Landstraße die nahe Bernergrenze erreichte. Im Freihof aber war niemand zu finden als die verwitwete Mutter der Brüder von Blarer, geb. von Rotberg, mit ihrer Tochter, und auch nach Briefschaften wurde das Haus vergeblich durchsucht. Hingegen stellte sich nachträglich heraus, daß bei dieser Haussuchung ein Basler verschiedene Gegenstände entwendete, die ihm nachher wieder abgenommen wurden. Schon um 2 Uhr erfolgte hierauf der Rückmarsch über Reinach, das schon am 13. vom Aufstand sich losgesagt hatte. In diesem Dorf aber bemühte sich ein eifriger Offizier, die Namen derer zu erfahren, welche am 8. Januar bei der Gefangennahme des Präsidenten Bernoulli sich hervorgetan hatten. Als jedoch dieser es nachher vernahm, schrieb er an die Militärkommission, um von jedem weiteren Schritt in dieser Sache dringend abzumahnen, indem er zu bedenken gab, daß die Schuldigen, falls sie gerichtlich verklagt würden, nach dem bestehenden Gesetze eine mindestens achtjährige Kettenstrafe zu gewärtigen hätten.

Noch vor den Truppen trafen an diesem Sonntag in Basel die schon erwähnten Gesandten der Tagsatzung ein, welche von beiden Bürgermeistern gebührend empfangen und für den folgenden Tag zur Sitzung der Regierungskommission geladen wurden. Sie überbrachten eine Proklamation der Tagsatzung vom 14. Januar „an die gesamte unter den Waffen stehende Bevölkerung des Kantons Basel“, worin diese ohne Unterschied zur sofortigen Niederlegung der Waffen aufgefordert wurde. Diese Proklamation, die sie bereits von Liestal aus verbreitet hatten, wünschten sie auch in Basel zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. Jedoch die Regierungskommission hob hervor, daß dieses Schriftstück alle diejenigen, welche die Waffen zum Schutze der gesetzlich bestehenden Regierung getragen, nur mit Unwillen erfüllen könne, wenn sie sich darin ganz auf dieselbe Linie gestellt seien mit jenen, welche im Dienste des Aufruhrs sie ergriffen hatten. Auch wurde noch beigefügt, daß die Regierung die getroffenen Sicherheitsmaßregeln erst aufheben könne, wenn für die gesetzliche Ordnung keine Gefahr mehr obwalte, daß sie es alsdann aber je bärder je lieber tun werde. Mit dieser Erklärung gaben sich die Gesandten zufrieden, und indem sie auf die Verbreitung der Proklamation verzichteten und sich auf die Empfehlung möglichster Schonung und Milde beschränkten, erkannten sie ihre Sendung als beendigt und reisten wieder ab.

5. Die Herstellung der Ordnung.

Mit der Unterwerfung Liestals war auf dem Lande die gesetzliche Ordnung noch keineswegs überall hergestellt. Schon Montags den 17. berichtete der wieder ins Amt getretene Statthalter von Sissach, daß in seinem Bezirk noch viele Aufwiegler sich befänden, welche die Anordnungen der Obrigkeit ungescheut verhöhnten. Selbst vor den Toren der Stadt, im nahen Muttenz, sah man noch manche rotweiße Kokarde, und in den dortigen Wirtshäusern erschienen wieder einige Ruhestörer, die sich am Samstag geflüchtet hatten, und ließen trotzige Reden hören wie z. B.: „die Sache sei noch nicht fertig, denn die Tagsatzung werde den Baslern wohl noch den Bericht sagen“ u. s. w. Es wurde daher folgenden Tags eine Abteilung des Auszugs nach Muttenz gesandt, um einige Verhaftungen vorzunehmen, denen sich jedoch die Betroffenden durch schleunige Flucht entzogen, und ebenso geringen Erfolg hatte eine andre Abteilung, welche zu ähnlichen Zwecken Binningen, Oberwil und Ullschwil besuchte. Doch wurden alle diese Gemeinden ermahnt, zur Handhabung der Ordnung eigene Sicherheitswachen aufzustellen, was auch die meisten taten. Um nun auch im oberen Kanton den Zivilbehörden zur Herstellung der gesetzlichen Ordnung den nötigen Rückhalt zu verleihen, wurde schon am 18. die Standesstruppe samt der Freikompagnie und der Hälfte des Auszugs, im ganzen 400 Mann, unter Oberst Wieland neuerdings nach Liestal gesandt, um bis auf weiteres dort zu verbleiben. Zugleich aber

kehrten jene Milizen des Reigoldswilertales, welche am 12. Januar mit Major Riggensbach sich nach Basel durchgeschlagen hatten und seither in der Klingentalskaserne geblieben waren, nun wieder in ihre Heimat zurück, und zwar unter Führung des aus Reigoldswil gebürtigen Oberstleutnants Frey, eines alten Haudegens, der sich unter Napoleon vom gemeinen Soldaten bis zum Bataillonschef aufgeschwungen hatte. Dieser organisierte die gesamte Aluzugsmannschaft jenes Tales, 130 Mann, als Schutzwache, und von diesen wurden schon nach wenigen Tagen 50 Mann nach Waldenburg verlegt, während Sissach von Liestal aus mit 50 Mann der Standestruppe besetzt wurde. Wie in Liestal, so wurden auch in diesen Ortschaften die Truppen nie bei den Bürgern einquartiert, sondern durchweg nur in Wirts- und Schulhäusern, und überhaupt wurde strenge Mannszucht gehalten.

Diese militärische Besetzung der Hauptorte währte übrigens nicht lange. Schon Samstags den 22. kehrten die Aluzüger samt der Freikompanie nach Basel zurück, allwo man sich Sonntags das Schauspiel einer am Steinenberg und St. Albangraben abgehaltenen Parade über sämtliche städtische Truppen gönnte, und worauf dann am 24. die Freikompanie unter Verdankung der geleisteten Dienste verabschiedet wurde. Um dieselbe Zeit wurden auch die letzten Kriegsgefangenen vom 13. und 15. Januar entlassen, welche diese Zeit über teilweise im Waisenhaus untergebracht waren. Bald nachher aber, am 29., kehrte von Sissach und Liestal auch die Standestruppe nach Basel zurück, und zugleich wurde die Mannschaft des Reigoldswilertales abgedankt, so daß fortan kein Ort der Landschaft mehr militärisch besetzt war. Auch wurde die anfänglich angeordnete allgemeine Entwaffnung schon am 20. Januar wieder abgestellt, und das umso mehr, da den Gemeinden empfohlen wurde, zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung bis auf weiteres allnächtlich Sicherheitswachen aufzustellen. Doch vergingen noch eine Reihe von Monaten, bis die bereits abgelieferten Waffen alle wieder zurückgegeben waren.

Die Statthalter, die während des Aufstandes als Privatleute an Ort und Stelle geblieben waren, hatten meist schon am 17. Januar ihr Amt wieder angetreten. Doch derjenige von Waldenburg, der am Aufstande tätigen Anteil genommen, wurde am 19. in Untersuchungshaft gezogen und durch Notar Christ als Statthaltereiverweser ersezt, und bald nachher trat auch in Liestal der Verweser Paravicini an die Stelle des bisherigen Statthalters. Schon jetzt aber wurden in alle Landbezirke auch Regierungskommissäre abgeordnet, um die Gutgesinnten zu ermutigen und den Statthaltern mit Rat und Tat beizustehen. Vor allem aber erließ die Regierung gleich am 18. Januar eine Proklamation, worin sie den Treugebliebenen für ihre Standhaftigkeit dankte und allen übrigen, welche nicht Rädelshörer oder Hauptteilnehmer des Aufstandes gewesen, Verzeihung und Vergessenheit des Begangenen zusicherte, sofern sie sich bereit erklärten, zum Gehorsam gegen die Obrigkeit zurückzukehren.

Zugleich wurde auch verheißen, daß die neue Verfassung, sobald sie vom Großen Rat in seiner Februarsitzung genehmigt sei, dem Volk zur Annahme oder Verwerfung folle vorgelegt werden.

Die geforderten Erklärungen der Rückkehr zum Gehorsam wurden in den nächstfolgenden Tagen von allen Gemeinden eingesandt, und zwar meistens mit den Unterschriften der großen Mehrzahl ihrer Bürger, so daß nun Friede und Eintracht zwischen Volk und Regierung wenigstens im allgemeinen wieder hergestellt schien. Jedoch es blieb noch die schwer zu lösende Frage, wer nun als Räderführer oder Hauptteilnehmer von der Amnestie auszuschließen sei. Wohl war die Regierung schon aus Gründen der Klugheit zu möglichster Milde geneigt. Aber sie selber hatte — aus Furcht vor dem ersten Schuß — es geschehen lassen, daß eine Gesellschaft von Aufwiegeln sich der Regierungsgewalt bemächtigte, das unwissende Volk teils durch Vorstiegelungen, teils durch Drohungen betörte und seine Mannschaft zum offenen Aufstand mit sich forttrug. Sie hatte diesen ihren Gegnern sogar Zeit gelassen, die regierungstreuen Gemeinden sich mit Gewalt zu unterwerfen, und bei solcher Waffentat waren nicht nur einzelne beraubt oder mißhandelt worden, sondern auch Blut war geslossen. Sicher wäre von dem allem das meiste verhütet worden, wenn die Regierung rechtzeitig mit Waffengewalt eingegriffen hätte, und in diesem Sinn war sie allerdings mitschuldig. Sollten aber deshalb die Urheber all dieses Unheils straflos ausgehen, so mußte dies nicht nur den Unwillen jener Getreuen erregen, welche von den Aufständischen so vieles erduldet hatten, sondern das ganze bisherige Verhalten der Haupträderführer gab reichlichen Grund zur Befürchtung, daß eine vollständige Amnestie im jetzigen Zeitpunkt sie nur ermutigen würde, über kurz oder lang ihr bisheriges Ziel aufs neue zu verfolgen, also neue Unruhen im Kanton zu erregen.

So notwendig es demnach erschien, von der Amnestie wenigstens die Hauptbeteiligten auszuschließen, so war es anderseits unmöglich, dieselben von den Minder-schuldigen schon jetzt mit Sicherheit auszuscheiden. Denn wie groß oder gering die Schuld jedes einzelnen war, das konnte erst durch richterliche Untersuchung festgestellt werden, und hiezu brauchte es Zeit. Dessen ungeachtet glaubte die Regierung keinesfalls fehlzugehen, wenn sie sämtliche fünfzehn Mitglieder der Provisorischen Regierung vorweg zu den Hauptschuldigen zählte und sie demgemäß schon in ihrer Proklamation vom 18. Januar alle mit Namen nannte als solche, deren Verhaftung und Bestrafung sie mit allen Mitteln erstreben müsse. Da nun unter diesen fünfzehn auch sehr gemäßigte Männer wie Brüderlin und Strub sich befanden, so konnte wohl noch manchem andern beim Aufstand irgendwie beteiligten Landmann bange werden, ob nicht vielleicht auch er noch zu den Ausgeschlossenen und Strafbaren gezählt werde.

Allerdings wurde in Basel ein Gesetz vorbereitet, welches die Grenzen der Amnestie genau bestimmen und zugleich für die Hauptschuldigen mildere Strafen vor-

schreiben sollte als das bestehende Kriminalgesetz. Doch dieses neue Gesetz mußte vorerst noch dem Großen Rat in seiner Februarssitzung vorgelegt werden, und inzwischen konnte die Regierung nicht umhin, solche, die ihr als Ruhesörer verzeigt wurden, verhaften und verhören zu lassen. Da jedoch die gefährlichsten Wühler sich durchweg bei Zeiten geflüchtet hatten, so stieg die Zahl der Verhafteten kaum auf dreißig, und diese wurden alle gegen Bürgschaft bald wieder entlassen. Auch geschah es schon wenige Tage nach der Flucht der Provisorischen Regierung, daß vier ihrer Mitglieder, nämlich Salzmeister Ritter von Sissach, Strub von Läufelfingen, und Törin und Thommen von Waldenburg, auf Basels Milde vertrauend sich freiwillig zur Haft stellten, und ihrem Beispiel folgte bald nachher Notar Heinimann von Liestal, welcher der Provisorischen Regierung als Sekretär gedient hatte. Diesen allen wurde in Basel gegen Bürgschaft gestattet, ihr anfängliches Gewahrsam im Lohnhof mit einer Privatwohnung in der Stadt zu vertauschen, und als bald darauf ihre Kollegen Brüderlin und Brodbeck sich ebenfalls stellten, erfolgte am 10. Februar für alle die Erlaubnis zur vorläufigen Rückkehr in die Heimat.

Während in dieser Weise bei den Gemäßigten eine aufrichtige Aussöhnung mit der Regierung sich anzubahnnen schien, zeigten sich die wahren Urheber und Häupter des Aufstandes durch ihre Niederlage noch keineswegs entmutigt. Sie waren sich bewußt, für eine Sache zu kämpfen, die in einer Reihe anderer und größerer Kantone bereits gesiegt hatte, für eine Bewegung, von welcher manche die politische Umgestaltung der gesamten Schweiz erhofften. Für jetzt zwar befanden sich jene Kantone noch durchweg im Zustand des Übergangs, da die neuen Verfassungen erst in Arbeit waren und inzwischen die alten Regierungen noch fortamteten. Doch nur wenige Monate konnte es noch währen, so mußten infolge der neuen Verfassungen auch die Regierungen neu gewählt werden, und daß diese vorzugsweise mit den Führern und Anhängern der Bewegungspartei besetzt würden, das war mit Sicherheit vorauszusehen. Sobald aber diese Umgestaltung durchgeführt war, konnte sie nicht verfehlten, auch auf die Tagsatzung maßgebend einzuwirken, und je mehr dies geschah, umso eher schien es möglich, auch im Kanton Basel der Umlözung noch zum Siege zu verhelfen.

Die Erreichung dieses Ziels lag vorläufig allerdings noch in der Ferne, und seit dem 15. Januar waren die Häupter des Aufstandes in der Tat nichts andres als Flüchtlinge, welche die Basler Regierung, kraft des bestehenden Bundesrechts, in sämtlichen Kantonen zur Fahndung ausgeschrieben hatte. Jedoch in allen jenen Kantonen, welche wie Solothurn, Aargau, Zürich u. s. w. in der Umgestaltung begriffen waren, konnten die nur noch provisorisch fortbestehenden alten Regierungen sich nicht verhehlen, daß jede Verhaftung solcher Flüchtlinge auf gewaltsamen Widerstand von

Seite der Bewegungspartei stößen würde. Sie beschränkten sich daher, dieselben, falls sie sich allzusehr bemerklich machten, polizeilich zur Weiterreise zu veranlassen. So kam es denn, daß Guzwiller und seine Freunde während Wochen und Monaten eine Reihe von Kantonen ohne viel Hindernis noch Gefahr bereisen und deren Bevölkerung in ihrem Sinn bearbeiten konnten.

Wie schon früher erwähnt, war Guzwiller mit seinen Gefährten noch in der Nacht des 15. Januar bis Grellingen gelangt, also in den Kanton Bern, wo gerade in jenen Tagen wegen der Verfassungsratswahlen überall große Aufregung und Zwietracht herrschte. Während nun seine Gefährten sich folgenden Tags nach verschiedenen Richtungen hin zerstreuten, eilte er mit Anton und Jakob von Blarer nach Pruntrut und versuchte die dort errichtete Bürgergarde zur Aufstellung einer Provisorischen Regierung für das ehemalige Bistum Basel zu bewegen, also zur Los-trennung von Bern, indem er für diesen Fall den Anschluß des Birsecks in Aussicht stellte. Da jedoch dieser Vorschlag durchaus keinen Beifall fand, so kehrten sie noch denselben Abend wieder zurück nach Laufen. Dort aber sammelte sich nachts ein Haufe von Bauern aus der Umgegend, unter Führung des Meiers von Röschenz, um sie zu verhaften und nach Basel auszuliefern. Doch wurden sie noch zeitig gewarnt und entflohen.

Nach dieser unliebsamen Erfahrung begab sich Guzwiller allein über Balstal und Olten nach Alarau. Dort nun schrieb er am 19. Januar namens der Provisorischen Regierung eine „Proklamation an die Bürger der Landbezirke des Kantons Basel, und Appellation an die gesamte freie Eidgenossenschaft“, welche er als Präsident unterzeichnete, und neben ihm noch Plattner als Sekretär. In diesem Schriftstück ermahnte er zunächst die Landbürger zum ruhigen, aber zuverächtlichen Zuwarten, indem „die freie Eidgenossenschaft, der oberste und unbefechlichste Richter unsres Vaterlandes“, der Sache der Freiheit doch noch zum Sieg verhelfen müsse, da „ohne unsern Sieg der fernere Bestand der Eidgenossenschaft nicht denkbar“ sei. Zu Handen der Eidgenossen folgte hierauf eine gedrängte, aber mit Entstellungen und frechen Unwahrheiten reichlich ausgeschmückte Darstellung der jüngsten Ereignisse, wobei er sich z. B. nicht entblödete, jenen unglücklichen Heinimann, der am Vormittag des 12. Januar in Bubendorf vor dem Hause seiner Eltern erschossen wurde, als einen Betrunkenen hinzustellen. Sodann aber verwahrte er sich vorweg gegen jeden Vermittlungsversuch der Tagsatzung, zu welchem die Provisorische Regierung, die einzige rechtmäßige Vertretung des Landvolks, nicht beigezogen würde, und das Ganze schloß mit der Anklage: „Basel hat nicht nur gegen seine Mitbürger ab dem Lande gesündigt, sondern bietet sogar der ganzen Schweiz Trost.“

Diese Rundgebung, für welche in Alarau kein Drucker sich finden wollte, wurde wenige Tage später in Zürich gedruckt und von dort aus rasch verbreitet. Zugleich

aber taten auch verschiedene Tagesblätter ihr möglichstes, um in ähnlicher Weise ihre Leser gegen Basel aufzuheben, und vor allem war es die in Trogen erscheinende Appenzellerzeitung, welche durch lügenhafte Berichte, wie z. B. daß in Basel die Gefangenen mißhandelt und bereits auch Todesurteile gefällt worden seien, die öffentliche Meinung gegen diese Stadt zu erbittern suchte. Der Erfolg dieses Treibens konnte umso weniger ausbleiben, da ohnehin die Anhänger der Bewegungspartei die Niederlage der Basler Insurgenten vielfach als einen sie selber treffenden Schlag empfanden, von welchem sie auch für andere Kantone ein Wiederaufleben der kaum erst überwundenen Reaktion glaubten befürchten zu müssen. Die dadurch erzeugte Erregung verbreitete sich namentlich im Alargau und an den volkreichen Ufern des Zürchersees, aber zugleich auch im Thurgau, St. Gallen, Solothurn und Luzern. Infolge dessen fand schon am 23. Januar in Stäfa eine Volksversammlung statt, deren Veranstalter nichts geringeres bezweckten als einen Freischarenzug gegen „das frömmelnde Basel, die fanatische Millionärin“. Sowohl in dieser als in einer zweiten am 27. in Wädenswil gehaltenen Versammlung gelang es zwar den Gemäßigten, die Ausführung dieses Planes vorläufig noch zu verhüten, so daß nur eine Petition an die Regierung beschlossen wurde, damit Zürich auf der Tagsatzung eine Intervention zu Gunsten der Basler Insurgenten beantrage. Als jedoch dieses Gesuch schon am 30. von der Regierung abgelehnt wurde, stieg die Erregung noch höher, wozu auch die zeitweise Gegenwart Guzwillers und anderer Flüchtlinge das ihrige beitrug. Mit größtem Eifer wurde nun an verschiedenen Orten insgeheim für den geplanten Zug geworben und gerüstet, und immer drohender wurde die Gefahr, daß derselbe trotz allen Abmahnungen schließlich doch noch ins Werk gesetzt würde.

Schon auf die erste Runde von diesem Treiben, am 24. Januar, wurden von Basel zwei hier eingebürgerte Zürcher, Breiter und Stapfer, als Vertrauensmänner nach Zürich und an den See gesandt, um die dort verbreiteten Verleumdungen zu widerlegen und die aufgeregte Bevölkerung über den wahren Sachverhalt aufzuklären. Insbesondere wegen Guzwillers Proklamation aber wandte sich Basel am 25. auch an die Tagsatzung, indem es von der obersten Bundesbehörde die offene Anerkennung der Gerechtigkeit seiner Sache und zugleich auch energische Maßregeln gegen die Umtreibe der Ruhestörer verlangte. Die Regierung konnte sich jedoch nicht verhehlen, daß sie auf Erfüllung dieses letztern Wunsches nicht unbedingt zählen dürfe, und beschloß daher, die Stadt „auch gegen einen ernsten Angriff mit Geschütz“ in Verteidigungsstand zu setzen. Demgemäß wurde unter Hauptmann Geigys Leitung schon in den nächsten Tagen die weitere Verstärkung der Stadtbefestigung unternommen, eine Arbeit, welche große Summen kostete und bis zum April währte. Zugleich auch wurden Werbungen im Kanton Bern veranstaltet, um die Standestruppe durch eine zweite Kompanie zu verstärken.

Eine friedlichere Abwehr gegen die drohende Gefahr bildeten die Bemühungen einer Anzahl von Landbürgern, welche gegen Ende Januar sämtliche Gemeinden der Landschaft besuchten, um Unterschriften für eine von ihnen verfaßte Erklärung an ihre Miteidgenossen zu sammeln. In diesem Schriftstück versicherten sie, daß sie durchaus nicht unterdrückt seien, sondern im Gegenteil froh, des Regiments der Provisorischen Regierung entledigt zu sein, und daß sie daher fremde Hilfe weder bedürften noch begehrten, sondern derselben fest und entschlossen sich widersezen würden. Auch wurde hinsichtlich des Verfassungsentwurfes beigefügt, daß sie in Ruhe dessen Vorlage abwarten wollten, um dann je nach Gutfinden ihn anzunehmen oder zu verwirfen. Diese Erklärung wurde in den meisten Dörfern vom Gemeinderat unterzeichnet. Hingegen erklärten vierzehn Gemeinden, daß sie grundsätzlich nichts mehr unterschreiben, was nicht von der Regierung ausgehe, und weitere fünf, worunter namentlich Liestal, verweigerten die Unterschrift aus tiefern Gründen. Die ganze Kundgebung aber, samt allen Zustimmungen, wurde gedruckt und möglichst verbreitet. Gleich ihr erschienen übrigens noch andere Flugblätter, welche meistens von einem hiezu gebildeten „Publizistischen Verein“ von Stadtbürgern ausgingen und alle den Zweck hatten, die öffentliche Meinung in der Schweiz über die wirkliche Sachlage zu belehren und dadurch zu Gunsten Basels umzustimmen.

All diese Kundgebungen und Vorstellungen hatten wohl den Erfolg, daß bei manchen Gemäßigten sich eine Meinungsänderung zu Gunsten Basels vollzog. Jedoch die Führer der Bewegung in den verschiedenen Kantonen, die Freunde Guzwillers und seiner Genossen, fuhren unentwegt fort, durch Wort und Schrift die urteilslose Menge gegen die widerspenstige Stadt aufzuheizen, so daß manchenorts auch die Gemäßigten jede Hoffnung aufgaben, den drohenden Sturm anders noch zu beschwören als durch ein Nachgeben von Seite Basels. Als nun nach Breiters und Stapfers Rückkehr am 27. eine neue Abordnung von Basel sich nach Zürich begab, nämlich Rats herr Oswald und Appellationsrat His, vernahmen diese von mehreren dortigen Grossräten vom Lande im vertraulichen Gespräch das Geständnis: obwohl Basel im Rechte sei, so könnten sie doch ihr außerordentlich aufgeregtes Landvolk nicht beschwichtigen, und wenn nicht vollständige Amnestie erteilt werde, so werde der Zug gegen Basel nicht mehr zu hintertreiben sein; denn „bei der jetzigen Stimmung des Volkes finde die Stimme der Vernunft kein Gehör, und so müsse man dem allgemeinen Wohl ein Opfer bringen“.

Diese Auffassung, welche unter völliger Preisgabe des Rechts das einzige Mittel zur Verhütung einer neuen Gewalttat in einer allgemeinen Amnestie erblickte, beherrschte bald auch die Tagsatzung. Noch am 25. hatte diese Behörde einen Beschuß gefaßt, welcher der Basler Regierung nur die möglichst baldige Aufhebung ihrer militärischen Maßregeln empfahl und zugleich die Hoffnung aussprach, daß die Ver-

fassungsarbeit ruhig könne vollendet werden, sowie auch, daß „die bedauerlichen Verirrungen des Augenblicks der Vergessenheit übergeben werden“. Als Antwort auf Basels Schreiben vom nämlichen Tag erfolgte am 29. nur eine Wiederholung dieses schwachmütigen Beschlusses, in welchem die Amnestie noch nicht deutlich gefordert, sondern erst als eine Hoffnung angedeutet wurde. Schon in der Sitzung vom 1. Februar jedoch äußerte der Vorsitzende, Schultheiß Almryn von Luzern, daß „Volksausbrüche“ vielleicht nur dann vermieden werden, wenn Basel die von der Tagsatzung „so warm und treuherzig empfohlene vollständige Amnestie recht bald erlassen“ würde. Zugleich aber gestand er auch, daß „in der jetzigen Übergangsperiode“ die Tagsatzung nicht stark genug sei, um schon vor der Zusicherung der Amnestie „jede bedrohliche Äußerung des Volkswillens zu beseitigen“. Zu demselben Schluß kam in den nächstfolgenden Tagen auch die mit der Untersuchung dieser Frage betraute Kommission, indem sie ebenfalls eine vollständige Amnestie als notwendig bezeichnete. Mit allgemeiner Spannung wurde daher die am 7. Februar beginnende Sitzung des Basler Grossen Rats erwartet, wo der Entwurf des Amnestiegesetzes sollte beraten werden.

Die völlig kraftlose Haltung, in welcher die Tagsatzung sowohl der Guzzwillerschen Proklamation als auch dem drohenden Freischarenzug gegenüber verharrte, stärkte nicht nur die Zuversicht der flüchtigen Rädelsführer, sondern auch den Mut ihrer im Kanton verbliebenen Anhänger, die sich seit der Niederwerfung des Aufstandes mehr oder weniger stille verhalten hatten. Diese berieten sich nun wieder in geheimen Zusammenkünften, so z. B. auf dem Sennhofe Mapprecht bei Zeglingen, unweit der Solothurner Grenze, wo sich in nächtlicher Stunde auch von Olten her Flüchtlinge und sonstige Gesinnungsgenossen einfanden. Zugleich aber wurde Guzzwillers Proklamation schon am 27. Januar insgeheim durch allerlei Sendboten in einem großen Teil des Kantons verbreitet, und dieses Schriftstück wurde z. B. in Ormalingen am folgenden Sonntag (30. Januar) in offener Gemeindeversammlung vorgelesen und vielfach mit Beifall aufgenommen. Die meiste Tätigkeit jedoch ging auch jetzt wieder von Liestal aus, und den nächsten Anlaß hiezu bot das Aufgebot einiger Milizkompanien, welche im Hinblick auf eine bevorstehende eidgenössische Inspektion teils am 3., teils am 5. Februar in Basel zur Instruktion sich einzustellen sollten. Um nun der Regierung eine Verlegenheit zu bereiten, sollte diesem Aufgebot keine Folge geleistet werden, und zwar unter Berufung auf den Tagsatzungsbeschluß vom 14. Januar, welcher Ablegung der Waffen befohlen hatte.

In der Tat bereisten zu diesem Zwecke Sonntags den 30. Januar zwei Liestaler die Gemeinden des Waldenburgertales, doch ohne den gewünschten Erfolg, und ein dritter, der die obren Gemeinden des Bezirks Sissach besuchte, wurde so schlecht empfangen, daß er sich nach Olten flüchtete. Da nun inzwischen das ganze Getriebe

entdeckt wurde, so flügten sich schließlich auch die Liestaler, indem sie dem Aufgebot Folge leisteten. Im Birseck hingegen, welches ebenfalls von Liestal aus war bearbeitet worden, rückten aus mehreren Dörfern die Aufgebotenen teils gar nicht aus, teils kehrten sie wieder um, als das Gerücht verbreitet wurde, daß die Tagsatzung die Maßregeln der Regierung mißbillige, und daß 10 000 Mann bereit seien gegen Basel zu ziehen. Überhaupt herrschte namentlich in Alsch und Ettingen wieder völlige Unbotmäßigkeit, und gütliche Ermahnungen ernteten nur noch höhnische Antworten wie z. B.: „Wenn die Basler noch Gewalt brauchen dürften, so hätten sie die Widerspenstigen schon längst abgeholt.“ Die äußere Ruhe trat daher erst wieder ein, als am 9. Februar eine Abteilung der Standestruppe in Alsch einrückte, welche übrigens nach Vornahme einiger Verhaftungen schon folgenden Tags nach Basel zurückkehrte.

Das Vertrauen auf die Tagsatzung und auf bewaffnete Hilfe aus andern Kantonen, welches die Ruhesörer an vielen Orten jetzt ungescheut äußerten, konnte die Anhänger der Regierung nicht anders als mit banger Sorge und Furcht für die Zukunft erfüllen, und selbst die Befestigungsarbeiten in der Stadt erschienen nur als ein deutliches Zeichen, daß neues Unheil drohe, welchem das offene Land schutzlos preisgegeben sei. Kein Wunder daher, wenn in manchen Dörfern die Freunde der Ordnung wieder eingeschüchtert und mutlos wurden, so daß sie den Ruhesörern nicht mehr mit Festigkeit entgegenzutreten wagten. Doch auch der wohlbefestigten Stadt schien im Fall des zu gewärtigenden Zuges noch ein schweres Unglück von innen her zu drohen. Denn Anfangs Februar erfuhr man, daß drüben im Kanton Solothurn gewisse Leute mit dem Plan umgingen, in etwa zehn Gasthäusern Basels je zwei Schwarzbuben einzustellen, welche alle zu einer gegebenen Zeit und Stunde in den Heubühnen Feuer einlegen sollten, damit die daraus entstehende Verwirrung den draußen anrückenden Scharen die Einnahme der Stadt ermögliche. Zur Vorsorge erging deshalb an sämtliche Gastwirte die dringende Aufforderung, auf ihre Gäste ein wachsame Augen zu haben.

In solcher Stimmung befanden sich Stadt und Land, als Montags den 7. Februar in Basel der Große Rat sich versammelte, um zunächst über das vom Kleinen Rat vorgeschlagene Amnestiegesetz und sodann über den Verfassungsentwurf zu beraten. Hatte die Proklamation vom 18. Januar neben den fünfzehn Mitgliedern der Provisorischen Regierung auch alle sonstigen „Rädelsführer und Hauptteilnehmer“ von der Amnestie ausgeschlossen, so beschränkte das neue Gesetz die Zahl der Ausschlossenen auf höchstens dreißig, indem es neben jenen fünfzehn nur noch die am Aufstand beteiligten Staats- und Gemeindebeamten als strafbar erklärte. Zudem aber sollten diese alle vom Kriminalgericht nicht nach dem bestehenden Gesetz beurteilt werden, das für ihre Vergehen teils Todesstrafe, teils langjährige Kettenstrafe vorschrieb, sondern die hiefür zulässigen Strafen wurden auf Gefängnis, Haus-

arrest, Eingrenzung in die Heimatgemeinde oder Landesverweisung beschränkt, und das Maximum der Strafzeit auf sechs Jahre, zu deren Abkürzung übrigens dem Großen Rat das Begnadigungsrecht vorbehalten blieb. Auch durften die Minder schuldigen schon gerichtlich freigesprochen werden, und namentlich gegen solche, die sich freiwillig stellten, sollte möglichste Milde walten.

In diesen Bestimmungen des Amnestiegesetzes gab sich unverkennbar das Bestreben kund, selbst den eigentlichen Urhebern und Häuptern des Aufstandes die Rückkehr zur Ordnung noch möglich und annehmbar zu machen, sofern sie nur irgendwie einlenken würden. Doch ihr Gebahren auch in jüngster Zeit zeigte nur allzu deutlich, daß sie keineswegs gesonnen waren, nach erlangter Amnestie von ihren Umltrieben abzulassen. Ihr Ausschluß von derselben erschien daher — für jetzt wenigstens — als eine zweifellose Notwendigkeit. Immerhin zog dieses Gesetz die Grenze zwischen Strafbaren und Amnestierten in einer Weise, welche den wirklichen Verhältnissen nur sehr mangelhaft entsprach. Denn gleichwie der Provisorischen Regierung auch Gemäßigte angehörten, die sich seither freiwillig gestellt hatten, so befanden sich auch unter den „Beamten“ z. B. Milizoffiziere wie Lieutenant Wirz von der Sommerau, oder Heinemann von Bennwil, welche nur aus Schwäche und Furcht am Aufstande sich beteiligt hatten. Umgekehrt aber genügte es, früher kein Amt bekleidet zu haben, um für jede im Aufstand verübte Gewalttat, und selbst für die roheste Mißhandlung der Treugebliebenen, jetzt straflos auszugehen. Zudem wurde der Gegensatz zwischen Amnestie und Ausschluß noch dadurch verschärft, daß das Gesetz die Strafbaren je nach Verhältnis für allen durch den Aufstand verursachten Schaden an öffentlichem und privatem Eigentum haftbar mache. Wiewohl nun dieser Schaden sich schließlich als nicht sehr bedeutend herausstellte, so fügte doch diese Bestimmung wohl für alle Ausgeschlossenen zur ohnehin vorhandenen Beunruhigung über den Ausgang ihres Prozesses noch die Sorge um ihre künftige ökonomische Lage. Sicher wäre es daher nicht nur viel einfacher, sondern auch weiser gewesen, wenn der Staat auf allen Schadenersatz vorweg verzichtet und auch die Entschädigung der Privatleute auf sich genommen hätte.

Die meisten Mängel dieses Gesetzes blieben auch im Großen Rat nicht unerügt, und namentlich wurde es von verschiedenen Mitgliedern vom Lande sehr beklagt, daß kraft desselben so mancher Terrorist nun straflos bleiben sollte. Da es jedoch unter den obwaltenden Umständen überhaupt kaum möglich war, in jeder Hinsicht das Richtige zu treffen, und da anderseits die ganze Schweiz dieses versprochene Gesetz mit Spannung und Ungeduld erwartete, so wurde dasselbe mit geringen Änderungen schon am 8. Februar genehmigt und trat somit in Kraft. In den folgenden Tagen aber, bis Samstags den 12., wurde auch der Verfassungsentwurf durchberaten und genehmigt, um ihn am 28. dem Volke zur Abstimmung vorzulegen. Gleichsam

als festlicher Schluß dieser Grossratswoche wurde sodann Sonntags den 13. in Basel wieder über sämtliche städtische Truppen eine Parade abgehalten, wobei selbst die Bürgergarde für ihre gute Haltung belohnt wurde.

Das Amnestiegesetz wurde von Basel sogleich der Tagsatzung mitgeteilt, und zugleich erließ die Regierung an alle eidgenössischen Stände ein gedrucktes Rundschreiben, worin die Beschränkung der Amnestie begründet und hieran das ernstliche Gesuch geknüpft wurde, einer etwaigen Volksbewegung zu unberufener Einmischung in die Basler Angelegenheiten mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Sollte aber ein gewaltsamer Zug gegen die Stadt dennoch stattfinden, so sei diese entschlossen „in Anwendung gerechter Notwehr das Äußerste zu wagen“. In Übereinstimmung hiermit hielt Bürgermeister Frey, der in der Nacht vom 10.—11. Februar wieder nach Luzern reiste, dort am 12. in der Tagsatzung eine feurige Rede, in welcher er das bisherige Treiben der Häupter des Aufstandes grell beleuchtete und hieraus die Gründe entwickelte, weshalb Basel eine vollständige Amnestie unmöglich gewähren könne. Indem er sodann gegen weiteres untätiges Zuwarten der Tagsatzung gegenüber den Basel bedrohenden Wühlereien sich verwahrte, beantragte er eine Proklamation an das Schweizervolk, worin dieses zur Ruhe ermahnt und vor gewaltsamer Einmischung in die Angelegenheiten anderer Kantone ernstlich gewarnt werden sollte. Doch dieser Antrag blieb in der Minderheit, und die ganze Beratung führte nur zum Beschlüsse, daß die Tagsatzung „sich der zuverlässlichen Erwartung überlasse: es werden die Regierungen sämtlicher Stände solche Verfügungen treffen, wodurch jede gewaltsame Einmischung der Bevölkerung eines oder mehrerer Kantone in die Angelegenheiten eines andern verhindert werde“.

So matt und kraftlos dieser Beschlüsse nun war, so hatte immerhin das Basler Rundschreiben vom 8. Februar zur Folge, daß wenigstens im Aargau die Regierung am 14. eine Proklamation erließ, in welcher sie ihr Volk von einem Zuge gegen Basel dringend abmahnte, und in demselben Sinne, nur noch entschiedener, erging auch ein Aufruf von seiten eines „Vereins von Aargauischen Bürgern.“ Solche Ermahnungen wirkten jetzt umso leichter, da inzwischen in diesem Kanton der neue Verfassungsentwurf ernstliche Spaltungen hervorgerufen hatte, neben welchen die Basler Angelegenheiten jetzt völlig in den Hintergrund traten. Auch im Kanton Zürich wollte es trotz der Verbreitung neuer Hessschriften nicht mehr gelingen, die Erregung auf der früheren Höhe zu erhalten, und so schwanden die Aussichten eines bewaffneten Zuges gegen Basel mehr und mehr dahin.

Schien somit für Basel die von auswärts drohende Gefahr soviel als beseitigt, so währten hingegen innerhalb des Kantons die Wühlereien ohne Unterbrechung fort,

und die Aufwiegler gingen jetzt nur umso kühner vor, da wenigstens für ihre bisherigen Taten das Amnestiegesetz ihnen Straflosigkeit zusicherte. Ihr nächstes Ziel war nun die Verwerfung der vom Grossen Rat genehmigten Verfassung, und um dieses zu erreichen, wurde zunächst jede Unzufriedenheit, welcher Art sie auch war, emsig geschürt. Es war ihnen daher ganz willkommen, daß gerade um diese Zeit die Gemeinde Ettingen ihren vor einem Jahrzehnt aufgenommenen Neubürgern zum ersten Mal ihren Anteil am Gemeindeholz verweigerte, indem die Altbürger geltend machten: die geringe Einkaufsgebühr, welche das weitherzige Bürgerrechtsgezetz von 1819 fordere, stehe in keinem Verhältnis zu dem reichlichen Holzvorrat, welchen seither auch die Neubürger von der Gemeinde bezogen hätten, und dieses müsse nun aufhören. Vergeblich forderte der Statthalter die Gemeinde auf, für jetzt dem Gesetz zu gehorchen, um dann allenfalls nach Inkrafttreten der neuen Verfassung ihre Beschwerde vorzubringen. Noch am 19. Februar ging ein von 76 Bürgern unterzeichneter Brief an den Bürgermeister ab, worin mit einer Klage bei der Tagsatzung gedroht wurde, und erst als hierauf 100 Mann der Standestruppe in das Dorf rückten, versprach die Gemeinde, das Gesetz auch dieses Jahr wie bisher zu befolgen.

Um dieselbe Zeit wurden von Liestal aus in manchen Gemeinden auch Unterschriften gesammelt für eine Petition an die Tagsatzung zu Gunsten der allgemeinen Amnestie. So kamen z. B. nach Seltisberg am Abend des 17. Februar einige Liestaler und erwarben sich mit zwei Maß Branntwein die Gunst von vierzehn Holzhauern, so daß diese nicht nur bereitwillig unterschrieben, sondern nach beendigtem Gelage bis zehn Uhr nachts von Haus zu Haus gingen, an die Fensterladen klopften und die Männer aufboten, sofort beim Gemeindeschaffner zu unterschreiben, da die Petition schon morgen früh nach Luzern abgehen müsse. Auf diesem Wege wurden wohl vierzig Unterschriften erlangt, und in der Tat reisten folgenden Tags von Liestal fünf Abgeordnete nach Luzern, um die von mehreren hundert Unterschriften begleitete Petition der Tagsatzung zu überreichen. Da sie jedoch von letzterer keinerlei offiziellen Empfang erlangten, so mußten sie unverrichteter Dinge wieder heimkehren.

Über diesen scheinbaren Mißerfolg konnten die eigentlichen Leiter der Umtriebe sich leicht trösten, da die Forderung der unbedingten Amnestie, so lange sie nicht gewährt wurde, ein sehr brauchbares Agitationsmittel zur Verwerfung der Verfassung darbot. Denn mancher sonst friedliche Bürger, der im Januar nur auf Befehl gegen die Stadt gezogen war, empfand es als einen stillen Vorwurf, wenn diejenigen, welchen er damals gehorcht hatte, jetzt sollten bestraft werden, während er selber sich doch auch nicht ganz schuldlos fühlte. Solche Leute waren daher für jede Amnestie leicht zu gewinnen, und deshalb wurde überall die Lösung ausgegeben: ohne allgemeine Amnestie nehmen wir die Verfassung nicht an!

Nicht minder jedoch kam den Gegnern der Verfassung auch die ländliche Unwissenheit zu Hilfe. Vielen Landbürgern war überhaupt der Unterschied zwischen Verfassung und Gesetz durchaus nicht klar, und wenn sie nun in dem gedruckten und jedem Bürger acht Tage vor der Abstimmung zugestellten Entwurf keine Spur von Verminderung der Abgaben, von Erleichterung der Forstpolizei und dergleichen fanden, so war es für die Gegner nicht allzu schwer, die Unwissenden gegen das Ganze mit Misstrauen zu erfüllen. Schon seit Mitte des Monats wurde in diesem Sinn von Liestal aus ein großer Teil der Landschaft bearbeitet, und zugleich wurden unter der Hand verschiedene neue Flugblätter in großer Zahl verbreitet. Dabei konnte freilich jetzt nicht mehr wie im Januar verhindert werden, daß auch von Basel aus Druckschriften verteilt wurden, worin die neue Verfassung erklärt und zur Annahme empfohlen wurde. Wohl aber gelang es in manchen Gemeinden, die Freunde der neuen Verfassung durch Drohungen derart einzuschüchtern, daß sie den Umtrieben der Gegner kaum noch entgegenzutreten wagten. Besonders im Birseck wurde geklagt, daß infolge des Amnestiegesetzes die Gegner der Regierung immer frecher auftreten, und daß „die Gutgesinnten“ jetzt noch mehr in Lebensgefahr stehen als im Januar, so daß ihnen bald keine andre Wahl bleibe als entweder mitzumachen oder auszuwandern. Auch aus andern Gegenden kamen ähnliche Klagen, so z. B. aus Buus, wo wenige Tage vor der Abstimmung der Gemeinderat es nicht mehr wagen durfte, einer Einladung des Statthalters nach Liestal zur Besprechung der Verfassung zu folgen. In Muttenz klagte der Präsident, daß der Gemeinderat machtlos, hingegen frühere Büchtlinge und böse Buben jetzt wieder Meister seien, so daß, wenn die Regierung nicht einschreite, die Gutgesinnten für die Verfassung aus Furcht nicht stimmen dürfen. In der Tat wurde dort am 23. die durch neue Umtriebe veranlaßte Verhaftung des berüchtigten Schreiners Hammel mit Gewalt verhindert und die Landjäger zum Rückzug genötigt. Als aber folgenden Tags der Statthalter erschien und vor versammelter Gemeinde den Vorfall rügte, erhob sich drohendes Geschrei, so daß er unverrichteter Dinge sich entfernen mußte.

So sehr nun diese deutlichen Anzeichen einer neuerdings wachsenden Empörung eine kräftige Abwehr zu erfordern schienen, und wiewohl es an dringender Auflorderung hierzu keineswegs fehlte, so konnte dennoch die Regierungskommission sich nicht entschließen, in diesen letzten Tagen vor der Abstimmung noch irgendwelche militärische Maßregel zu ergreifen. Denn um jeden Preis wollte sie den bösen Schein vermeiden, als ob durch solche Mittel versucht würde, auf diese Abstimmung irgendwie einen Druck auszuüben. Es war daher ganz vergeblich, daß nach jenem Vorfall in Muttenz Oberst Wieland vorschlug, dieses Dorf früh morgens mit zweihundert Mann zu umzingeln und die dortigen Ruhestörer zu verhaften. Sollte jedoch die Abstimmung eine Mehrheit für Verwerfung ergeben, so waren allerdings neue und größere Unruhen

mit Sicherheit vorauszusehen, und für diesen Fall wurden immerhin die zu treffenden militärischen Vorkehrungen nach Wielands Vorschlag zum voraus festgestellt. Auf den Tag der Abstimmung hingegen wurden bloß die Landjägerposten in Liestal, Sissach u. s. w. etwas verstärkt. Dennoch verbreitete sich das Gerücht, daß auf diesen Tag Truppen einrücken werden, und deshalb eilten am 27. von Liestal verschiedene Sendboten in die benachbarten Dörfer, um für diesen Fall den Landsturm aufzubieten, der beim ersten Sturmgeläut bei Frenkendorf sich sammeln und den Truppen entgegenstellen sollte. Doch fand dieser Plan nur in Sissach, Frenkendorf und Füllinsdorf einigen Anklang, und während von Liestal in dieser Weise der offene Aufstand vorbereitet wurde, geschah es noch am Abend dieses Tages, daß eines der eifrigsten Mitglieder der Provisorischen Regierung, nämlich Mesmer von Muttenz, sich freiwillig in Basel zur Haft stellte.

Die mit höchster Spannung erwartete Abstimmung sollte sowohl in der Stadt als in den achtundsechzig Landgemeinden Montags den 28. Februar morgens acht Uhr beginnen, und zwar in der Weise, daß jeder Stimmfähige der Reihe nach vortrat und im Abstimmungsprotokoll entweder auf der Liste für Annahme oder auf derjenigen für Verwerfung seinen Namen eintrug. Wie vorauszusehen war, machte sich in einzelnen Gemeinden der bisher geübte Terrorismus auch bei der Abstimmung fühlbar. Zunächst in Liestal standen die Freunde der Verfassung unter dem Eindruck, daß „ohne anders eine Explosion erfolgen würde“, wenn sie es wagten nach ihrer Überzeugung zu stimmen. Es hatten daher nur zehn den Mut, sich dennoch für Annahme zu erklären. In Biis aber gab es stürmische Auftritte, so daß am Morgen die Versammlung auseinanderließ und erst abends eine Abstimmung zustande kam, die ein nahezu einstimmiges Mehr für Verwerfung ergab. Ebenso wurde in Ormalingen die Abstimmung am Morgen dadurch vereitelt, daß von den Terroristen eine „öffentliche“, d. h. mündliche Abstimmung gefordert wurde, bis dann von Sissach der Statthalter eintraf und eine neue Versammlung anordnete, in welcher zwei Drittel der Bürgerschaft für Verwerfung stimmten. Auch in einigen andern Gemeinden kamen Störungen vor; in den meisten jedoch verlief alles in Ordnung.

An dieser Abstimmung beteiligten sich 1507 Stadtbürger und 7573 Landbürger, von welch letztern 752 in der Stadt wohnten, also im ganzen 9080 Stimmberechtigte. Von den Stadtbürgern stimmten nur vier für Verwerfung, die andern alle für Annahme, während auf dem Lande 2579 für Verwerfung und 4994 für Annahme stimmten. Auch auf dem Lande hatte sich somit, trotz aller Umtriebe der Gegner, eine Mehrheit von zwei Dritteln für Annahme erklärt. Diese Mehrheit beruhte jedoch hauptsächlich auf dem oberen Kantonsteil, d. h. auf den Bezirken Waldenburg und Sissach, wo überhaupt nur vier Gemeinden, nämlich Ormalingen, Buckten, Läufel-

fingen und Hemmiken eine Mehrheit für Verwerfung ergaben, während in den beiden Bezirkshauptorten die Zahl der Verwerfenden das absolute Mehr nicht erreichte. Im Bezirk Liestal hingegen hatten mit Ausnahme von Maisprach und den zum Reigoldswilertal zählenden Gemeinden die Verwerfenden überall die Mehrheit, und ähnlich verhielt es sich im Birseck, wo einzige Reinach und Ullschwil mit großem Mehr für Annahme stimmten. Im Untern Bezirk aber zeigten sich beide Parteien nahezu gleich stark, indem nur in Muttenz, Münchenstein und Pratteln die überwiegende Mehrheit für Verwerfung stimmte, die übrigen Gemeinden meistens für Annahme.

Hatte somit eine nicht zu unterschätzende Minderheit sich gegen die neue Verfassung ausgesprochen, so war immerhin deren Annahme durch eine große Mehrheit des Landvolks besiegelt, und damit schien wenigstens eine sichere Grundlage gewonnen, auf welcher das in jüngster Zeit so tief erschütterte Staatswesen wieder einer bessern Zukunft konnte entgegengeführt werden. Während nun die nötigen Anordnungen zur möglichst baldigen Neuwahl des Großen Rats getroffen wurden, herrschte laut den Berichten der Statthalter in allen Landbezirken — wenigstens äußerlich — wieder völlige Ruhe. Der Zeitpunkt schien somit gekommen, wo der Wehrdienst der Bürger und Einwohner nicht länger brauchte in Anspruch genommen zu werden. In einer Proklamation vom 12. März sprach daher die Regierung allen insgesamt, welche über diese schwere Zeit „zum Schutz und zur Erhaltung der gerechten Sache“ die Waffen getragen oder sonstwie Dienst und Hilfe geleistet hatten, für ihre Treue und Ausdauer in warmen Worten ihren Dank aus. Zum festlichen Schluss aber wurde Sonntags den 13. März vormittags 11 Uhr auf dem St. Albangraben wieder eine Parade abgehalten, an welcher sämtliche städtische Truppen vor Bürgermeister und Rat defilierten. Doch erst vierzehn Tage später wurde die Stadtbewachung wieder ausschließlich der Standesstruppe übertragen, also auf völligen Friedensfuß gestellt.



Abbildungen.



Titelbild: Ansicht des Äschentors (um 1830).

Seite 6: Steffan Gußwiller.

" 6: Jakob von Blarer.

" 52: Joh. Wieland, eidgen. Oberst († 1832).

" 61: Bürgermeister Joh. Rud. Frey (im Alter, um 1850).



Inhaltsübersicht.



I. Der Anfang der Bewegung, bis Ende 1830. S. 3—18.

Allgemeine Bewegung in der Schweiz infolge der Julirevolution von 1830 S. 3. Bubendorfer Versammlung vom 18. Oktober und ihre Folgen S. 5. Zweite Versammlung vom 29. November S. 8. Drohende Anzeichen auf dem Lande und militärische Maßnahmen in der Stadt S. 9. Dezemberssitzung des Großen Rats und Grundzüge einer neuen Verfassung S. 12. Gutzwillers Verhalten S. 14. Wachsende Agitation im Dezember S. 16.

II. Der offene Aufstand im Januar 1831. S. 18—37.

Versammlung in Muttenz vom 2. Januar S. 18. Januarsitzung des Großen Rats S. 19. Versammlungen vom 4. Januar in Liestal und Basel S. 20. Mangelnder Schutz des Landes S. 23. Die Provisorische Regierung in Liestal und ihre Rüstungen S. 24. Trügliche Hoffnungen und erfolglose Friedensbestrebungen S. 30. Weitere Rüstungen der Insurgenten und rein defensive Haltung der Basler Regierung S. 34.

III. Das Reigoldswilertal und Gelterkinden. S. 37—52.

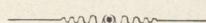
Das Reigoldswilertal S. 37. Die Liestaler Beschlüsse vom 10. Januar S. 39. Gelterkinden S. 40. Das Reigoldswilertal am 11. Januar S. 42. Seine Unterwerfung S. 45. Die Provisorische Regierung auf ihrem Höhepunkt S. 50.

IV. Die Niederwerfung des Aufstandes. S. 52—63.

Die Ausfälle vom 12. und 13. Januar S. 52. Der Ausfall vom 15. Januar und die Flucht der Provisorischen Regierung S. 57. Die Ausmärsche vom 16. Januar nach Liestal und ins Birstal S. 61.

V. Die Herstellung der Ordnung bis zur Annahme der neuen Verfassung, Ende Februar 1831. S. 63—77.

Maßnahmen zur Herstellung der Ordnung S. 63. Die Amnestiefrage S. 65. Die flüchtigen Häupter des Aufstandes und Gutzwillers Proklamation vom 19. Januar S. 66. Erregung in der Schweiz gegen Basel S. 67. Neue Umtriebe auf der Landschaft S. 70. Amnestiegesez vom 8. Februar S. 71. Umtriebe gegen die neue Verfassung S. 73. Abstimmung vom 28. Februar und Annahme der Verfassung S. 76.



- *XL. 1862. (Hagenbach, R. R.) Das Basler Concil. 1431—1448.
- XLI. 1863. (Fechter, D. A.) Basels Schulwesen im Mittelalter. Gründung der Universität.
Anfänge der Buchdruckerkunst.
- *XLII. 1864. (Buxtorf, R.) Basel im Burgunderkriege.
- *XLIII. 1865. (Bischoff, W.) Der Schwabenkrieg und die Stadt Basel. 1499.
- *XLIV. 1866. (Frey, Hans.) Basels Eintritt in den Schweizerbund.
- *XLV. 1867. (Buxtorf, R.) Die Teilnahme der Basler an den italienischen Feldzügen.
- *XLVI. 1868. (Hagenbach, R. R.) Johann Decolampad und die Reformation in Basel.

3. Erzählungen und Darstellungen in hinter Reihenfolge.

- *XLVII. 1869. (Meissner, Fr.) Schweizerische Feste im fünfzehnten und sechszehnten Jahrhundert.
- *XLVIII. 1870. (Wieland, Carl.) Die kriegerischen Ereignisse in der Schweiz während der Jahre 1798 und 1799.
- *XLIX. 1871. (Wieland, Carl.) Dasselbe. Zweiter Teil.
- *L. 1872. (Bischoff, W.) Eine Basler Bürger-Familie aus dem sechszehnten Jahrhundert.
- *LI. 1873. (Bischoff, W.) Das Karthäuser-Kloster und die Bürgerschaft von Basel.
- LII. 1874. (Heyne, M.) Ueber die mittelalterliche Sammlung zu Basel.
- LIII. 1875. (Stähelin, R.) Karl Rudolf Hagenbach.
- *LIV. 1876. (Frey, Hans.) Die Staatsumwälzung des Kantons Basel im Jahre 1798.
- *LV. 1877. (Frey, Hans.) Basel während der Helvetik. 1798—1803.
- *LVI. 1878. (Wieland, Carl.) Basel während der Vermittlungszeit. 1803—1815.
- *LVII. 1879. (Wieland, Carl.) Die vier Schweizerregimenter in Diensten Napoleons. 1813—1814.
- *LVIII. 1880. (Burckhardt, Albert.) Basel zur Zeit des dreißigjährigen Krieges. Erster Teil.
- *LIX. 1881. (Burckhardt, Albert.) Dasselbe. Zweiter Teil.
- LX. 1882. (Bernoulli, August.) Die Schlacht bei St. Jakob an der Birs.
- LXI. 1883. (Bernoulli, August.) Basel im Kriege mit Oesterreich. 1445—1449.
- LXII. 1884. (Probst, Emanuel.) Bonifacius Almerbach.
- LXIII. 1885. (Boos, Heinrich.) Wie Basel die Landschaft erwarb.
- *LXIV. 1886. (Burckhardt, Achilles.) Hans Holbein.
- LXV. 1887. (Burckhardt-Biedermann, Th.) Helvetien unter den Römern.
- LXVI. 1888. (Birmann, M.) Die Einrichtungen deutscher Stämme auf dem Boden Helvetiens.
- LXVII. 1889. (Drog, Hans.) Die Schweiz vom Tode Karls des Großen bis zum Ende des burgundischen Reichs.
- LXVIII. 1890. (Burckhardt, Albert.) Die Schweiz unter den salischen Kaisern.
- LXIX. 1891. (Bernoulli, August.) Die Entstehung des ewigen Bundes der Eidgenossen.
- LXX. 1892. (Thommen, Rudolf.) Geschichte der Eidgenossenschaft bis zum Eintritt Luzerns in den Bund. 1291—1332.
- LXXI. 1893. (Wackernagel, Rudolf.) Die Stadt Basel im dreizehnten und vierzehnten Jahrhundert.
- LXXII. 1894. (Fäh, Franz.) Johann Rudolf Wettstein. Ein Zeit- und Lebensbild. (Zur Säkularerinnerung.) Erster Teil.
- LXXIII. 1895. (Fäh, Franz.) Dasselbe. Zweiter Teil.
- LXXIV. 1896. (Socin, Adolf.) Basler Mundart und Basler Dichter.
- LXXV. 1897. (Huber, August.) Die Refugianten in Basel.
- LXXVI. 1898. (Bernoulli, August.) Basels Anteil am Burgunderkriege. Erster Teil.
- LXXVII. 1899. (Bernoulli, August.) Dasselbe. Zweiter Teil.
- LXXVIII. 1900. (Bernoulli, August.) Dasselbe. Dritter Teil.
- LXXIX. 1901. (Burckhardt, Paul.) Basels Eintritt in den Schweizerbund. 1501.
- LXXX. 1902. (Holzach, Ferdinand.) Die Basler in den Hugenottenkriegen.
- LXXXI. 1903. (Buser, Hans.) Basel während der ersten Jahre der Mediation. 1803—1806.
- LXXXII. 1904. (Buser, Hans.) Basel in den Mediationsjahren. 1807—1813.
- LXXXIII. 1905. (Bischoff, Wilhelm.) Basel in der Zeit der Restauration 1814—1830. I. Die Jahre 1814 und 1815.
- LXXXIV. 1906. (Bischoff, Wilhelm.) Dasselbe II. Die Zeit von 1815—1830.

Frühere Jahrgänge der Neujahrsblätter sind, soweit dieselben noch vorhanden, zu beziehen bei
Helbing & Lichtenhahn, vorm. R. Reich, Buchhandlung, Freiestraße Nr. 40.